

Stadtentwicklung

im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert'

Zu den Bedingungen und Veränderungen des Lebensraums Stadt

1.1 Historische und soziologische Betrachtungen

Soziologische Betrachtungen von Städten beziehen sich, wie Walter Siebel schreibt, auf das Leben der Menschen in der Stadt und die Unterschiede zur Lebensart der Landbevölkerung.(Siebel 1998) Weil die jeweilige städtische oder ländliche Lebensweise abhängig von der historischen Epoche und der entsprechenden Gesellschaftsformation ist, suchen Soziologen nach den gesellschaftsbedingten Merkmalen und Unterschieden in der Lebensweise von Land- und Stadtbevölkerung.

Im Mittelalter war das Landleben geprägt vom ökonomischen und politischen System des Feudalismus mit seinen Merkmalen Leibeigenschaft, Lehenswesen, Ständegesellschaft und Gewaltherrschaft.

Die Städte hingegen entwickelten sich ökonomisch von der Selbstversorgungswirtschaft zur Markt- und Handelswirtschaft und politisch durch zunehmende Selbstverwaltung, eigenes Stadtrecht und Selbstverteidigungsmöglichkeiten zu Bürgergesellschaften. So sah Max Weber in seiner historischen Analyse der Stadtentwicklung die ökonomischen Funktionen des Marktes und die zunehmende Selbstverwaltung der Bürger als Ursache für die Entwicklung der europäischen Stadt des Mittelalters zur ökonomischen und politischen Keimzelle der modernen Gesellschaft.(Weber 1922) Die Lebensweise der Stadtbewohner wurde insofern von den ökonomischen Bedingungen beeinflusst, als der Markt ein Rollenverhalten mit vielerlei, spezialisierten Kontakten unter einander fremden Menschen erforderte aber auch ermöglichte. Die politischen Bedingungen erlaubten dem Städter die Schaffung einer ökonomischen Existenzgrundlage durch Berufsausübung und die Zugehörigkeit zur Bürgerschaft durch individuelle Mitgliedschaft. Mit den eigenen Bürgerrechten verbunden, war die Teilnahme am öffentlichen Leben in der Stadt und an der bürgerlichen Selbstverwaltung. Hans Paul Bahrdt verweist auf die Entstehung der Polarität und Wechselwirkung von Öffentlichkeit und Privatheit durch die zunehmende Individualisierung des Städters.(1961) Der Städter sei über Markt und Bürgerschaft integriert in die Stadtgesellschaft. Weil damit die Beziehungen der Individuen nur partiell und nicht vollständig definiert sind, bestehe die Möglichkeit der Begegnung als Individuum, was wiederum die Voraussetzung für Privatheit sei.

Gleichzeitig schaffe die Begegnung mit vielen Fremden ein Bedürfnis nach Privatheit. Die Existenz, der Wechsel und die Differenz von Privatheit und Öffentlichkeit, sei so Bahrdt ein Spezifikum städtischer Lebensweise.(1961)

Klassische Stadt-/Land-Gegensätze, wie die Herrschaft der Aristokratie aus der Stadt über die versklavten Bauern auf dem Land in der Antike oder städtische Bürgergesellschaft versus ländliche Feudalgesellschaft im Mittelalter, verlieren mit der zunehmenden Industrialisierung im 19.Jahrhundert ihre gesellschaftliche Sprengkraft. Mit der Etablierung von Nationalstaaten und der Durchsetzung kapitalistischer Produktionsweise wurde die Stadt im 19.Jahrhundert zum Zentrum der Gesellschaft.(Siebel 1998, S.266) Die Konzentration der industriellen Produktion in den Städten, schuf dort viele Arbeitsplätze, mit der Folge starken Bevölkerungszuwachses aus der näheren Umgebung und großen Wanderungsbewegungen aus fernerer Regionen. Anzahl (Größe), Konzentration (Dichte) und Vielfalt (Heterogenität) der Bevölkerung sowie Dynamik der Entwicklung, waren die Merkmale der industriellen Großstadt. Welche Lebensweise sich dementsprechend entwickelte, beschrieb Georg Simmel in seinem Aufsatz „*Die Großstädte und das Geistesleben*“.(Simmel 1984)

Darin stellt Simmel einen theoretischen Zusammenhang zwischen dem gesellschaftlichen Wandel am Ende des 19.Jahrhunderts und großstädtischer Lebensweise her. Das Zusammenwirken von Geldwirtschaft, Wettbewerb und der Vielfalt des Großstadtlebens prägte die sozialen Beziehungen des Großstädters. Die Qualität der Beziehungen der Großstädter macht Simmel an drei Begriffen fest. Als *Intellektualisierung* bezeichnet er die Dominanz der Verstandesherrschaft, zum Schutz vor der Fülle äußerer Eindrücke und Gemütszustände. Mit *Blasiertheit* meint Simmel die Abstumpfung gegenüber der Reizvielfalt in der Großstadt. Unter *Reserviertheit* versteht er die notwendige Distanz gegenüber anderen Menschen, weil der Großstädter nicht mit jedem Mitbürger eine emotionale Beziehung unterhalten könne. Diese Sachlichkeit in der Behandlung von Menschen und Dingen, mache die Menschen zu an sich gleichgültigen Elementen und deren Beziehungen gleichgültig gegenüber allem Individuellen. Distanz und Abwendung sieht Simmel als Voraussetzung des Zusammenlebens in der Großstadt und zur Vermeidung von Hass und Kampf an. Die „normative Solidarität“ in traditionellen Gesellschaften, mit ihren starken moralischen Bindungen, werde ersetzt durch systemische, unpersönliche Solidarität. *Blasiertheit* und *Reserviertheit* sind gleichsam die Instrumente der Integration, ohne moralische Verpflichtungen, sondern verbunden mit gewisser Ignoranz gegenüber Persönlichem.

Wenn Persönlichkeit sekundär ist, Kontakte zweckbestimmt sind und Koexistenz ohne innere menschliche Beziehung möglich wird, ergibt sich nach Simmel die Chance für Individualisierung, Pluralisierung der Lebensstile und Integration des/von Fremden, weil fremd bleiben möglich ist ohne marginalisiert zu werden.

Der deutsche Soziologe Norbert Elias sieht in der Entwicklung des psychischen und gesellschaftlichen menschlichen Verhaltens vom Feudalismus bis zur Moderne einen *Prozeß der Zivilisation*, erkennbar in der Verfeinerung der Sitten und gefördert durch zunehmende Interdependenzen zwischen den Menschen sowie der Zunahme von Selbststeuerung (Selbstkontrolle) bei gleichzeitiger Abnahme von Fremdzwängen im individuellen Verhalten.(1976) Manuel Eisner belegt dies mit dem Rückgang von Gewaltdelikten seit dem 19.Jahrhundert bis in die 60er Jahre des 20.Jahrhunderts.(1997)

Wachstum, Wettbewerb, Marktorientierung und Arbeitsteilung, bei gleichzeitiger Vielzahl und Dichte der Bevölkerung machten die Stadt zu einem kulturell und ökonomisch sehr produktiven Ort, der individuelle Lebensweisen durch sein großes differenziertes Arbeitsplatz- und Konsumangebot ermöglichte.

Ferdinand Tönnies beschreibt, wie sich mit der bürgerlichen Gesellschaft „...*das gemeinschaftliche soziale Leben vermindert und ein anderes neues aus den Bedürfnissen, Interessen, Wünschen, Entschlüssen von handelnden Personen hervorgehendes Zusammenwirken sich entwickelt und zunehmende Macht, allmählich ein Übergewicht erlangt.*“ (Tönnies 1931)

In den 1920er Jahren wurde in Chicago von Robert E. Park, E.W. Burgess und R.D. McKenzie der *sozialökologische Ansatz* entwickelt.(Park u.a.1925) Park hatte zwar bei Georg Simmel in Deutschland studiert, orientierte sich jedoch stark an der damaligen ökologischen Forschung, die sich für die Interdependenz von Organismus und Umwelt interessierte. Der sozialökologische Ansatz der Chicagoer Schule um Park, Burgess und McKenzie sieht im ökonomischen und sozialen Wettbewerb die Entsprechung zum Kampf ums Dasein in der Natur. Die Konkurrenzsituation führe zum Zusammenschluss und zur Absonderung (Segregation) von homogenen Gemeinschaften in Bezug auf ihre ethnische Herkunft, ihren sozialen Status oder ihren kulturellen Lebensstil. Gleichzeitig böten diese Communities ihren Mitgliedern Heimat und soziale Beziehungen als Ersatz traditioneller dörflicher Kultur. Die Stadt ist für die Chicagoer Schule ein Mosaik kleiner Welten verschiedener Communities, die sich berühren aber nicht durchdringen. Die Separierung der verschiedenen Kulturen zähme gefährliche Tendenzen der Individualisierung durch soziale Kontrolle und die Vermittlung von Halt.

Gleichzeitig enthalte die Separierung Optionen des Wechsels zwischen verschiedenen Milieus und ermögliche ein Leben in verschiedenen Welten. Großstadt ist in diesem Ansatz gekennzeichnet durch eine heterogene Pluralität untereinander konkurrierender aber koexistierender homogener Gemeinschaften. Integration wird als kollektiver Prozess verstanden.

Louis Wirth hat in einem 1938 erschienen Aufsatz die theoretischen Überlegungen Simmels aufgenommen und auf der Grundlage der damaligen Forschungsergebnisse zu einer Theorie der Urbanität weiterentwickelt. Wirth definiert Stadt als „*eine relativ große, dicht besiedelte und dauerhafte Niederlassung gesellschaftlich heterogener Individuen.*“ (Wirth 1974, S.48) Mit den Variablen Größe, Dichte und Heterogenität erklärte Wirth die wesentlichen Merkmale urbanen Lebens, das er aus ökologischer, gesellschaftlicher und individualistischer Perspektive beschrieb.

Sowohl Simmel als auch Park analysierten die Großstadt zu einer Zeit als diese Zentrum von ökonomischem Wachstum und Innovation war, die fast jedem Bewohner zumindest die Perspektive des individuellen Erfolges bot.

Deshalb kamen z.B. die Sozialformen der Arbeiterviertel am Ende des 19.Jahrhunderts mit ihrer Solidarität und ihrem kollektiven Handeln bei Simmels Betrachtungen nicht vor. Park und seine Kollegen vernachlässigten hingegen die Verhältnisse beispielsweise von Zuwanderern, für die Segregation mehr auf ökonomischen Zwängen als auf freier Entscheidung beruhten. Beide Ansätze beschäftigen sich mit den Auswirkungen von Städtewachstum und Wettbewerb auf die Organisation städtischen Lebens. Sie untersuchen die Zusammenhänge zwischen Größe/Ausdehnung, Dichte/Konzentration, Dominanz/Heterogenität und dem Verhalten der Individuen.

Beide Ansätze machen die Unterschiedlichkeit zwischen Individuen bzw. Gemeinschaften, also die Heterogenität zum Merkmal des Städtischen. Ihre Unterschiede liegen in den Annahmen über Voraussetzungen der Koexistenz.

Die individualistischen Ansätze von Simmel und Wirth sehen in der Separierung der Individuen die Chance zu mehr Freiheit oder wie es Bahrdt ausdrückt im „*Respektieren der Individualität des anderen, auch dann, wenn keine Hoffnung besteht, sie zu verstehen.*“ (Bahrdt 1961, S.103)

Die sozialökologische Richtung hält die Bildung und Abgrenzung von homogenen Gemeinschaften in denen die soziale Integration stattfindet für die notwendige Voraussetzung der Koexistenz heterogener Gemeinschaften.

Beide Ansätze vernachlässigen die Bedeutung der Ursachen und Bedingungen von Wettbewerb und damit verbundener sozialer Ungleichheit, obwohl sie Wettbewerb und Arbeitsteilung als entscheidende Bedingungen der Koexistenz heterogener Individuen bzw. Gemeinschaften auf engem, städtischem Raum ansehen.

Hier setzen politisch-ökonomisch orientierte Ansätze in der Stadtforschung an, die die Bedeutung technologischer Entwicklungen, ökonomischen Strukturwandels und politischer Veränderungen im 20. Jahrhundert thematisieren. (vgl. Herlyn 1974; Prigge 1987) Auf die Wechselwirkungen und Folgen dieser Veränderungen wird im nächsten Kapitel näher eingegangen.

Bei zunehmender Heterogenität der Bevölkerung, habe die ökonomische Integrationskraft abgenommen wie Häußermann feststellt. Die systemische Integration über Wettbewerb, Geldwirtschaft und Arbeitsmarkt würde schwieriger. Gleichgültigkeit als Tugend und Integration des Fremden seien unter verschärften ökonomischen Bedingungen erschwert, Fremdenhass und rassistische Gewalttaten seien die Belege dafür. (Häußermann 1997) Eisner führt den stärkeren Anstieg der Gewaltkriminalität in den großen Städten seit den 60er Jahren sowohl auf die politischen und ökonomischen Umwälzungen seit dieser Zeit, als auch auf die erhöhte Konzentration von potentiellen Tätern, Opfern und Situationen in den Städten mit Zentrumscharakter zurück. (1997)

In seiner Theorie sozial-räumlicher Organisation hat Jürgen Friedrichs aufbauend auf dem sozialökologischen Ansatz, Zusammenhänge zwischen sozialer, räumlicher sowie technologischer und zeitlicher Organisation der Stadtgesellschaft herausgearbeitet. (Friedrichs 1977) Den Streitpunkt zwischen den o.g. Ansätzen sieht Friedrichs im unterschiedlichen Verständnis von Urbanität. Er kritisiert die Gleichsetzung von Urbanität mit Öffentlichkeit und Kommunikation, bzw. sozialen Kontakten und deren positive Bewertung. Urbanität lasse sich in weitgehender Übereinstimmung über die Merkmale von Heterogenität der Personen, Nutzungen und Aktivitäten beschreiben.

Die Polarität von Öffentlichkeit und Privatheit gilt als weniger umstrittenes Kennzeichen von Urbanität. Allerdings gibt es unterschiedliche Auffassungen über die Wirkungen von Öffentlichkeit und Privatheit auf Kommunikation und soziale Kontakte. Andreas Feldtkeller sieht Urbanität nach wie vor als Medium von Solidarität und Brüderlichkeit an. (1994) Urbanes Verhalten entwickle sich nach Spielregeln, die abhängig von heterogener oder homogener Zusammensetzung der Menschen im öffentlichen Raum reguliert werden. Den öffentlichen Raum kennzeichneten Situationen die eng bei einander liegen, an Orten wo Menschen räumlich konzentriert auftreten.

Voraussetzung für solche Situationen sei Vielfalt der Menschen in sozialer, ethnischer, kultureller Hinsicht sowie Vielfalt an Angeboten. Räumlichkeit und Vielfalt machen demnach die urbane Situation aus, die durch urbane Vielfalt, tolerantes Zusammenleben, attraktive Alltagskultur und Mannigfaltigkeit der öffentlichen Umgangsformen gekennzeichnet ist. Einen Stadtraum der Öffentlichkeit im Sinne von Vielfältigkeit tatsächlicher und möglicher Begegnung hervorruft, bezeichnet Feldkeller als öffentlichen Raum. So verstanden erzwingt öffentlicher Raum ein enges Nebeneinander privater und öffentlicher Sphäre und erzeugt so eine alltagsprägende Spannung. Straßen seien öffentlicher Raum, sofern sie imstande seien *„eine reale Öffentlichkeit, ein Publikum, ein Theater gezielter und ungezielter sozialer Interaktionen zu produzieren und dies auch tatsächlich zu tun. Sie sind der Ort, an dem die private Sphäre und die öffentliche Sphäre aneinander anstoßen, an dem sich privates Leben als ein vom öffentlichen unterschiedenes und sich unterscheidendes ausbilden kann. Der private Wohn- und Arbeitsbereich ist hier gerade nicht isoliert, sondern über die Straßenfront der Häuser mit dem öffentlichen Bereich konfrontiert.“* (Feldtkeller 1994, S.42)

Während der öffentliche Bereich, zu dem Straßen, Plätze und Parks gehören, für jedermann zu jeder Zeit zugänglich ist, können für den privaten Bereich, wie Läden, Werkstätten und Gasthäuser, Zugangsbeschränkungen in Bezug auf Tageszeit, Personenkreis, Kleidung oder Verhaltensweisen bestehen.

Eine Verzahnung zwischen öffentlichem und privatem Bereich erfolgt jedoch durch die Ausrichtung von Gaststätten, Läden, Galerien etc. auf die Öffentlichkeit, als Kunden, Publikum, Konsumenten und das Eindringen dieser Öffentlichkeit in die genannten Privatbereiche. Gleichzeitig dringt Privates in Form von Verkaufsständen, Tischen und Stühlen auf der Straße, in den öffentlichen Bereich ein. Durch diese enge Verzahnung kann der Unterschied zwischen öffentlichem und privatem Raum leicht verschwimmen, so dass übersehen wird, wie *„...der öffentliche Charakter von Rathäusern, Versammlungsstätten, Theatern, Kinos, Kaufhäusern und Hotels...durch ein vom Betreiber (sei er öffentliche Institution oder ein privater Besitzer) bestimmtes Reglement eingeschränkt“* wird. (Feldtkeller 1994, S.46) Hier ist einzuwenden, dass auch Straßen und Plätze einem allerdings allgemeinen Verhaltensreglement, das von den demokratisch legitimierten Organen der Bürgerschaft erlassen wird unterliegen.

Wenn Urbanität von der Konfrontation von Privatem und Öffentlichem lebt, dann muss Öffentlichkeit aus der Vielfältigkeit tatsächlicher und möglicher Begegnungen bestehen, d.h. der vorhandene Straßenraum muss für jeden frei und ohne besondere Berechtigung zugänglich sein und darf nicht von einer bestimmten Benutzergruppe vereinnahmt werden.

In der Vielfalt liegt die Chance des Aufenthaltes ohne Festlegung von Absichten und Motiven. Diese Offenheit der Absichten und Motive ermöglicht auch Fremden den Aufenthalt im öffentlichen Raum ohne sich hierfür legitimieren zu müssen. *„Öffentlichkeit bedeutet etwas anderes, sogar etwas weitgehend Gegensätzliches zu Nachbarschaft, Intimität, Heimat. Sie ist das Resultat einer Spannung aus Fremdheit und Bekanntheit, aus Aktivität und Müßiggang, aus zielgerichtetem Verhalten und Absichtslosigkeit. Das sogenannte Bad in der Menge ist ebenfalls nicht gleichzusetzen mit Öffentlichkeit - auch ein fast leerer Platz kann öffentlichen Charakter haben, und eine Straße voll hastender Fußgänger kann diesen Charakter ganz und gar vermissen lassen.“* (Feldtkeller 1994, S.58) Feldtkeller hält Urbanität durch Wiederherstellung der Konfrontation von Öffentlichem und Privatem für möglich, wenn die Maßstäbe der Stadtentwicklung nicht nur nach wirtschaftlichen Privatinteressen gesetzt werden.

Individualistische Ansätze sehen in einer heterogen zusammengesetzten Öffentlichkeit, eher Kommunikationschancen durch die Belebung und erwarten dadurch Sicherheit im Umgang mit Fremden, Abbau von Angst und Aufbau von Vertrauen in die Toleranz der Anderen. Die Community-Ansätze sehen Kommunikation abhängig von der Homogenität der Gemeinschaften, bzw. der Ähnlichkeit der Personen in Bezug auf ihre Lebensweise und Gründe des jeweiligen Aufenthaltes.

Für Begegnung und Kommunikation und damit das Zusammenleben in urbanen Kontexten, spielen die Vielfalt von Menschen, Nutzungsmöglichkeiten und Aktivitäten sowie das Verhältnis von öffentlichem und privatem Bereich eine entscheidende Rolle. Alle genannten Ansätze beinhalten räumliche Komponenten und messen diesen eine Bedeutung für das städtische Leben bei. Die historische Entwicklung einer Stadt kann insofern von Bedeutung für den baulichen Charakter einer Stadt sein, als Anlage und Raumaufteilung von den jeweiligen funktionellen Erfordernissen oder bestimmten Planungsabsichten geprägt sein und spätere Entwicklungen oder Veränderungen der Stadt einschränken oder fördern können.

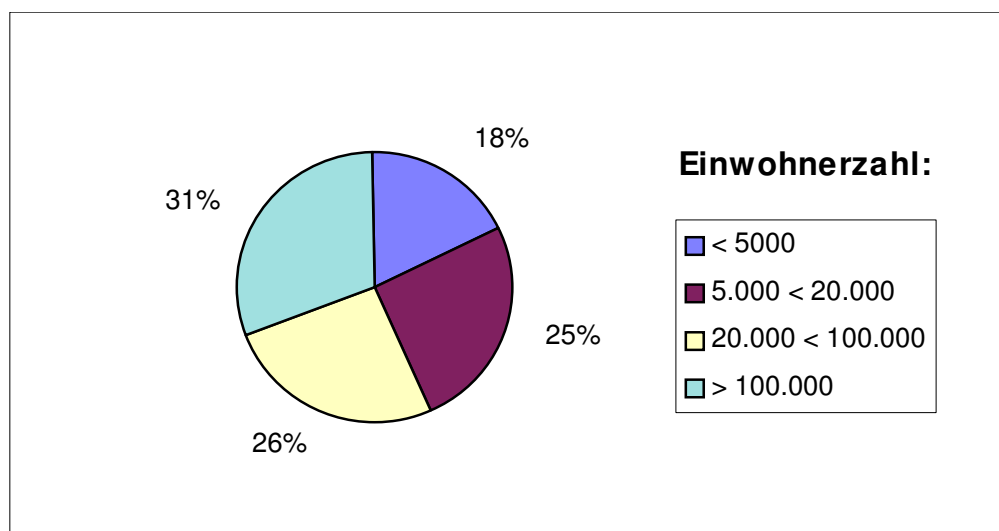
1.2 Bevölkerungszahl und Größe

Friedrichs hat auf die Gemeinsamkeiten der Stadtmodelle von Simmel, Burgess und Wirth hingewiesen, die in der Annahme positiver Effekte zwischen der Größe einer Stadt, d.h. der Bevölkerungszahl und ihrer internen Differenzierung besteht. (1977, S.121ff) Demnach steigt mit der Größe der Stadt die berufliche und soziale Differenzierung, allerdings in Abhängigkeit des funktionalen Typs, also von Art und Grad der ökonomischen Spezialisierung einer Stadt wie Friedrichs feststellt.

Je weniger spezialisiert eine Stadt ist, desto größer ist die Vielfalt der Bevölkerungsgruppen, unterschieden nach Beruf, ethnischer Herkunft, Religion, Stellung im Lebenszyklus und Interessen. Mit steigender Bevölkerungszahl erhöht sich die Zahl der Personen pro Bevölkerungsgruppe. Somit wirkt die Größe einer Stadt indirekt auf die Bildung von Subkulturen. Mit der Größe einer Bevölkerungsgruppe wächst auch die Möglichkeit zur Bildung eigener Infrastruktur für Religionsausübung, Einkauf, Freizeit, Gastronomie, etc.. Ein dritter indirekter Effekt der Größe einer Stadt ist die Konzentration („Segregation“) von Bevölkerungsgruppen. Friedrichs verweist auf den Zusammenhang von größerer Heterogenität der Stadtbevölkerung, der sozialen Distanz zwischen den Mitgliedern verschiedener Bevölkerungsgruppen und deren räumlicher Konzentration. Durch die unterschiedlichen Normen komme es zu vermehrten Konflikten, denen die verschiedenen Gruppen durch Zusammenschluss und räumliche Konzentration aus dem Wege gingen, sofern sie die Wahl dazu hätten.(Friedrichs 1977, S.127)

Wie Wirth feststellte, lässt sich der Grad der Urbanität einer Stadt nicht an einer bestimmten Zahl von Einwohnern festmachen, weil die Größe nicht das einzige Kriterium für Urbanität sein kann und wie oben beschrieben vorwiegend indirekte Wirkungen auf die Heterogenität von Bevölkerung und Gelegenheiten einer Stadt zeigt. So stellt sich als nächstes die Frage nach dem Verhältnis von Bevölkerungszahl und verfügbarem Lebensraum in der Stadt, der Dichte.

Abbildung 1: Bevölkerungsverteilung nach Gemeindegröße, 1999



Quelle: Statistisches Bundesamt(Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 1999, Wiesbaden, Seite 63

1.3 Bevölkerung pro Fläche

Zur Dichte gehören die räumliche Distanz zwischen Körpern und der für den einzelnen Körper verfügbare Raum. Je größer also die Dichte, desto geringer sind die räumlichen Distanzen zwischen den Körpern und desto kleiner ist der freie Raum, der den einzelnen Körper umgibt. Dabei kann die Verteilung der Körper in einem bestimmten Raum bei gleicher Gesamtdichte durchaus unterschiedlich sein und unterschiedliche Distanzen zwischen einzelnen Körpern beinhalten. (Spiegel 1998) Dichte als Kennzeichen von Urbanität war im 19. Jahrhundert gleichbedeutend mit überfüllten Wohnungen und ungesunden Wohnverhältnissen. Die Forschungen richteten sich deshalb vorwiegend auf die Auswirkungen von hoher Dichte auf pathologische und deviante Reaktionen der Individuen. Die Ergebnisse zeigten, dass weniger die räumliche Dichte von Personen, als deren soziale Unterschiede direkte Effekte auf Pathologie oder Devianz haben. Dichte intensiviert eher die typisch soziale Reaktion einer Person, wie Friedrichs feststellt. (Friedrichs 1977, S.139) In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stand Dichte „für städtische Vielfalt, Lebendigkeit, Erlebnisfülle und das Städtische schlechthin,“ schreibt Erika Spiegel. (1998, S.39)

Wirth sah im Rückgriff auf Simmel, in der räumlichen Dichte die Voraussetzung für soziale Dichte, im Bezug auf die Anzahl sozialer Kontakte. Allerdings war er sich darüber im Klaren, dass eine große Zahl von Kontakten nichts über deren Intensität und Qualität aussagt. (Wirth 1974) Für Jane Jacobs ist die räumliche Dichte eine wichtige Voraussetzung für die Belebung eines Stadtteiles und damit für dessen Sicherheit und Attraktivität. (1963)

Räumliche Dichte ist dabei zu unterscheiden nach der rein baulichen Dichte und der Einwohnerdichte. Unter baulicher Dichte versteht man die Baumasse, bzw. die bebaute Fläche pro Flächeneinheit, deren Berechnung in der Baunutzungsverordnung festgelegt ist und mit „Baumassenzahl“, „Grundflächenzahl“ und „Geschossflächenzahl“, drei verschiedene Maße der baulichen Nutzung umfasst.² Die Einwohnerdichte lässt sich nach der Art der zu Grunde gelegten Fläche differenzieren in „Außendichte“ und „Innendichte“. Die Außendichte wird sinnvollerweise aus dem Verhältnis von Einwohnerzahl und Hektar Nettowohnbauland berechnet, weil damit nur die Fläche der reinen Wohnnutzung berücksichtigt wird, ohne Gewerbe-, Industrie- oder Sondergebiete und somit auch als *Wohndichte* bezeichnet werden kann. Die Innendichte wird aus dem Verhältnis der Einwohner pro Wohnung ermittelt und kann daher als *Belegungsdichte* bezeichnet werden. Während die Wohndichte etwas über die Konzentration der Bevölkerung in einem Quartier und indirekt über den Gebäudetyp und die Konzentration der Bebauung aussagt, gibt die Belegungsdichte Auskunft über durchschnittliche Belegungszahl, bzw. Haushaltsgröße.

Hohe Wohndichten sind eher in Citynähe zu finden, weil dort die Bodenpreise in der Regel höher sind. Hohe Belegungsdichte deutet auf teuren Wohnraum hin oder die Belegung mit größeren Haushalten, während niedrige Belegungsdichte eher auf günstigen Wohnraum oder kleinere Haushalte hinweist. In den letzten 30 Jahren ist die Belegungsdichte in der BRD von 2,7 auf 2,2 Einwohner pro Wohnung gesunken. Gleichzeitig ist die durchschnittliche Wohnfläche pro Person von 24qm auf 38qm gestiegen.(Spiegel 1998, S.42) Dadurch haben sich in Wohngebieten mit geringer Bautätigkeit die Wohndichten verringert.

1.4 Bauliche Nutzung

In seiner Stadtanalyse setzt sich Friedrichs mit den Auswirkungen der Verteilung von Bevölkerung, Aktivitäten und der „Ausstattung“ im städtischen Raum auf die Kommunikation unter den Menschen auseinander. Zur Bevölkerung gehören für Friedrichs die *„Gesamtheit aller auf einem abgrenzbaren Gebiet vorhandenen oder lebenden Individuen.“*(1977, S.51) Aktivitäten werden als jegliche Bewegung eines Akteurs definiert. Zur Raumausstattung zählt Friedrichs die Flächennutzung, als städtebauliche Kategorie der Flächenart (z.B. allgemeines Wohngebiet, Mischgebiet, Gewerbegebiet, usw.) sowie die Gelegenheiten, also die öffentlichen und privaten Einrichtungen einer Stadt.

Ausgehend von der Überlegung, dass Urbanität gekennzeichnet werden kann durch heterogene Nutzungen, heterogene Personen, heterogene Aktivitäten zu vielen Tageszeiten, auf engem Raum, untersuchte Friedrichs die Bedingungen unter denen Heterogenität in einer Situation im Raum Stadt auftritt. Seine Befunde zeigten erstens eine höhere Varianz der Heterogenität innerhalb der Ortsteile als zwischen den Ortsteilen und zweitens, dass die Heterogenität der Raumausstattung am stärksten mit der Heterogenität der Situation korreliert.(Friedrichs 1977, S.333ff.)

Jane Jacobs schrieb: *„Eine Mischung von Nutzungen, die komplex genug ist, um Sicherheit, öffentliche Kontakte und vielseitige Dienste zu ermöglichen, hängt von den verschiedensten Faktoren ab.“*(1963, S.91) Jacobs nennt vier Voraussetzungen für Mannigfaltigkeit städtischen Lebens. Ein Stadtbezirk als Ganzes müsse mehr als zwei primären Funktionen (Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Kultur,...) dienen und die Gegenwart von Menschen sichern, die verschiedene Tagespläne haben, verschiedene Zwecke auf der Straße verfolgen und alle gemeinsam viele Dienste in Anspruch nehmen. Eine monofunktionale Nutzung in einem Bezirk ist demnach immer mit Einschränkung und Mangel verbunden, weil sie nicht ausreicht alles Notwendige zu bieten. Zweiter Faktor ist die Größe der Baublocks, die zahlreiche Gelegenheiten für Lang- und Querverkehr zulassen müsse, um einerseits alle Straßen zu beleben und andererseits Ausweichmöglichkeiten zu bieten.

Eine feingliedrige Mischung von Gebäuden unterschiedlichen Alters und Zustands sei drittens wichtig, damit eine Mischung unterschiedlicher ökonomischer Renditen ermöglicht wird. Vierter Faktor ist die Anzahl und Unterschiedlichkeit von Menschen, seien es Bewohner, Besucher, Arbeitende, etc., die sich im Stadtbezirk zu unterschiedlichen Tageszeiten aufhalten. Die Mischung von Menschen zu einer bestimmten Tageszeit muss deshalb in einem vernünftigen Verhältnis zur Mischung zu anderen Tageszeiten stehen.

Für Jacobs sind Flächennutzung, Gebäudegröße, Gebäudealter und -zustand wichtige räumlich-bauliche Kriterien eines belebten, sicheren und ökonomisch attraktiven Stadtbezirks. Eine entsprechende Nutzungsmischung, die viele Menschen zu verschiedenen Zeiten bindet, sei auch ökonomisch interessant genug, eine ausreichende Infrastruktur von Dienstleistungen zu ermöglichen, die den Aufenthalt vor Ort attraktiv macht. Städtische Planung könne zwar nicht direkt auf die vorwiegend ökonomisch motivierten Standortentscheidungen von Privatunternehmen einwirken, jedoch indirekt durch klugen Einsatz von Bebauungsplänen und öffentlichen Investitionen die Voraussetzungen für die vier o.g. Faktoren schaffen.

Auf andere Zusammenhänge zwischen räumlich-baulicher und sozialer Umwelt macht Andreas Feldtkeller aufmerksam.(1994) Vielfalt entsteht für Feldtkeller da, wo viele und verschiedene Nutzungen in einem begrenzten Bereich angesiedelt sind. Vielfalt von Nutzungen bedeute jedoch auch, dass zur Öffentlichkeit sowohl angenehme wie unangenehme Erscheinungen gehören, mit denen sich NutzerInnen und Anlieger öffentlicher Räume auseinandersetzen müssen. Auch Feldtkeller hält die Nutzungsmischung auf relativ engem Raum für eine wichtige Voraussetzung städtischer Öffentlichkeit im oben beschriebenen Sinne. Stadtviertel mit monofunktionaler Nutzung als Wohnviertel und lediglich mit den sozialen und kommerziellen sogenannten Wohnfolgeeinrichtungen ausgestattet, können nach Feldtkellers Ansicht kaum jene Öffentlichkeit hervorbringen, die ziviles, vielseitiges Verhalten im Gegensatz zu uniformem, einheitlichem Verhalten fördert.

Ein weiteres Konstruktionselement städtischen Raumes ist für Feldtkeller der Bezug zur Straße. Nicht die Nachbarschaftsbeziehungen sondern die Beziehungen der Straßenanlieger, seien es Bewohner oder Ladeninhaber, Hausmeister oder Kioskbetreiber zum öffentlichen Raum den sie kurzfristig betreten oder verlassen können, spielten eine wichtige Rolle für die Belebung und Sicherheit im öffentlichen Raum. Eine solche Beaufsichtigung könne natürlich nicht verordnet werden, sie geschehe nebenbei und ungeplant, aber freiwillig, aus Interesse am täglichen Geschehen auf der Straße.

Neben Nutzungsmischung und -vielfalt hält Feldtkeller auch die Umschlossenheit des Straßenraumes für wichtig. Unter Umschlossenheit versteht er die „Anordnung von Baublöcken, Häuserquartieren zu einer Raumschale, welche ein zusammenhängendes System definierter städtischer Freiräume umschließt,“ so dass der öffentliche Straßenraum ein öffentliches Raumerlebnis zulässt.(Feldkeller 1994, S.67)

Dazu bedürfe es einer klaren Abgrenzung zwischen privaten Gebäuden und Nutzungen, mit harten Grenzen zum öffentlichen Raum, durch dichtes Heranrücken der Häuser an die Straße und Stadthausfassaden, die Straßenwände durch Ein- und Ausblicke in Öffentliches und Privates, durch Zutritt und Ausschluss, Partizipation und Separierung, zu Orten sinnlich erfahrbarer Kommunikation machen. Voraussetzung erfahrbarer Kommunikation sei jedoch, dass die Hauswände, als Grenzflächen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, nicht abweisend oder verschlossen gestaltet sind, sondern Öffnungen in Form von Fenstern haben, die zum Austausch von Kontakten und Informationen geeignet sind. Zur Umschlossenheit gehöre zusätzlich die Offenheit in Form von vielen Zu- und Ausgängen des umschlossenen Raumes. Umschlossenheit ermögliche einerseits die Identifikation der Straße als Raum, andererseits vermittele sie den Menschen die Erfahrung gemeinsamer Präsenz, andere zu sehen und selbst gesehen zu werden.

1.5 Zusammenfassung Kapitel 1

Soziologische Analysen der historischen Stadtentwicklung zeigen, wie sich durch wirtschaftliche, politische und technische Entwicklungen, eine städtische von traditionaler Lebensweise emanzipierte und durch die Urbanisierung zur dominanten gesellschaftlichen Lebensform wurde. Soziale Merkmale urbaner Lebensweise sind nach den dargestellten Ansätzen, individuelle Lebensführung, Vielzahl und Vielfalt unterschiedlicher Lebensstile, die räumlich konzentriert nebeneinander existieren. Heterogenität und Enge bedingen rationale, von Sachlichkeit und Distanz geprägte Beziehungen der Menschen untereinander sowie die Trennung von Privatsphäre und öffentlichem Bereich. Zweckbestimmte Beziehungen und das Nebeneinander von vielfältigen individuellen Lebensformen ermöglichen Toleranz und Integration von Fremden, wodurch ein zivilisierter Umgang untereinander gefördert wird. Politische Voraussetzung städtischer Lebensweise sind Aufenthalts- und Teilhaberechte an der städtischen Selbstverwaltung, die als Bürgerrechte zuerst in den Städten, später auf nationaler Ebene konstituiert wurden. Urbane Lebensformen basieren ebenso auf der Teilhabe am wirtschaftlichen Leben durch Arbeit oder Transfereinkommen. An räumlich-baulichen Gesichtspunkten spielen Größe, Dichte und Heterogenität eine wichtige Rolle. Die Bevölkerungszahl einer Stadt hat Auswirkungen auf

den Grad der internen beruflichen und sozialen Differenzierung und die Bildung von Subkulturen mit entsprechender Infrastruktur, bzw. räumlicher Konzentration.

2. Kapitel: Ökonomische Veränderungen und gesellschaftliche Prozesse

Die Entwicklung von Städten bzw. Stadtteilen sowie die Art des Zusammenlebens der Bewohner hängen von bestimmten Rahmenbedingungen ab, die den Lebensraum und das Zusammenleben beeinflussen und verändern können. Neben den räumlich-baulichen Aspekten sind ökonomische Bedingungen insofern bedeutsam, als sie Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Bevölkerung, deren Existenzgrundlagen und damit für das Leben in einer Stadt haben können. Unter ökonomischen Bedingungen seien in diesem Zusammenhang u.a. Art und Erfolg wirtschaftlicher Aktivitäten, Beschaffenheit von Arbeitsplätzen und deren Anteile nach Wirtschaftsbereichen verstanden. Ziel dieses Abschnittes ist es, ökonomische Veränderungen der Nachkriegszeit und deren gesellschaftliche Auswirkungen in den Städten der BRD aufzuzeigen.

2. 1 Technologische, ökonomische und politische Veränderungen

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts lassen sich für die Bundesrepublik Deutschland und andere mitteleuropäische Industriestaaten eine Reihe von technologischen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen feststellen, die von einigen Autoren als Entwicklung vom Fordismus zum Postfordismus beschrieben werden. (Bell 1975; Esser/Hirsch 1987; Ipsen 1987; Krämer-Badoni 1987) Fordismus, zunächst als gesellschaftsprägende Produktionsweise des 20. Jahrhunderts verstanden, verdankt seinen Namen dem Automobilunternehmer Henry Ford, der als „Erfinder“ der industriellen Massenproduktion gilt.

Die Ursachen des Wandels vom Fordismus zum Postfordismus, lassen sich im Wesentlichen auf Veränderungen in den drei Bereichen Technologie, Wirtschaft und Politik zurückführen. (vgl. Abb.2) Demografische Veränderungen, auf die im 3.Kapitel näher eingegangen wird, können in diesem Zusammenhang mit Friedrichs als Folgeerscheinungen technologischer, wirtschaftlicher und politischer Veränderungen angesehen werden. (1995) Im Bereich **Technologie** ist es vor Allem die Entwicklung der *Mikroelektronik*, deren vielfältige Nutzung in der *Steuerungs- und Regelungstechnik*, sowie in der *Informations- und Kommunikationstechnologie* zu erheblichen Veränderungen geführt hat. (Esser/Hirsch 1987)

Im Bereich **Wirtschaft** kann mit Verweis auf verschiedene wirtschaftswissenschaftliche Ansätze von einem ständigen wellenförmigen Verlauf von *Konjunkturzyklen* unterschiedlicher Längen ausgegangen werden.³(vgl. Schumpeter 1961) Nach Kondratieff's

„Theorie der langen Wellen“, werden die Produktionsgebiete im Sektor der auslaufenden Wellen (von der energieintensiven Schwerindustrie über die Elektroindustrie und Petrochemie zur Mikroelektronik) von den neuen Industrien deshalb oft gemieden, weil jeweils unterschiedliche Standortfaktoren wichtig sind.

Häußermann und Siebel erklären den *Lebens- und Profitzyklus* der Produktion nach der „Filter down Theorie“, mit ihrem Wechsel von der Entwicklungs- zur Standardisierungsphase.(1988)(vgl.Hadeler2000,S.1961 u.2511ff) In seiner Entwicklungsphase sei ein Unternehmen auf räumlich eng verbundene Kommunikation zwischen Forschung, Entwicklung, Produktion und der Erprobung beim Kunden angewiesen, die alle an einem zentralen Standort konzentriert sein müssten. In der Standardisierungsphase hingegen sei mehr räumliche Flexibilität möglich und die Produktionskosten könnten durch Rationalisierung mittels Technisierung und Automatisierung gesenkt werden. Als weitere wichtige ökonomische Entwicklungen sind die *Entstehung neuer Produkte und Märkte* im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie, sowie wachsende Marktchancen in der Solar-, Bio- und Gentechnologie zu nennen.(Nefiodow 1996) *Kapital- und Firmenmärkte*, die global vernetzt sind, haben sich stark entwickelt und auch in Deutschland den *Aktienmarkt* populär gemacht, wie die breite Nachfrage nach der Telekom-Aktie zeigte. Angesichts steigenden Welthandels und schnell wachsender weltweiter Direktinvestitionen gewinnen *Preisvorteile für Transport, Boden und Arbeit* eine zunehmende Bedeutung für wirtschaftliche Unternehmungen.(Friedrichs 1999)

Im Bereich **Politik** sind der *Abbau von Handelshemmnissen*, weltweit durch Gatt- und WTO-Vereinbarungen, europaweit durch die Verträge der Europäischen Union sowie die *Blockauflösung zwischen Ost und West*, die wohl bedeutsamsten Veränderungen der letzten beiden Jahrzehnte. Die Industrienationen sind wegen der über die Industrialisierungsperiode hinweg angesammelten Altlasten und der erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eingeführten Nutzung der Atomenergie, mit *steigenden Umwelt- und Sicherheitskosten* konfrontiert. Verschärft wird diese Situation durch *steigende Kosten der sozialen Sicherung*, u.a. für Alter, Pflege, Krankheit und Arbeitslosigkeit.(Ipsen 1987)

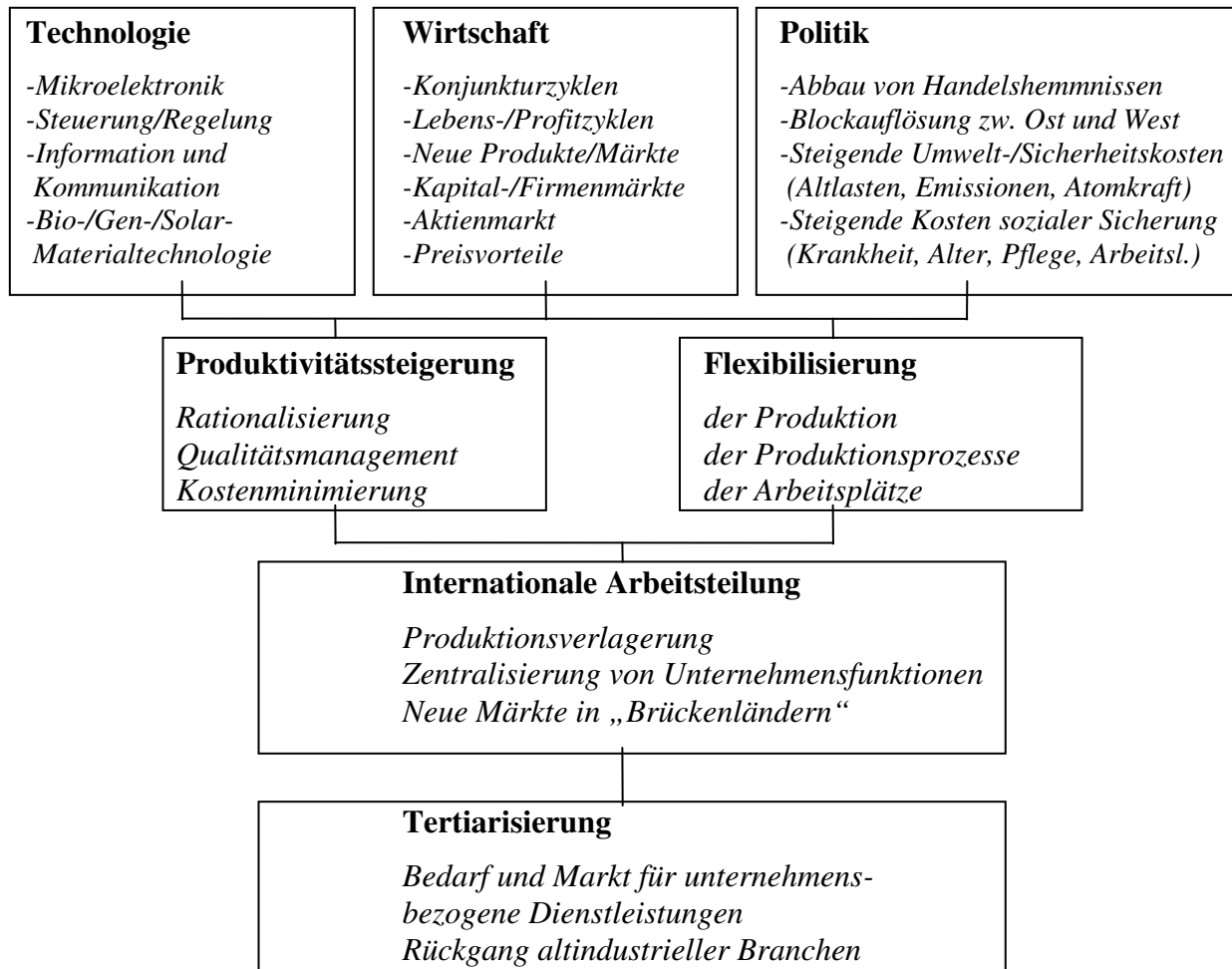
2.1.1 Produktivitätssteigerung und Flexibilisierung

Verstärkte Nutzung der Mikroelektronik in der Steuerungs- und Regelungstechnik, sowie in der Informations- und Kommunikationstechnik ermöglichen durch den Einsatz von Computern verstärkte *Rationalisierungseffekte*. Abbau von Handelshemmnissen und Blockauflösung zwischen Ost und West, erlauben im Zusammenspiel mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien die Erschließung neuer Märkte und

verursachen durch weltweite Vernetzung einen erweiterten Wettbewerb.

Erweiterter Wettbewerb und steigende Umwelt- und Sicherheitsauflagen für Unternehmen machen ein *Qualitätsmanagement* notwendig, das internationale Qualitätsvergleiche sowie die Einhaltung von Umwelt- und Sicherheitsauflagen gewährleistet. Nach der „constraint location theory“ führt die steigende Kapitalintensität eines „durchrationalisierten“ Unternehmens zu weiteren Kostenkalkulationen und Kostenreduzierungen. (Häußermann/Siebel 1987)

Abbildung 2: Veränderungen in Technologie, Wirtschaft und Politik



Angesichts steigender Kosten für Umwelt, Sicherheit und soziale Sicherung sowie der verschärften Wettbewerbssituation gewinnt *Kostenminimierung* in Unternehmen zunehmend an Bedeutung. *Rationalisierung*, *Qualitätsmanagement* und *Kostenminimierung* tragen wesentlich zur **Produktivitätssteigerung** bei, die wiederum zur wichtigen Voraussetzung für die Kapitalbeschaffung auf einem erweiterten Kapitalmarkt wird. (Häußermann/Siebel 1987)

Neue und wechselnde Märkte machen die Produktion kleiner Serien nach Bedarf notwendig. Durch Informations- und Kommunikationstechnologie sind Unternehmen in ihrer Standardisierungsphase in der Lage, die Produktion in kleine Einheiten auf zu teilen, um bedarfsgerechter produzieren zu können. Beides führt zu einer *Flexibilisierung der*

Produktion. Aufteilung in kleinere Subunternehmen oder Auslagerung bestimmter Unternehmensbereiche („Outsourcing“) sowie die Beschleunigung der Kommunikation zwischen Nachfrage und Produktion erhöhen die Variabilität von Steuerung und Produktion und führen zur *Flexibilisierung der Produktionsprozesse*, also der Organisation von Entwicklung, Produktion und Vertrieb.(Ipsen 1987)

Wegen des verstärkten Einsatzes der Mikroelektronik, den Anforderungen des Qualitätsmanagements und der flexibilitätsbedingten Ausweitung von Aufgaben („Job-enlargement“) und Verantwortung („Job-enrichment“) werden von zunehmend mehr Arbeitskräften breitere und professionellere Qualifikationen sowie erweiterte zeitliche Einsatzbereitschaft erwartet.(v.Beckerath/Sauermann/Wiswede 1981)

Produktivitätserwartungen von Geldgebern und Aktienbesitzern („Shareholder“) erhöhen bei steigenden Personalkosten den Druck auf flexiblere Gestaltung von Bezahlung, Arbeitszeit und Beschäftigungssicherheit. Insgesamt geht es dabei um die *Flexibilisierung der Arbeitsplätze*. Neben der Produktivitätssteigerung ist die **Flexibilisierung der Produktion, der Produktionsprozesse und der Arbeitsplätze**, die zweite wichtige Folge der beschriebenen technologischen, ökonomischen und politischen Entwicklungen.(vgl. Sennett 1998b)

2.1.2 Internationale Arbeitsteilung

Steigender Druck zu Produktivitätssteigerungen und wachsende Möglichkeiten der Flexibilisierung haben eine zunehmende **internationale Arbeitsteilung** entstehen lassen. Technologische Möglichkeiten der Rationalisierung und der Abbau von Handelshemmnissen ermöglichen bei flexiblerer Organisation von Entwicklung, Produktion und Vertrieb, weltweite Preisunterschiede für Arbeit, Transport und Boden zu nutzen. Zur Kostenminimierung bieten sich bei sinkenden Transportkosten *Produktionsverlagerungen* in Gebiete mit weniger Auflagen, günstigeren Bodenpreisen oder niedrigeren Arbeitskosten an.(Häußermann/Siebel 1988)

Die Flexibilisierung der Organisation von Produktionsprozessen eröffnet Optionen der *Zentralisierung von Unternehmensfunktionen*, wie Steuerung, Management und Entwicklung, um angesichts weltweit vernetzter Kapital- und Firmenmärkte, Synergieeffekte durch Konzentrationen und Fusionen zu nutzen. Begrenzte Nachfrage in den Industriestaaten und die Entwicklung *neuer Märkte in „Brückenländern“* führen über Direktinvestitionen zu weiterer internationaler Arbeitsteilung.(Dangschat 1996)

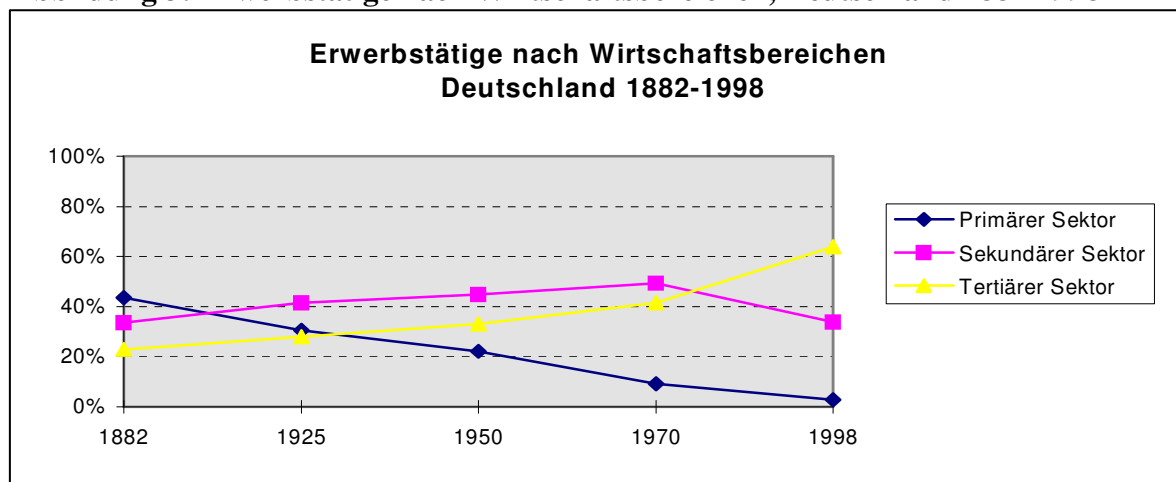
2.1.3 Tertiarisierung

Rationalisierung und Kostenminimierung als Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung haben im Verbund mit der Flexibilisierung von Produktion und Produktionsprozessen für steigenden

Bedarf an unternehmensbezogenen Dienstleistungen geführt. So ist ein wachsender Markt an hochqualifizierten Dienstleistungen z.B. in Forschung und Entwicklung, Marketing, Personalservice, Transport und Logistik aber auch für „einfache“ Dienstleistungen, wie Reinigungs-, Wartungs- und Wachdienste entstanden.(Ipsen 1987) Zentrale Steuerungs-, Management- und Entwicklungsfunktionen siedeln sich bei räumlicher Flexibilität dort an, wo die jeweils notwendige Infrastruktur an Dienstleistungen vorhanden ist. Die internationale Arbeitsteilung in Form von Produktionsverlagerungen und Zentralisierung bzw. Konzentration von Unternehmensfunktionen, hat in den „alten Industriestaaten“ zu einem *steigenden Bedarf und wachsenden Markt an unternehmensbezogenen Dienstleistungen*, bei gleichzeitigem *Rückgang industrieller Produktion* insbesondere in den „alten“ Branchen, wie Kohle, Stahl, Schiffbau und Textil geführt.(Häußermann/Siebel 1987) Diese Entwicklung wird als **Tertiarisierung** bezeichnet. Damit ist der Wandel in der Dominanz der auf Jean Fourastié zurückgehenden klassischen drei Wirtschaftsbereiche, des primären (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), sekundären (Produzierendes Gewerbe) und tertiären (Dienstleistungen) Sektors in Bezug auf die Zahl der jeweils pro Sektor beschäftigten Erwerbstätigen gemeint.(Fourastié 1954)

Während in Deutschland der primäre Sektor Ende des 19.Jahrhunderts noch die meisten Beschäftigten zählte, erreichte der sekundäre Sektor Anfang der 1970er Jahre seinen Höhepunkt. Dem steht eine starke Zunahme des tertiären Sektors im 20.Jahrhundert gegenüber, in dem 1998 mit ca. 36 Mio. etwa zwei Drittel der Erwerbstätigen beschäftigt waren.⁴ (vgl. Abb. 3)

Abbildung 3: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen, Deutschland 1882-1998



Quelle: Datenreport 1999, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Seite 90

Anmerkungen: Die Daten für 1882 und 1925 beruhen auf Berufszählungen im Reichsgebiet, bzw. für 1950 im früheren Bundesgebiet. Die Angaben für die Jahre 1970 und 1998 beruhen auf Ergebnissen des Mikrozensus im früheren Bundesgebiet (1970), bzw. Gesamtdeutschland (1998).

2.2 Folgen, Risiken und Chancen der Veränderungen

Die von einigen Autoren (Esser/Hirsch 1987; Dangschat 1996) beschriebenen Folgen im ökonomischen Bereich der oben erläuterten Veränderungen sind in Abbildung 4 zu einem Schaubild zusammengefasst und können wie folgt expliziert werden.

2.2.1 Veränderungen des Arbeitsmarktes

Maßnahmen der Produktivitätssteigerung, wie Kostenminimierung und Rationalisierung, führen sowohl *im Produktions-* als auch im *Dienstleistungssektor* zu *Arbeitsplatzabbau*. Die ebenfalls der Produktivitätssteigerung dienenden Qualitätssicherungsmaßnahmen verursachen im Zusammenhang mit Rationalisierungsbestrebungen *steigende Ansprüche an die Qualifikation der Beschäftigten*, bzw. *steigende Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften*. Für gering- oder unqualifizierte Beschäftigte ergibt sich daraus ein verstärktes Risiko von Entlassung. Gering- oder unqualifizierte arbeitssuchende Arbeitskräfte sind vom Risiko dauerhafter Arbeitslosigkeit betroffen. Demgegenüber ergeben sich Chancen auf Verbleib an der Arbeitsstelle oder Einstellung für (hoch-)qualifizierte Beschäftigte, bzw. arbeitssuchende Arbeitskräfte. Die Flexibilisierung von Produktion und Produktionsprozessen führt zu *steigenden Ansprüchen an räumliche Mobilität, Einsatzvariabilität und Verantwortungsbereitschaft der Arbeitskräfte*.

Diese Ansprüche bergen für immobile, einseitig qualifizierte und weniger verantwortungsbereite Arbeitskräfte das Risiko, von Entlassung oder Dauerarbeitslosigkeit betroffen zu werden. Räumlich mobilen, vielseitig qualifizierten und verantwortungsbereiten Arbeitskräften ergeben sich hingegen Chancen auf dauerhafte Anstellung, abwechslungsreiche Tätigkeiten und die Übertragung verantwortungsvoller Aufgaben. Die Flexibilisierung von Produktionsprozessen und Arbeitsplätzen führt zu *stärkerer Leistungsorientierung* mit Auswirkungen *auf Bezahlung, Arbeitszeit und Arbeitsplatzsicherheit*. Für minder qualifizierte und unflexible Arbeitskräfte entstehen Risiken von Einkommensverlusten, unattraktiven weil wenig gestaltbaren Arbeitszeiten und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Höher qualifizierten und flexiblen Arbeitskräften eröffnen sich wiederum Chancen auf Einkommenszuwächse, attraktive weil gestaltbare Arbeitszeiten und sichere Beschäftigungsverhältnisse.

Abbildung 4: Folgen, Risiken und Chancen der Veränderungen

Veränderungen	Folgen	Risiken von:	für:	Chancen auf:	für:
<u>Produktivitätssteigerung</u> <i>Kostenminimierung</i> <i>Rationalisierung</i> <i>Qualitätsmanagement</i>	Arbeitsplatzabbau im Produktions- und Dienstleistungssektor Ansprüche an Qualifikation von Arbeitskräften steigend Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften steigend	Arbeitslosigkeit Entlassung dauerhafte Arbeitslosigkeit	gering- oder unqualifizierte beschäftigte Arbeitskräfte gering oder unqualifizierte arbeitsuchende Arbeitskräfte	Arbeit Verbleib im Job Einstellung	(hoch)-qualifizierte beschäftigte Arbeitskräfte (hoch)-qualifizierte arbeitsuchende Arbeitskräfte
<u>Flexibilisierung der Produktion</u> <i>Produktionsprozesse</i> <i>Arbeitsplätze</i>	steigende Ansprüche an: -räumliche Mobilität -Einsatzvariabilität -Verantwortungsbewußtsein von Arbeitskräften stärkere Leistungsorientierung bei: -Bezahlung -Arbeitszeit -Arbeitsplatzsicherheit	Entlassung oder dauerhafte Arbeitslosigkeit Entlassung oder dauerhafte Arbeitslosigkeit Entlassung oder dauerhafte Arbeitslosigkeit -Einkommenseinbußen -unattraktive Arbeitszeiten -unsichere Beschäftigungsverhältnisse	-räumlich immobile Arbeitskräfte -einseitig qualifizierte Arbeitskräfte -verantwortungsscheue Arbeitskräfte gering oder unqualifizierte und unflexible Arbeitskräfte	-Einstellung -abwechslungsreiche Tätigkeit -verantwortungsvolle Tätigkeit -Einkommenszuwächse -gestaltbare Arbeitszeiten -Arbeitsplatzsicherheit	-räumlich mobile Arbeitskräfte -vielseitig qualifizierte Arbeitskräfte -verantwortungsfreudige Arbeitskräfte (hoch)-qualifizierte und flexible Arbeitskräfte

	Folgen	Risiken von:	für:	Chancen auf:	für:
<p><u>Internationale- Arbeitsteilung</u> <i>Produktions-verlagerung</i></p> <p><i>Zentralisierung bestimmter Unternehmens- funktionen</i></p> <p><i>Neue Märkte in „Brückenländern“</i></p>	<p>weniger politischer Einfluß auf nationaler und kommunaler Ebene</p> <p>verstärkter internationaler/ - regionaler/ -kommunaler/ Wettbewerb um Standortentscheidungen</p>	<p>Verlusten an -Arbeitsplätzen und -Steuereinnahmen</p> <p>Deregulierungsdruck auf -Steuer-/Abgabenpolitik -Umwelt-/Sozialstandards -Arbeits-/Tarifrecht</p>	<p>nationale / europäische / globale Regionen mit hohen Kosten für Boden, Arbeit, Umwelt staatliche und kommunale Stellen sowie Tarifpartner</p>	<p>Zuwachs an Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen</p> <p>Standortentscheidungen für forschungs- und entwicklungsintensive Produktion</p> <p>Attraktivitätssteigerungen für Steuerungs-, Management-, Entwicklungsfunktionen</p>	<p>nationale / europäische / globale Regionen mit niedrigen Kosten für Boden, Arbeit, Umwelt Regionen mit entsprechender Infrastruktur für Forschung und Entwicklung</p> <p>Regionen mit entsprechender Dienstleistungsinfrastruktur</p>
<p><u>Tertiärisierung</u> <i>steigender Bedarf und wachsender Markt für unternehmensbezogene Dienstleistungen</i></p> <p><i>Rückgang altindustrieller Branchen</i></p> <p>Deindustrialisierung</p>	<p>Polarisierung: -der Regionen</p> <p>-des Arbeitsmarktes</p>	<p>Depression: -Arbeitsplatzverluste -Steuereinbußen -Mehrausgaben für Arbeitslosigkeit u. Armut -Verschuldung privater und öffentlicher Haushalte</p> <p>Dauerarbeitslosigkeit</p> <p>-unsichere Arbeitsplätze -Einkommenseinbußen -hohe Arbeitslosigkeit bei Arbeitern -weniger Frauenarbeitspl.</p>	<p>in strukturschwachen Regionen mit hohem Anteil absterbender Industrie und geringem Anteil im Dienstleistungssektor</p> <p>minderqualifizierte und einseitig qualifizierte Tätigkeiten</p>	<p>Prosperität/Strukturwandel: -Arbeitsplatzzuwächse - Steuereinnahmenezuwächse -Weniger Ausgaben für Arbeitslosigkeit u. Armut -Entschuldung privater und öffentlicher Haushalte eher Kurzarbeitslosigkeit</p> <p>-sichere Arbeitsplätze -Einkommenszuwächse -geringe Arbeitslosigkeit bei Angestellten -mehr Frauenarbeitsplätze</p>	<p>Regionen mit starker Wirtschaftsstruktur und Standorten von forschungs- und entwicklungsintensiver Produktion sowie von Steuerungs-, Management- u. Entwicklungsfunktionen höher qualifizierte und vielseitig qualifizierte Tätigkeiten</p>

2.2.2 Veränderungen in der Standortpolitik

Produktionsverlagerungen und Zentralisierungen bestimmter Unternehmensfunktionen *verringern die politischen Einflussmöglichkeiten* auf nationaler und kommunaler Ebene und erhöhen das Risiko von Arbeitsplatz- und Steuereinnahmeverlusten in nationalen, europäischen und globalen Regionen mit hohen Kosten für Boden, Arbeit und Umwelt. Gleichzeitig ergeben sich in Regionen mit niedrigen Kosten für Boden, Arbeit und Umwelt, Chancen auf Arbeitsplatz- und Steuereinnahmewachse. Zentralisierungen bestimmter Unternehmensfunktionen und neue Märkte in „Brückenländern“ *verstärken den internationalen, interregionalen und interkommunalen Wettbewerb um Standortentscheidungen*. Dieser Wettbewerb bringt das Risiko von Deregulierungsdruck auf Steuer-/Abgabenpolitik, Umwelt-/Sozialstandards und Arbeits-/Tarifrecht für staatliche und kommunale Stellen sowie die Tarifpartner mit sich. Für Regionen mit entsprechender Infrastruktur für Forschung und Entwicklung, ergeben sich jedoch Chancen auf Standortentscheidungen für forschungs- und entwicklungsintensive Unternehmensteile. In Regionen mit entsprechender Dienstleistungsinfrastruktur eröffnen sich Chancen auf Attraktivitätssteigerungen für die Ansiedlung von Steuerungs-, Management- und Entwicklungsfunktionen von Unternehmen.

2.2.3 Polarisierungen von Regionen und Arbeitsmarkt

Insgesamt führt die Tertiärisierung mit ihrem steigenden Bedarf und wachsenden Markt an unternehmensbezogenen Dienstleistungen und der „Deindustrialisierung“ (Ipsen 1987) der bisherigen Industriestaaten zu *Polarisierungen zwischen verschiedenen Regionen* und zur Polarisierung des Arbeitsmarktes. Strukturschwache Regionen mit hohem Anteil absterbender Industrie und geringem Dienstleistungsanteil haben angesichts von Arbeitsplatzverlusten, Steuereinbußen, Mehrausgaben für Arbeitslosigkeit und Armut sowie der Verschuldung privater und öffentlicher Haushalte, ein hohes Risiko an wirtschaftlicher Depression und sozialen Problemen. Regionen mit starker Wirtschaftsstruktur und Standorten forschungs- und entwicklungsintensiver Produktion sowie von Steuerungs-, Management- und Entwicklungsfunktionen haben hingegen Chancen auf wirtschaftliche Prosperität oder entsprechenden Strukturwandel mit Arbeitsplatz- und Steuerzuwachs, Minderausgaben für Arbeitslosigkeit und Armut sowie auf Entschuldung privater und öffentlicher Haushalte. (Gatzweiler/Strubelt 1988) Die *Polarisierung des Arbeitsmarktes* zeigt sich in Dauerarbeitslosigkeit, höherer Arbeitslosigkeit von Arbeitern, unsicheren Arbeitsplätzen minder und einseitig qualifizierter Tätigkeiten, weniger Frauenarbeitsplätzen und Einkommenseinbußen auf der einen Seite sowie eher Kurzarbeitslosigkeit, geringerer

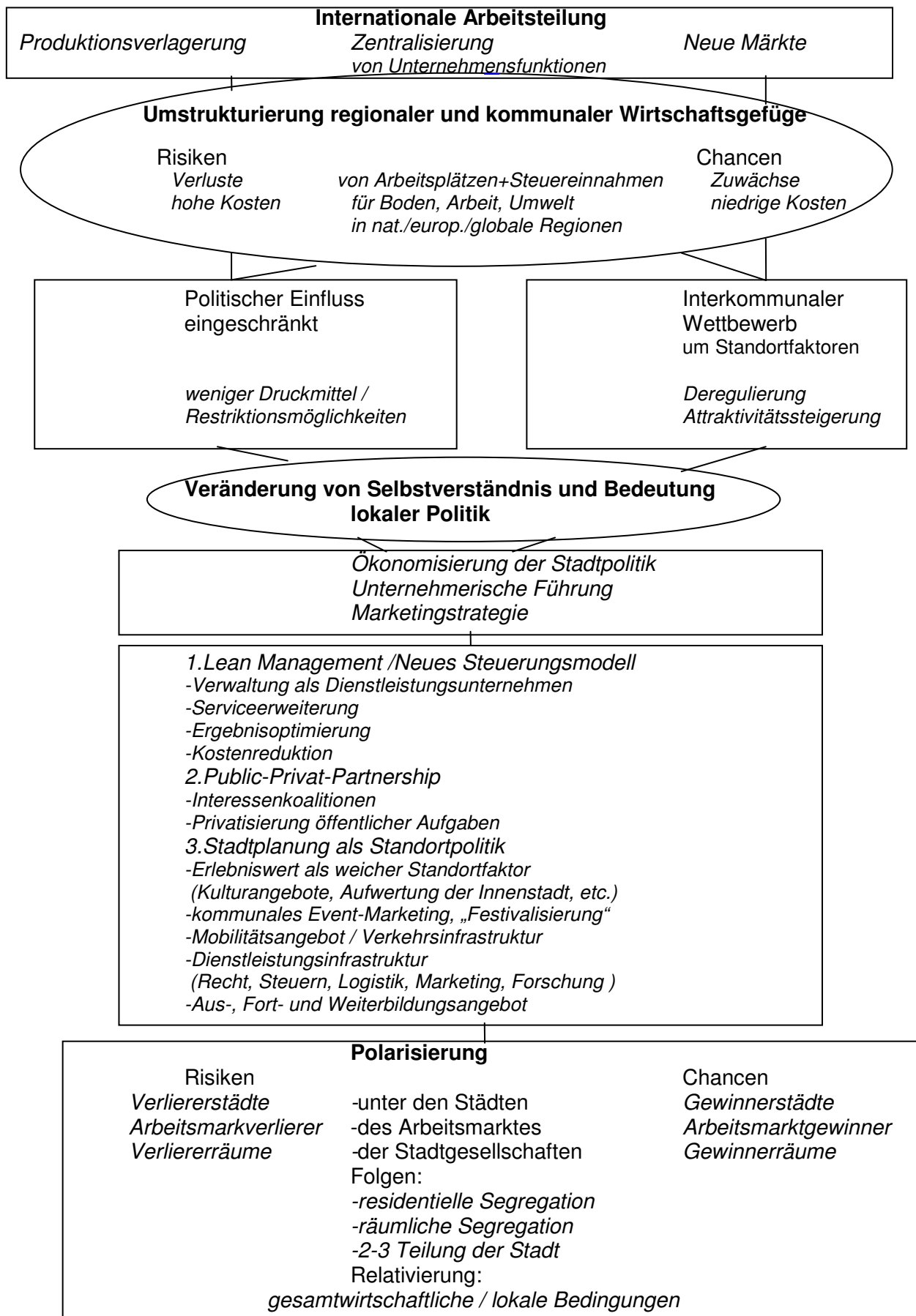
Arbeitslosigkeit von Angestellten, sicheren Arbeitsplätzen hoch und vielseitig qualifizierter Tätigkeiten, mehr Frauenarbeitsplätzen und Einkommenszuwächsen auf der anderen Seite.

2.3 Folgen der Veränderungen für die Städte

Die oben beschriebenen Aspekte der durch Produktivitätssteigerung und Flexibilisierung von Produktionsprozessen entstandenen internationalen Arbeitsteilung wirken sich räumlich durchaus unterschiedlich aus. *Produktionsverlagerungen* sollten dabei differenziert betrachtet werden. (vgl. Appold/Kasarda 1988) Verlagerungen von Betrieben in die Umlandgemeinden von Städten verringern zwar die (Gewerbe-)Steuereinnahmen, erhöhen aber nicht unbedingt die Arbeitslosenzahlen der Stadt, sondern u.U. das Verkehrsaufkommen, durch mehr Pendlerfahrten zwischen Wohnung und neuem Arbeitsort. Verlagerungen von Produktions- oder anderen Betriebsteilen sind auch abhängig von der Unternehmensgröße und dem geografischen Aktionsradius des Unternehmens.

Unternehmen mit regionalem oder nationalem Aktionsradius und eben solchen Verflechtungen werden ihre Standorte eher im regionalen oder nationalen Rahmen suchen oder verändern. Bei europaweit tätigen Unternehmen kommen Verlagerungen von Betriebsteilen in europäische Randgebiete wie z.B. Portugal, Polen, Ungarn oder Tschechien eher in Frage. Für international tätige Unternehmen mit einer gewissen Größe und internationalen Märkten für ihre Produkte macht es bei entsprechender Logistikkapazität eventuell Sinn, Betriebsteile in andere Weltregionen zu verlagern. Dennoch führen die veränderten Möglichkeiten für *Produktionsverlagerungen*, *Zentralisierungen von Unternehmensfunktionen* und *neue Produkte und Märkte* zu Umstrukturierungen regionaler und kommunaler Wirtschaftsgefüge. (Schäfers/Wewer 1996)

Abbildung 5: Folgen ökonomischer Veränderungen für die Städte



2.3.1 Umstrukturierungen regionaler und kommunaler Wirtschaftsgefüge

Diese Umstrukturierungen bergen wie in Abb.4 dargestellt, **Risiken von Arbeitsplatz- und Steuereinnahmeverlusten**, vorwiegend in Städten mit einseitiger Wirtschaftsstruktur, hohem Anteil an absterbender Industrie und geringem Dienstleistungsanteil. Städten mit vielseitiger Wirtschaftsstruktur, Standorten von forschungs- und entwicklungsintensiver Produktion, Steuerungs-, Managementfunktionen und hohem Dienstleistungsanteil, bieten die ökonomischen Umstrukturierungen hingegen **Chancen auf Zuwachs an Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen**. Während zunehmende Verlagerungs- und Zentralisierungsoptionen von Unternehmen sowie Wachstumschancen neuer Märkte in anderen (Welt-)Regionen die politischen Einflussmöglichkeiten von Städten einschränken, erhöhen sie gleichzeitig den interkommunalen Wettbewerb um Standortentscheidungen. Mit der **Einschränkung des politischen Einflusses** verlieren Städte an *Regulierungs- und Restriktionsmöglichkeiten* gegenüber Unternehmen. Unter **Wettbewerbsbedingungen** entsteht *Deregulierungsdruck* und die Notwendigkeit zur *Attraktivitätssteigerung* der Stadt als Unternehmensstandort. Beides trägt zu **Veränderungen im Selbstverständnis und in der Bedeutung lokaler Politik** bei.

2.3.2 Veränderungen im Selbstverständnis und in der Bedeutung lokaler Politik

Städte interessieren sich zunehmend für *Marketingstrategien* und streben eine *unternehmerische Führung* der Stadtverwaltung an.(Dangschat 1996) Krämer-Badoni spricht in diesem Zusammenhang von der *Ökonomisierung der Stadt*.(1987) Mit „*Lean Management*“ und „*neuen Steuerungsmodellen*“ sollen Stadtverwaltungen in moderne Dienstleistungsunternehmen mit Zielvorgaben, erweitertem Service, optimierten Ergebnissen und reduzierten Kosten verwandelt werden.(Sohn 1993; Reichard 1994) Durch Partnerschaften mit privaten Unternehmen („*Public-Privat-Partnership*“) versuchen Städte trotz knapper werdender Finanzmittel die Aufgabenerfüllung zu gewährleisten. Ob als Investoren von Parkhäusern und Kultureinrichtungen oder als Betreiber des öffentlichen Personennahverkehrs, der Energie- und Wasserversorgung, übernehmen private Unternehmen bisher öffentliche Aufgaben. Am deutlichsten lassen sich die Veränderungen im Selbstverständnis lokaler Politik, hin zu unternehmerischen Strategien und Marketingorientierung in der *Standortpolitik der Stadtplanung* beobachten. Sei es das Ziel Investitionsanreize zu bieten, Firmen und deren MitarbeiterInnen am Standort zu halten oder neue Firmen, Arbeitskräfte oder Besucher anzulocken, zur Attraktivitätssteigerung werden besonders die weichen Standortfaktoren herausgestellt und berücksichtigt.

Es gilt den Erlebniswert der Stadt und insbesondere der Innenstadt für die erwünschten Zielgruppen zu erhöhen.(Dangschat 1996) Dazu zählen Ausbau des Kulturangebotes, Aufwertung der Innenstädte durch Einrichtung möblierter Fußgängerzonen, Verlagerung von Veranstaltungen auf Straßen und Plätze, verlängerte Öffnungszeiten von innerstädtischem Einzelhandel und städtischen Ämtern, Errichtung von Einkaufszentren mit überdachten Einkaufsstrassen und Passagen sowie dem Angebot gehobenen innerstädtischen Wohnens. Der öffentliche Stadtraum wird zunehmend als Ort für Event-Marketing von Veranstaltungen überregionaler Bedeutung genutzt, um Image und Bekanntheit des Standortes zu verbessern.(Dangschat 1996)

Weil sich hierfür insbesondere kulturelle und sportliche Großveranstaltungen eignen, sprechen Häußermann/Siebel auch von der „Festivalisierung der Stadtpolitik“.(1993) „Festivalisierung“ kann jedoch auch der Identitätsbildung und Zusammenführung der ansonsten eher separierten unterschiedlichen städtischen Bevölkerungsgruppen dienen, wie Eva Maria Eckel meint.(1996) Andere Standortfaktoren haben aber nach wie vor ihre Bedeutung.(Appold/Kasarda 1988) Mobilitätsbedürfnisse von Unternehmen und Menschen erfordern eine entsprechend gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur für den individuellen und öffentlichen Verkehr. Eine gute Mischung an Dienstleistern in den Bereichen Logistik, Recht, Steuern, Marketing, Forschung und Kommunikation befriedigen den Bedarf an unternehmensbezogenen Dienstleistungen und erleichtern innovativen Firmen und Existenzgründern die Arbeit. Vor Ort vorhandene Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätten sorgen für entsprechendes Potential an qualifizierten Arbeitskräften.

2.3.3 Polarisierung durch Tertiarisierung

Aufgrund steigenden Bedarfes und wachsenden Marktes für unternehmensbezogene Dienstleistungen, bei gleichzeitigem Rückgang altindustrieller Branchen sehen Esser und Hirsch Standortvorteile für tertiarisierte Städte mit einer Kombination spezieller Industrie-, Dienstleistungs-, Transport- und Forschungskapazitäten sowie guter Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte.(Esser/Hirsch 1987) Standortnachteile ergeben sich für Städte mit traditioneller Industrieansiedelung, hohen Altlasten und ungünstigem Arbeitsmarkt, einseitig oder wenig qualifizierter Arbeitskräfte. In der stadtsoziologischen Literatur wird von der **Polarisierung unter den Städten** bzw. Regionen gesprochen, wobei die „*Verliererstädte*“ aufgrund ihrer Position im ökonomischen Strukturwandel, mehr von den Risiken der Tertiarisierung betroffen sind, während die „*Gewinnerstädte*“ stärker von deren Chancen profitieren können.(Häußermann/Siebel 1987)

Städte mit hohen Altlasten, ungünstiger Wirtschaftsstruktur, hohem Anteil absterbender Industriezweige und geringem Dienstleistungsanteil gehören zu den „Verliererstädten“, weil sie mit hohen Arbeitsplatzverlusten, Mehrausgaben für Arbeitslosigkeit und Armut bei gleichzeitigen Einnahmeverlusten durch Steuereinbußen haben. Städte mit wenigen Altlasten, einer natürlichen Umgebung mit hohem Freizeitwert und günstiger Wirtschaftsstruktur, mit geringem Anteil altindustrieller Produktion und hohem Dienstleistungsanteil gehören eher zu den „Gewinnerstädten“. Sie profitieren mit ihrer ansiedlungsfreundlichen Dienstleistungsinfrastruktur von der Attraktivität als Standort für Wachstumsbranchen und haben somit mehr Chancen auf Steuereinnahme-, Arbeitsplatzzuwächse, geringere Ausgaben für Arbeitslosigkeit und Armut und damit auf Entschuldung des städtischen Haushaltes. (vgl. Abb. 4+5)

Innerhalb der Städte kommt es durch die ökonomischen Umstrukturierungen im Zuge der Tertiarisierung zu einer **Polarisierung des Arbeitsmarktes**. Auf der einen Seite stehen die gering- oder unqualifizierten Arbeitskräfte sowohl aus dem Produktions- als auch aus dem Dienstleistungssektor mit erhöhtem Risiko von Entlassung, Arbeitslosigkeit und Lohneinbußen. Dazu gesellen sich Arbeitskräfte, insbesondere Arbeiter mit einseitigen Qualifikationen für den Produktionssektor, die nicht flexibel einsetzbar und beispielsweise wegen fehlender finanzieller Ressourcen räumlich immobil sind. Diese Arbeitskräfte haben auch im wachsenden Dienstleistungssektor wenig Chancen auf Arbeitsstellen. Auf der anderen Seite stehen hoch- oder vielseitig qualifizierte Arbeitskräfte, die bei räumlicher Mobilität und entsprechender Verantwortungsbereitschaft, flexibel einsetzbar sind und deshalb gute Arbeitsmarktchancen, Aussicht auf Einkommenszuwachs und Arbeitssicherheit bei hoher Arbeitszeitautonomie haben.

Aus der Polarisierung des Arbeitsmarktes und der Attraktivitätssteigerung der Innenstädte kann sich laut Dangschat eine **Polarisierung der Stadtgesellschaften** entwickeln. (Dangschat 1996) Einkommensschwache Haushalte und Haushalte die sich vorwiegend aus Transferleistungen finanzieren, bleiben wegen ihrer ökonomisch bedingten Immobilität in der Stadt, zumal hier auch die aufzusuchenden Behörden vorhanden sind. Einkommensstarke Haushalte ohne Kinder, junge Professionelle und zahlungskräftige Senioren suchen hochwertigen Wohnraum in urbaner Umgebung und ziehen in wiederbelebte Innenstadtviertel oder citynahe, aufgewertete frühere Industrie- oder Gewerbebrachen. („Gentrification“, vgl. Kap.3) (Krämer-Badoni 1987; Dangschat 1988; Friedrichs 1998)

Mittlere Einkommenschichten mit Kindern, denen innenstadtnaher Wohnraum zu teuer und die Problembelastung der Nachbarschaften in den Wohnsiedlungen am Stadtrand zu groß wird oder die Eigentum bilden wollen, ziehen in das städtische Umland. So kann es bei verschärfter Entwicklung der genannten Konzentration von Bevölkerungsgruppen („Segregation“, vgl. Kap.3) zur sozialen Spaltung der Stadtgesellschaft kommen. (Häußermann/Siebel 1988) Aus der „residentiellen Segregation“ durch Abwanderung von Familien mit Kindern mittleren und höheren Einkommens aus der Stadt kann eine räumliche Konzentration von Reichtum und Armut entstehen, eine Polarisierung des Stadtraumes in „Siegerräume“ und „Verliererräume“. (Dangschat 1996)

Eine Politik der Attraktivitätssteigerung und „Festivalisierung“, die auf Kultur- und Erlebnisbedürfnisse gebildeter und einkommensstarker Schichten zielt, schafft die entsprechenden Einrichtungen und bindet städtische Finanzen. Die zunehmende Privatisierung öffentlichen Raumes, beispielsweise durch den Bau von Passagen, Ausweitung von Straßencafés und Parkraumbewirtschaftung, schränkt die Nutzungsvielfalt ein und schließt damit bestimmte NutzerInnen aus. (Feldtkeller 1994) Mit der Ästhetisierung der Innenstadt für gehobene Ansprüche einkommensstarker Bewohner und Gäste wird über die Gestaltung der Räume indirekt eine Nutzungseinschränkung vorgenommen, weil bestimmte Nutzungen unpassend erscheinen und sich so quasi selbst ausschließen. Die Definitionsmacht über Raum wird somit zunehmend bedeutsam. (Dangschat 1996)

Direkte Ausgrenzung und Marginalisierung einkommensschwacher Bewohner geschieht mit den Möglichkeiten des Polizeigesetzes (z.B. Bettelverbot) und der Vertreibung von Drogenszene, Straßenprostitution und Obdachlosen aus den Innenstädten durch verstärkte Polizeipräsenz, Kontrollen und neuerdings auch der aus DDR-Zeiten bekannten Videoüberwachung öffentlicher Räume. (Hecker 1997) „Siegerräume“ sind demnach die aufgewerteten Innenstädte, Kulturpaläste, Shopping-Malls und die luxussanierten Altbauten der Gründerzeitviertel mit ihren attraktiven und teuren Appartements und Penthousewohnungen. (Krämer-Badoni 1987) „Verliererräume“ entstehen hingegen dort wo Stadtgebiete von der Stadtentwicklungsplanung vernachlässigt werden, wo sich private Investoren mangels Kaufkraft, Nutzungsvielfalt und gutem Image zurückziehen und wo kommunale Belegungspolitik und Armutszuwanderung zu räumlicher Konzentration von Armut und sozialen Problemen führt. (Gatzweiler/Strubelt 1988) Solche „Verliererräume“ sind typischerweise in ehemaligen Arbeiterwohngebieten der Jahrhundertwende mit schlechter Bausubstanz, in ungünstigen Lagen mit schlechter Verkehrsinfrastruktur und einseitiger Sozialstruktur zu finden. (Dangschat 1996)

Die politische Zielproblematik sieht Dangschat für die Städte darin, trotz Attraktivitätssteigerung durch Gestaltung und Aufwertung der Innenstädte, die Stadtrandgebiete nicht zu vernachlässigen, weil damit wiederum Folgekosten, Sicherheitsprobleme und Imageschäden produziert würden. Esser und Hirsch sehen angesichts verstärkten interkommunalen Wettbewerbes eine Zwei- bis Dreiteilung der Städte.(1987) Einen international wettbewerbsfähigen Teil der Stadt für Geschäftsleute, Kongress- und Messebesucher, der nicht in jeder Stadt vorhanden sein könne. Den „normalen“ Arbeits-, Versorgungs- und Wohnstadtteil für die mittleren Lagen, der die Funktion eines regionalen Oberzentrums übernimmt. Der dritte Teil sei die marginalisierte Stadtregion der sogenannten A-Gruppen (Arbeitslose, Arme, Ausländer) die mancherorts zum Teil bereits abgeschottet von den anderen Teilen sei und überwacht würde.

„Die Tatsache, dass die sozialräumliche Gestalt der Städte immer das Ergebnis politisch-sozialer Kräfteverhältnisse, Konflikte und Kompromisse unter ökonomisch-strukturellen, aber historisch und im Kontext gesellschaftlicher Kämpfe sich verändernden Bedingungen ist, gilt heute mehr denn je.“ (Esser/Hirsch 1987, S. 56)

Auf konstitutive Wirkungszusammenhänge der Ökonomie einer Stadt verweist Dieter Läßle mit seinem Konzept städtischer Teilökonomien und empfiehlt einen „bottom up-Ansatz“ unter Einbezug spezifisch städtischer Entwicklungsbedingungen - wie historisch gewachsener Produktions- und Wertschöpfungsstrukturen - und räumlicher Verflechtungszusammenhänge. (1998) Städtische ökonomische Cluster könnten als Schnittmenge zwischen gesamtwirtschaftlich oder global orientierten Branchen und dem städtischen ökonomischen Milieu angesehen werden.(Läßle 1998) Entgegen der Ausrichtung von Stadtpolitik auf internationalen Wettbewerb sieht Wendelin Strubelt durch die Ausdifferenzierung ökonomischer Wachstumsmöglichkeiten durchaus Chancen für strukturell unterschiedliche Entwicklungspfade von Städten. Mit der Kommunikationstechnologie würde die Subzentrenbildung in Städten gefördert und die dezentrale Konzentration der Nutzungsfunktionen ermöglicht. Wohnen, Arbeiten und Erholen könnten räumlich zusammenrücken.(Strubelt 1998)

Neben der unterschiedlichen Betroffenheit der Städte vom ökonomischen Strukturwandel halten Häußermann und Siebel noch andere Faktoren für bedeutsam für das unterschiedliche Ausmaß von sozialen Konflikten in den Städten.(1987) Bei großer räumlicher Trennung und breiter Streuung der Nutzungsfunktionen Arbeiten und Wohnen, insbesondere bei großer Zahl von Pendlern aus dem Umland, verteile sich Arbeitslosigkeit auf verschiedene Gebiete einer Stadt bzw. Region und träte nicht räumlich stark konzentriert oder geballt auf.

In Haushalten mit mehreren berufstätigen Personen, müsse bei Arbeitslosigkeit eines Mitgliedes nicht gleich die Wohnung aufgegeben werden und in eine andere Wohngegend mit günstigerer Miete oder Sozialwohnraum umgezogen werden. Ländliche Umgebungen von Städten ermöglichten bei hoher Pendlerzahl, die Verknüpfung materieller und sozialer Ressourcen informeller Arbeit im ländlichen Raum mit formeller Lohnarbeit in der Stadt. Bei Wegfall des lohnabhängigen Einkommens könne mit Nachbarschaftshilfe, Nebenerwerbslandwirtschaft und Eigenarbeit sozialer Abstieg und Armut verzögert werden.(Häußermann/Siebel 1987)

2.4 Räumliche Mobilität

Außer den genannten Folgen im ökonomischen Bereich, verursachen die wirtschaftlichen Veränderungen auch gesellschaftliche Folgen anderer Art, wie zum Beispiel zunehmende **Migration** durch den Abbau ökonomischer und politischer Grenzen in Verbindung mit der weltweiten Verbreitung der Informationstechnologie. Die Entwicklung der Zahlen von in den letzten Jahren nach Deutschland zugezogenen ausländischen Staatsangehörigen lassen vermuten, dass für den Zuzug weniger die Wirtschaftskonjunktur in Deutschland, als die politische, wirtschaftliche oder soziale Situation im Herkunftsland sowie Maßnahmen der Zuzugsbegrenzung der Bundesregierung wie beispielsweise die Asylrechtsänderung 1992 ausschlaggebend sind. So ist die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland von 1983 bis 1992 stark gestiegen, bis 1997 aber wieder gesunken. 1992 erreichte auch die Zahl aller Zuzüge mit ca. 1,6 Mio. Menschen ihren Höhepunkt. Ein Viertel davon waren deutscher Abstammung und kamen vorwiegend aus den osteuropäischen Staaten.(Datenreport 1999)⁵

Produktivitätssteigerungen, insbesondere durch die damit verbundenen Entlassungen von Beschäftigten und die Flexibilisierung von Produktionsprozessen haben mit zu einer räumlichen **Mobilisierung** der Bevölkerung beigetragen. Konsequenzen eines Arbeitsplatzwechsels können dabei sowohl Wohnsitzwechsel als auch Pendeln zwischen bisherigem Wohnsitz und neuer Arbeitsstelle sein. Aus der Zahl der *Wohnsitzwechsel* über die Gemeindegrenzen innerhalb Deutschlands hinweg, lässt sich bezogen auf die Einwohnerzahl eine Mobilitätsziffer bilden. Diese ist in den 80er Jahren gesunken, in den 90er Jahren jedoch wieder in gleichem Maße angestiegen.(Datenreport 1999, S.50)⁶ Schon in den 1970er Jahren sind die Mobilitätsziffern gesunken. Diese Entwicklung hatte allerdings mit der Gebietsreform in den Bundesländern zu tun, bei der es zu zahlreichen Eingemeindungen kam. Umzüge in die eingemeindeten Dörfer wurden fortan als Ortsumzüge registriert und gingen nicht mehr in die Mobilitätsziffer ein.

Die Mobilitätsziffern für Wohnsitzwechsel über die Grenzen der Bundesländer hinweg sind im Zeitraum zwischen 1991 und 1997 nicht angestiegen, so dass der Anstieg der Mobilitätsziffern der Gemeinden nicht mit einem eventuell zu vermutenden starken Wechsel zwischen den Ländern in Ost- und Westdeutschland erklärt werden kann. Die Altersgruppe mit den stärksten Wanderungsbewegungen sind traditionell die 18 bis 35 Jährigen. Mit zunehmendem Alter sinkt die Wanderungsbewegung. Gunter E. Zimmermann zu Folge wandern die jüngeren Jahrgänge weniger oft und später aber dafür über einen längeren Zeitraum als die 18 bis 35 Jährigen in früheren Jahren. Diese unterschiedlichen Kurven der Alterskohorten gleichen sich ab dem 40. Lebensjahr allerdings wieder einander an. (Zimmermann 1998)

Als weiteres Indiz für wachsende Mobilität kann die Entwicklung der *Fahrzeugbestände* und die Zunahme der *Verkehrsleistungen* angesehen werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass auch im Ausland zugelassene Fahrzeuge zum Verkehrsvolumen in Deutschland beitragen, obwohl sie nicht in der deutschen Bestandsstatistik enthalten sind. Der Bestand an zulassungspflichtigen Kraftfahrzeugen hat seit 1950 ständig zugenommen (von 2 Mio. auf ca. 49,5 Mio. in 1998). Auch der Bestand an zivilen Luftfahrzeugen ist in den letzten 40 Jahren stark angestiegen. Demgegenüber ist der Bestand an Schienenfahrzeugen insgesamt im gleichen Zeitraum geschrumpft. Besonders die Zahl der Güter-, Personenwaggons und Straßenbahnen ist auf fast die Hälfte des Bestandes von 1950 zurückgegangen. Lediglich die Bestände an S- und U-Bahnen sind angestiegen.

Bei den Verkehrsleistungen hat der motorisierte Individualverkehr sowohl in der Zahl der Fahrten (beförderte Personen), als auch in der Zahl der zurückgelegten Kilometer seit 1950 ständig zugenommen und seit 1960 seinen Anteil gegenüber dem öffentlichen Straßenpersonenverkehr und dem Eisenbahnverkehr bis auf über 80% erhöht. Im gesamten Personenverkehr sind die Zahlen der beförderten Menschen von 1991 bis 1997 um 7% gestiegen. Im Güterverkehr wurde bis Anfang der 1980er Jahre der Hauptanteil der Beförderungsleistung (beförderte Güter und zurückgelegte Kilometer) von der Bahn erbracht. Der Straßengüterverkehr hat seinen Anteil seither stark erhöht und transportierte 1997 knapp 80% aller Güter. Im Straßen-, See-, und Luftverkehr sind die Gütermengen in den 1990er Jahren angestiegen, im Eisenbahnverkehr (bei unter 10% Beförderungsanteil) jedoch zurückgegangen. (vgl. Datenreport 1999. S. 349-358)

2.5 Zusammenfassung Kapitel 2

Am Beginn dieses Kapitels stand die Beschreibung zentraler wirtschaftlicher, technologischer und politischer Entwicklungen, die zu weiteren gesellschaftlichen Veränderungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts führten. Besonders die mit Produktivitätssteigerung, Flexibilisierung von Produktion und Arbeit sowie zunehmender internationaler Arbeitsteilung verbundenen Prozesse, führten in fortgeschrittenen Industriestaaten wie Deutschland zu einer Entwicklung, die mit einem Wachstum an unternehmensbezogenen Dienstleistungen und dem Rückgang altindustrieller Produktion, allgemein als Tertiarisierung bezeichnet, verbunden ist. Infolge dieser Tertiarisierung kann eine Polarisierung unterschiedlicher Regionen, je nach deren Wirtschaftsstruktur, Chancen und Voraussetzungen für die wirtschaftliche Umstellung, festgestellt werden. Die Scherenentwicklung zwischen Produktions- und Dienstleistungssektor kann zur Polarisierung des Arbeitsmarktes führen, mit entsprechenden Folgen auf individueller wie staatlicher Ebene.

Auf individueller Ebene zeigt sich die Polarisierung des Arbeitsmarktes besonders in Form von Arbeitsplatzunsicherheit, Entwertungen von Qualifikationen und dauerhaften Arbeitsplatzverlusten auf der einen Seite sowie von Arbeitsplatzangeboten für Frauen und Männer mit entsprechenden Qualifikationen, aber auch erhöhten Flexibilitätsanforderungen auf der anderen Seite. Auf staatlicher Ebene zeigt sich die Polarisierung des Arbeitsmarktes vorwiegend in steigenden Kosten zur Finanzierung von Massen- und Dauerarbeitslosigkeit einerseits und in wachsendem Wettbewerb um Standortentscheidungen und geeignete Arbeitskräfte andererseits.

Die durch Produktionsverlagerungen, Zentralisierung von Unternehmensfunktionen und neuen Märkten gekennzeichnete internationale Arbeitsteilung wirkt sich durch die damit verbundene Umstrukturierung regionaler und kommunaler Wirtschaftsgefüge auf das Selbstverständnis und die Bedeutung lokaler kommunaler Politik in den Städten aus. Zunächst sind die Entwicklungschancen der Städte jedoch stark abhängig von deren bisheriger Wirtschaftsstruktur genauer, vom bisherigen Tertiarisierungsgrad und den örtlichen Voraussetzungen für Standortentscheidungen Wachstum versprechender Branchen und Unternehmensteile. Dank interkommunaler Wettbewerbssituation verlieren bisher eher verwaltungs- und relegungsorientierte Strategien der Stadtpolitik an Wirksamkeit, zu Gunsten eher Marketing orientierter Strategien der Städte. Die Tendenz in der Stadtpolitik geht also von der Regulation und Restriktion zu Angebot und Attraktion für erwünschte Nutzungen, Investitionen, Besucher und Bewohner.

3. Die Menschen in ihrem sozialen und räumlichen Umfeld

Auf die Beschreibung räumlich-baulicher Aspekte im ersten Kapitel, folgten im zweiten Kapitel gesellschaftliche Veränderungen und deren Auswirkungen im Allgemeinen sowie in Städten im Besonderen. Eine Reihe technologischer, wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen führten zu dem beschriebenen Tertiarisierungsprozess mit den Folgen verstärkten interkommunalen, -regionalen und -nationalen Wettbewerbs. In diesem Wettbewerb haben sich aufgrund unterschiedlicher Bedingungen sowohl neue Chancen als auch Risiken ergeben, die teilweise zu Polarisierungen von Regionen, Arbeitsmärkten und Stadtgesellschaften führten. Im Mittelpunkt dieses dritten Kapitels steht die Frage nach den Auswirkungen der genannten Veränderungen auf die Menschen in ihrem sozialen und räumlichen Umfeld. Ziel des Kapitels ist es, diejenigen Entwicklungen im Nachkriegsdeutschland mit Schwerpunkt auf den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts aufzuzeigen, die für die Lebensorganisation der Menschen in deren sozialen und räumlichen Umfeld von besonderer Bedeutung sind.

Allgemeine Wohlstandsentwicklung und breite Erhöhung des Bildungsniveaus der Bevölkerung, haben vielen Menschen in Deutschland zuvor nicht gekannte Möglichkeiten der Lebensgestaltung eröffnet. Technologische Entwicklungen, insbesondere Mobilfunk und Internet, haben die Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten unabhängiger von Raum und Zeit gemacht und damit erheblich erweitert. Flexibilisierung von Arbeitsplätzen und Produktionsabläufen, bis hin zu Produktionsverlagerungen bzw. zur Differenzierung und Konzentration von Unternehmensteilen zeitigen zusammen mit dem Anwachsen des Dienstleistungssektors Auswirkungen auf die Art und Weise der Lebensorganisation der betroffenen Menschen. Wie sich Lebensformen und Lebensstile ausdifferenziert und verändert haben beschreibt der erste Abschnitt dieses Kapitels. Rationalisierungsmaßnahmen zur Produktivitätssteigerung, Betriebsverlagerungen als Auswirkungen internationaler Arbeitsteilung und das Absterben altindustrieller Branchen haben alte und neue Muster sozialer Ungleichheit enthüllt, deren Erscheinungsbild hier im zweiten Abschnitt beschrieben wird. Medizintechnologische Veränderungen haben die Gesundheitsversorgung verbessert. Aus Produktivitätsüberlegungen heraus erfolgte Automatisierungen von Arbeitsgängen haben den Anteil und die Belastung körperlicher Arbeit reduziert. Mehr Menschen in Dienstleistungsberufen verrichten weniger gesundheitsschädigende Tätigkeiten.

Diese Entwicklung und nicht zuletzt die Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch längere Ausbildungszeiten und Vorruhestandsregelungen können als Gründe für die Erhöhung der Lebenserwartung in den letzten Jahrzehnten angesehen werden.

3. 1 Lebensstile

Lebensstile lassen sich definieren als, „...relativ stabile Ordnungsformen des Alltags, in denen größere soziale Gruppen Lebensvorstellungen und Lebenslagen auf einen sichtbaren Nenner bringen.“ (Schwengel 1988, S.62) Hermann Schwengel sieht eine historische Linie der bundesrepublikanischen Entwicklung in der Orientierung von Lebensstandard über Lebensqualität zu Lebensstil. (vgl. Abb. 6) In den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten, stand nach der Befriedigung der Grundbedürfnisse die Erreichung eines höheren materiellen Lebensstandards im Mittelpunkt. In den 70er Jahren entwickelte sich durch die Demokratisierungs- und Reformpolitik aus der Kritik am ungleich verteilten privaten Reichtum, die Forderung nach allgemeinem öffentlichem Wohlstand. Gleichzeitig führten erkennbare Grenzen und Folgen des Wachstums zur Kritik am rein quantitativen Maßstab des Lebensstandards und zur Betonung der Verantwortung für die natürlichen und sozialen Umwelten, entgegen technischer wie gesellschaftlicher Sachzwänge. In den 80er Jahren war es die Kritik an mangelnder Autonomie und Verantwortungsdelegation sowie überflüssiger Bürokratie, die mehr Souveränität für die eigene Lebensgestaltung einforderte.

Abbildung 6: Entwicklung vom Lebensstandard über Lebensqualität zu Lebensstilen

	Lebensstandard
Forderung:	Befriedigung der Grundbedürfnisse (Essen, Wohnen, Arbeit, Sicherheit) Erhöhung des materiellen Lebensstandards (Gebrauchs- und Konsumgüter, Lohn, Urlaub, Zulagen)
Kritik:	Ungleichverteilung des erwirtschafteten Reichtums Grenzen des Wachstums, Umweltverschmutzung/-zerstörung
	Lebensqualität
Forderung:	Allgemeiner und gleicher Wohlstand Verantwortung für soziale und natürliche Umwelt Qualität statt Quantität
Kritik:	mangelnde Autonomie/Verantwortungsdelegation überflüssige Bürokratie
	Lebensstile
Forderung:	mehr Souveränität für eigene Lebensgestaltung
Voraussetzungen:	allgemeiner Wohlstand (Einkommen, Lebensstandard, etc.) Bildungsexpansion (steigender Anteil höherer Abschlüsse) höhere Bildungsabschlüsse bei Frauen Tertiarisierung (mehr Frauenarbeitsplätze, mehr Teilzeitplätze) höhere Frauenerwerbsquote weniger Arbeit, mehr Freizeit (Arbeitszeitverkürzung, Teilzeit) verändertes Rollenverständnis

Quelle: Eigene Darstellung der Ausführungen von H. Schwengel 1988

Auf der Basis allgemeinen Wohlstandes und eines differenzierten Sozialsystems, wurde den Menschen neben der Arbeit, ihre Freizeit immer wichtiger, so dass sich eine differenzierte

Umwertung von Arbeit (zwischen Erwerbsarbeit, Hausarbeit, Erziehungsarbeit, gemeinnütziger Arbeit, etc.) entwickeln konnte, die auch in der verstärkten Nachfrage nach Teilzeitarbeit ihren Ausdruck fand.⁷(vgl. Abb.A3.1) Mit dem Absinken des Anteiles der unmittelbar lebensnotwendigen Ausgaben am Haushaltseinkommen und der Verkürzung der Wochenarbeitszeiten, erhöhten sich zeitliche und finanzielle Möglichkeiten der Freizeitnutzung.⁸ Die quantitative und qualitative Erhöhung des Bildungsgrades der Bevölkerung seit den 60er Jahren war eine wichtige Voraussetzung für die im vorigen Kapitel beschriebene Tertiarisierungsentwicklung.⁹(vgl. Abb.A3.2/A3.3)

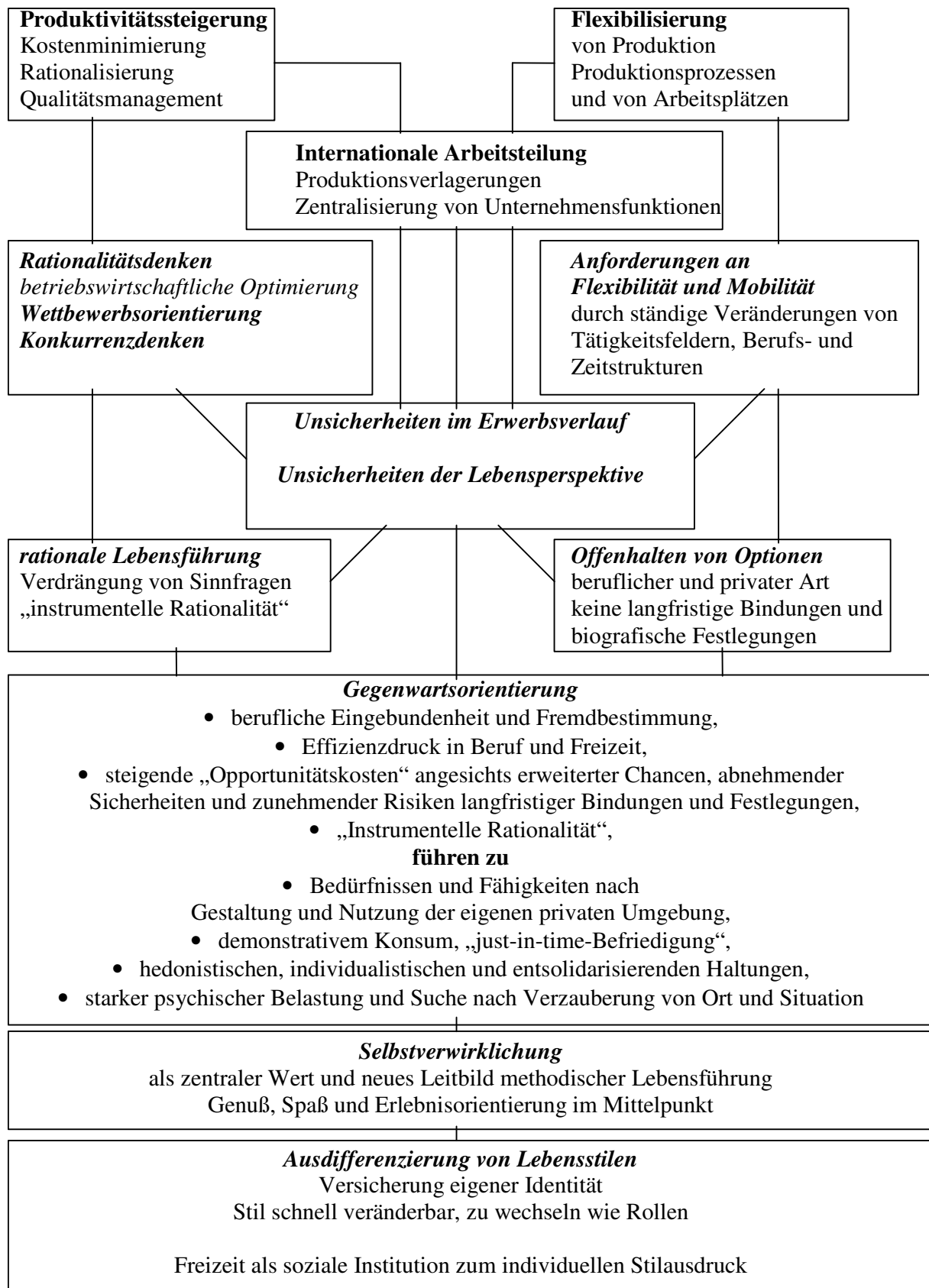
In Folge dieser Bildungsexpansion verbesserten sich die Chancen von Frauen auf dem dienstleistungs-orientierten Arbeitsmarkt, wie die gestiegene Frauenerwerbsquote zeigt.¹⁰(vgl. Abb.A3.4) Mit verbesserten Bildungs- und Erwerbchancen von Frauen ergaben sich neue Optionen an Lebensformen bei verändertem Rollenverständnis vor allem von Frauen¹¹.

Der Erweiterung von Entscheidungsmöglichkeiten stehen andererseits auch Entscheidungszwänge gegenüber, wie die folgende Darstellung von Tertiarisierungsfolgen zeigt.(vgl. Abb.7)

Mit den Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung, wie Kostenminimierung, Rationalisierung und Qualitätsmanagement sowie durch Produktionsverlagerungen und Zentralisierung von Unternehmensfunktionen gewinnen *Rationalitätsdenken*, *betriebswirtschaftliche Optimierung*, *Wettbewerbsorientierung* und *Konkurrenzdenken* als Qualifikationen im Berufsleben zunehmende Bedeutung.(Dangschat 1996)

Flexibilisierungen von Produktion, Produktionsprozessen und von Arbeitsplätzen stellen im Zusammenhang mit internationaler Arbeitsteilung (Produktionsverlagerungen und Zentralisierung von Unternehmensfunktionen) erhöhte *Anforderungen an die Flexibilität und Mobilität* der Beschäftigten.(Häußermann 1988) In Folge von Produktivitätssteigerung, Flexibilisierung und internationaler Arbeitsteilung werden Tätigkeitsfelder, Berufs- und Zeitstrukturen ständigen Veränderungen unterworfen.¹² Hieraus ergeben sich permanente *Unsicherheiten im Erwerbsverlauf*. Sennett spricht in diesem Zusammenhang von der „Drift“, als nicht mehr langfristig planbare Erwerbsspektive, die bezüglich beruflichen Aufstiegs eher von Seitwärts- als von Aufwärtsbewegungen geprägt sein kann.(1998b)

Abbildung 7: Einflüsse auf Lebensstilbildung



Quelle: Becker, eigene Bearbeitung

Mit den Unsicherheiten im Erwerbsverlauf sind zwangsläufig auch *Unsicherheiten der Lebensperspektive* verbunden. Angesichts beruflicher Unsicherheiten liegt für Sennett die Schwierigkeit des Individuums darin, ein für sich sinnvoll zusammenhängendes Leben zu gestalten. Rationalitätsdenken, Wettbewerbsorientierung und Konkurrenzdenken wirken sich nach Dangschat auf das Privatleben insofern aus, als sie in Kombination mit den Unsicherheiten im Erwerbsleben und den Lebensperspektiven zu einer *rationalen Lebensführung* anregen.(1996) Demnach bedürfe es der Verdrängung von Sinnfragen, um beruflich rationale Handlungsabläufe nicht zu destabilisieren. Ipsen spricht in diesem Zusammenhang von der Entwicklung „instrumenteller Rationalität“. (1987) Flexibilisierungs- und Mobilitäts-anforderungen erschweren einerseits die Entwicklung von Vertrauen, Loyalität und sozialen Bindungen.(Sennett 1998b) Andererseits zwingen sie angesichts der Unsicherheiten von Erwerbsverlauf und Lebensperspektiven zum *Offenhalten von Optionen* sowohl beruflicher als auch privater Art.¹³(Zu entsprechenden empirischen Befunden siehe Anmerkungen und Abb. A3.5–A3.13)

Beides wirkt verstärkend in gleicher Richtung. Langfristige Bindungen und biografische Festlegungen wie zum Beispiel feste Partnerschaft, Ehe oder Kindererziehung, bergen in sich das Risiko des Verlustes an Möglichkeiten der Lebensgestaltung, wie Erwerbstätigkeit, beruflicher Mobilität und Karriere oder Freizeitgestaltung.(Häußermann 1988) Rationale Lebensführung und der Zwang zum Offenhalten von Optionen sind für Sennett und andere Autoren die Hauptgründe für eine starke *Gegenwartsorientierung*.

Starke berufliche Eingebundenheit und Fremdbestimmung verstärke die Bedürfnisse und Fähigkeiten nach Gestaltung und Nutzung der eigenen privaten Umgebung.(Sachs Pfeiffer 1988) Hoher Effizienzdruck in Beruf und Freizeit führe zu demonstrativem Konsum, „just-in-time-Befriedigung“ und fördere hedonistische, individualistische und entsolidarisierende Haltungen.(Dangschat 1996)

Angesichts erweiterter Chancen, abnehmender Sicherheiten und zunehmender Risiken langfristiger Bindungen und Festlegungen, sieht Häußermann die „Opportunitätskosten“ für entgangene Möglichkeiten der Lebensgestaltung ansteigen.(1988)¹⁴ „Instrumentelle Rationalität“ führe zu starker psychischer Belastung, deren Ausgleich die Suche nach Verzauberung von Ort und Situation sei, so Ipsen.(1987) *Selbstverwirklichung* wird zum zentralen Wert und neuen Leitbild methodischer Lebensführung.¹⁵ Das eigene Ich (Leistungen, Fähigkeiten, Persönlichkeitseigenschaften, Wünsche und Bedürfnisse) gilt als Schlüssel zum Erfolg.(Garhammer 2000) Wenn die Grundbedürfnisse gesichert und befriedigt sind, kann „das Schöne“, die „Ästhetisierung des Alltags“ im Mittelpunkt stehen und

Selbstverwirklichung durch Genuss, Spaß und Erlebnisorientierung zur zentralen Orientierung werden.(Schulze 1997) Gegenwartsorientierung, individuelle Gestaltung und Nutzung der Umgebung sowie unterschiedliche Formen der Selbstverwirklichung ermöglichen bei vorhandenen Wahlmöglichkeiten die *Ausdifferenzierung von Lebensstilen*.

Das Individuum kann sich im Lebensstil der eigenen Identität versichern, kann den Stil schnell verändern oder auch wechseln wie Rollen.(Sachs Pfeiffer 1988) Garhammer sieht die Freizeit als soziale Institution zum individuellen Stilausdruck.(2000) Während Genuss und Spaß in fast allen Lebensbereichen legitim seien, wäre das Freizeitverhalten jedoch beeinflusst von Faktoren wie Bildung, Alter, Geschlecht, Lebensform, Berufsstatus und Einkommen (in der hier aufgeführten Reihenfolge) und somit nicht unabhängig von Klasse und Schicht. Hradil betont demgegenüber, typische Denk- und Verhaltensmuster seien stärker abhängig von Alter, Bildung und Geschlecht und weniger von Klasse und Schicht.(1999) Selbstdefinition und Alltagshandeln seien in Bezug auf ästhetische und kulturelle Verhaltensweisen daher eher Milieu und Lebensstil geprägt, während das Ausmaß gesellschaftlicher und politischer Teilhabe eher abhängig von Schicht, Beruf und Einkommen seien.

Garhammer kommt in seiner Bewertung neuerer Veröffentlichungen zur Lebensstilforschung zu dem Ergebnis, dass verschiedene Lebensstile mit bestimmten Merkmalen sozialer Lage verknüpft seien.(2000)

Nach wie vor sei eine gewisse Stabilität in den Klassenlagen zu erkennen, z.B. bei höheren Bildungsabschlüssen oder im nach wie vor Status adäquaten Heiratsverhalten.(Garhammer 2000, S.304)¹⁶ Wie die Status adäquate Heirat ein Mechanismus sozialer Schließung sein kann, können Lebensstile auch distinktiv eingesetzt werden, um sich abzugrenzen und/oder andere auszugrenzen. „Lebensstilisierung“ kann neben der Sicherung sozialen Überlebens in freiwillig gewählten Gruppen, auch zum Symbol und zur Dimension sozialer Ungleichheit werden.(Dangschat 1996) Voraussetzung für Klassen übergreifende Stilisierung des Lebens wäre laut Garhammer, ein entwickelter und sozialstaatlich abgesicherter Kapitalismus.(2000) Ansonsten blieben untere soziale Schichten (wo immer noch eher der traditionelle Familiensektor dominiere) von der Pluralität von Lebensformen und -stilen weitgehend ausgenommen. Träger der „Lebensstilisierung“ seien eben hauptsächlich mittlere und obere Statuslagen.(Garhammer 2000)

3. 2 Lebensformen

Lebensformen sind, wie in den ersten beiden Kapitel erwähnt, beeinflusst von sozioökonomischen Entwicklungen, politischen Rahmenbedingungen sowie individuellen Lebensentwürfen und Lebenszyklen. Wenn sich technologische, ökonomische und politische Veränderungen regional unterschiedlich auswirken, wie im zweiten Kapitel gezeigt, dann liegt die Vermutung nahe, dass sich die verschiedenen Transformationsprozesse auch räumlich unterschiedlich auf Lebensformen der Bevölkerung auswirken. Im Zusammenhang dieses Artikels sind Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie etwaige Besonderheiten in Städten von Interesse.

Zwar sind die Trends zu niedrigeren Geburtenraten und weniger Eheschließungen in Großstädten wie ländlichen Räumen zu beobachten, allerdings auf unterschiedlichem Niveau und in unterschiedlichen Stärken. Die Heiratsquoten nahmen in den 90er Jahren in den Stadtstaaten stärker ab als in den Flächenländern, wo sie –mit Ausnahme der ostdeutschen Länder- über dem Bundesdurchschnitt liegen. Die Geburtenraten sind in Baden-Württemberg traditionell am höchsten unter allen Bundesländern. In Hamburg und Berlin dagegen unterdurchschnittlich. Zudem drücken die sehr niedrigen Geburtenraten in Ostdeutschland in den 90er Jahren den Bundesdurchschnitt. Einpersonenhaushalte stellen in Großstädten fast die Hälfte, in Kleinstädten dagegen nur ein Viertel aller Haushalte.(Statistisches Jahrbuch 2000)¹⁷ Vergleiche der Verteilung von Haushaltstypen zwischen Großstädten und ländlichen Regionen zeigen ähnliche Ergebnisse.(Bertram 1998) Auf der Grundlage einer Analyse des Mikrozensus von 1995 untersuchte Hans Bertram private Lebensformen nach den beiden Dimensionen, „Partnerbeziehungen“ und „Generationenbeziehungen“. Als „Partnerbeziehungen“ gelten dabei Beziehungen zu etwa gleichaltrigen Partnern, mit denen eine institutionalisierte (eheliche) oder nicht-institutionalisierte (nichteheliche) Lebensgemeinschaft besteht. Unter „Generationenbeziehungen“ werden Beziehungen zwischen Großeltern, Eltern und Kindern verstanden. Hinsichtlich des Familienstandes gibt es zunächst nur leichte Unterschiede zwischen städtischem und ländlichem Raum. Die häufigste Form in Stadt und Land ist die Ehe, jedoch mit höheren Anteilen in den ländlichen Regionen. Ledige und Geschiedene sind in den Städten etwas häufiger als auf dem Land vertreten. Wegen des bei jüngeren Jahrgängen höheren Heiratsalters und der gestiegenen Anteile älterer Menschen empfiehlt es sich, die Familienstände differenziert nach dem Alter zu betrachten.

Bei mittleren Jahrgängen lassen sich deutliche Unterschiede in den Anteilen von Verheirateten und Ledigen zwischen Stadt und Land feststellen, die um so größer werden, je jünger die Jahrgänge sind.¹⁸ Ledige Männer bilden demnach in den Städten eine relativ große Gruppe. Dies bedeutet noch nicht, dass diese Männer weniger in Paarbeziehungen leben würden, sondern deutet auf weniger Generationenbeziehungen hin, wie die Untersuchungen nach Haushalten und Kinderzahl ergeben. Während in ländlichen Regionen die Mehrzahl der Haushalte aus Familien mit Kindern bestehen und nur etwa ein Drittel ganz ohne Kinder sind, leben in den Städten etwa die Hälfte aller Haushalte ohne Kinder. Ehepaare ohne Kinder leben in ländlichen und städtischen Regionen etwa gleich häufig. Nichteheleiche Lebensgemeinschaften ohne Kinder sind dagegen in den Städten dreimal so häufig wie auf dem Land anzutreffen. Dabei leben Männer wesentlich häufiger in kinderlosen Haushalten als Frauen.¹⁹ Die Verteilung der Haushalte mit und ohne Kinder zeigt demnach starke Unterschiede zwischen Stadt und Land.

Weil mit der Analyse von Haushaltsdaten, wie sie im Mikrozensus erhoben werden, keine Aussagen über Lebensbeziehungen möglich sind, wird die Netzwerkanalyse hilfreich, die es erlaubt haushaltsunabhängig Art, Häufigkeit und Struktur von Beziehungen zu erforschen, um beispielsweise auch Partnerbeziehungen von Menschen in Ein-Personen-Haushalten zu identifizieren. Dabei werden Einzelpersonen nach Menschen und Aktivitäten in ihrem jeweiligen Beziehungsnetz („egozentriertes Netzwerk“) befragt.(Pappi 2001) Untersuchungen von Bertram zeigten eine starke Familienorientierung der Beziehungen, wobei Eltern und Großeltern die größte Gruppe im Beziehungsnetz darstellen, noch vor Partnern, Kindern und Freunden. Dieser Befund gilt sowohl für Erwachsene mit Kindern als auch für Kinderlose und dies obwohl es kaum nennenswerte Anteile von Mehrgenerationenhaushalten gibt.²⁰

Unter Berücksichtigung der Kontakthäufigkeit dominieren bei Ehepaaren mit Kindern verständlicherweise die Kontakte zu Partnern und Kindern, vor Freunden und Eltern/Großeltern. Hier wurden auch keine regionalen Unterschiede festgestellt, so dass Bertram von einem Muster spricht, *„nach dem diejenigen, die sich für Kinder und Ehe entscheiden, sich gleichzeitig für einen familiären Kontext und ein familienzentriertes Leben entscheiden - egal, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben.“*(Bertram 1998, S.121) Freundesbeziehungen spielen für Alltagsinteraktionen der Befragten in den Städten jedoch eine größere, Geschwisterbeziehungen eine geringere Rolle als auf dem Land.

Dies gilt sowohl für Verheiratete mit Kindern als auch für Unverheiratete ohne Kinder. Bertram konstatiert eine deutliche Differenz in den Generationenbeziehungen zwischen städtischen und ländlichen Regionen.(1998)

Familiäre Lebensformen dominieren eindeutig im ländlichen Raum. Während in den Städten zwar mehr Menschen ohne Kinder, unverheiratet alleine oder mit nichtehelichen Partnern zusammenleben, aber nicht unbedingt wohnen, verzichten sie dennoch nicht auf familiäre Kontakte, sondern pflegen (vor Allem) Beziehungen zu Eltern und Großeltern, trotz räumlicher Distanzen.

Strohmeier betont hingegen die Spaltung der Lebensformen in Haushalte mit Kindern und erwerbslosen Müttern und den Haushalten ohne Kinder und Erwerbstätigkeit beider Partner.(1996) Weil Familienleben mit seinen Solidarverpflichtungen behindernd oder einschränkend auf Mobilitäts- und Konsumbedürfnisse wirke, sei die Entscheidung für oder gegen ein familienorientiertes Leben, meist eine Frage der Orientierung an traditionellen Motiven oder Berufskarriere, die sich vorwiegend den Frauen stelle. So kämen Frauen die sich für die traditionelle Familienform mit zwei Kindern und Hausfrauenrolle entschieden, meist selbst aus kinderreichen Herkunftsfamilien mit oft starken Bindungen zur Kirche.(Stromeier 1996) Die räumliche Dimension erkennt Strohmeier einerseits im „Nichtfamiliensektor“ pluralisierter kinderloser Lebensformen mit Wanderungsgewinnen mittlerer und oberer Schichten und junger Erwachsener in den Innenstädten. Andererseits im weitgehend traditionell organisierten „Familiensektor“ mobiler Mittelschichten am Stadtrand und im Umland.

Für die Wohnstandortwahl sind die jeweiligen Lebensbedingungen von Bedeutung. So sind für Wanderungen zwischen Regionen Arbeit, Ausbildung und Freizeit ausschlaggebend, während für die Nahwanderung die Wohnverhältnisse eine größere Rolle spielen. Präferenzen der Wohnverhältnisse sind vorwiegend mehr Wohnfläche, Bildung von Eigentum und die Umweltqualität (Ruhe, Landschaft, Spielfläche für Kinder, etc.).(Gatzweiler/Strubelt 1988) Preis- und Angebotsgefälle zwischen Kernstädten (mit meist höheren Bodenpreisen und geringerem Angebot) und Umland sowie Zahlungsfähigkeit und Lebensleitvorstellungen der Menschen sind weitere Kriterien der Standortwahl. Dementsprechend verzeichnet das Umland eher Wanderungsgewinne junger Familien mit Kindern, während die Kernstädte leichte Gewinne an jungen Erwachsenen (zwischen 18 und 25 Jahren) zu verzeichnen haben.

3.3 Bevölkerungsalterung

Wertschätzungen unterschiedlicher Lebensbedingungen dürften wenigstens zum Teil auch Grund für Wanderungsbewegungen älterer Menschen sein. Denn Fernwanderungen („Ruhestandswanderung“) aus den Kernstädten gehen eher in die Nähe urbaner Zentren von Regionen und ländlichen Kreisen, die besonderes Klima, Landschaft, Meer, Alpen oder Mittelgebirge vorweisen können.

Nahwanderungen aus den Kernstädten gehen dagegen eher in die hochverdichteten Umlandkreise der Agglomerationen oder in ländliche Kreise.(Walther 1998) Außerhalb von Agglomerationen ist Bevölkerungsalterung daher je nach Attraktivität der Region von Ruhestandszuwanderungen abhängig. Innerhalb der Agglomerationen zeigen sich zunehmend geringere Differenzen der Bevölkerungsalterung zwischen Kernstädten und Umland. Diese verlagert sich zum Einen auf (attraktive) Randbereiche, zum Anderen auf unterschiedliche, z. T. hoch segregierte Stadtviertel, z.B. mit Einfamilienhaussiedlungen, Altbauquartieren oder Großwohnsiedlungen, mit homogener Alterungsentwicklung und hoher Sesshaftigkeit der gealterten Bevölkerung. Alter der Siedlung, Wohndauer sowie sozialer und ökonomischer Status der Bewohner sind dort die wichtigsten Faktoren der Alterskonzentration.(Walther 1998) Insgesamt scheint sich die Schere der Altersentwicklung zwischen Kernstädten und Umland, die vom Wegzug junger Familien und dem Bleiben der alternden Bevölkerung geprägt war, seit Ende der 80er Jahre wieder zuzuschließen.²¹ Als Gründe nennt Walther neben der Abwanderung älterer Jahrgänge, die Binnenwanderung junger Erwachsener (wegen der zunehmenden Attraktivität der City für diese Altersgruppen) und die Außenzuwanderung vorwiegend jüngerer Ausländer in die Städte.(1998) Somit ist eine Dekonzentration der Alterung zugunsten der Alterung in der Fläche festzustellen. Bevölkerungsalterung wird also zunehmend flächendeckend, mit geringeren Steigerungsraten in den Kernstädten und größten Steigerungsraten in hochverdichteten Umlandkreisen der Agglomerationen und den ländlichen Kreisen voranschreiten.(Walther 1998, S. 30)

Tabelle 3.2: Altersgruppenanteile nach Regionen, 1950/1995

Alter:	1950	Region:	1995
unter 20 Jahren	25,8%	Kernstädte	18,4%
	31%	Umland	21%
über 65 Jahren	10%	Kernstädte	16,7%
	8,8%(1961)	Umland	19,5%

Quelle: eigene Darstellung nach Walther 1998, S. 29.

Eine Reihe von Konsequenzen ergeben sich für die Städte aus der Bevölkerungsalterung. Lebenszusammenhänge alter Menschen konzentrieren sich mit zunehmendem Alter auf den Nahbereich. Durch die Zunahme nahräumlich orientierter alter Menschen im Wohnquartier erhöht sich die Nachfrage aller distanzempfindlichen Gruppen, wie Alleinerziehende, junge Eltern, Behinderte, alte Menschen und Kinder, nach Angeboten und Dienstleistungen vor Ort. Steigender Bedarf und zahlungskräftige Nachfrage können die ökonomische Rentabilität von Versorgungsangeboten und Dienstleistungen und damit die Vielfalt der Infrastruktur im Wohnquartier erhöhen.

Wünsche nach Altern in Selbständigkeit und Vorrang von ambulanten vor stationären Diensten der Altenhilfe, bewirken eine Annäherung von Wohnen und Altenhilfe. Auch im Bereich Wohnen ergeben sich Perspektiven in Richtung Wohnumfeld- und Quartiersverbesserung durch technische, bauliche, soziale und organisatorische Gebrauchsqualitäten. Der Paradigmenwechsel in Planung und Architektur von der „altengerechten“ Spezialisierung des Wohnens, zur „altersgerechten“ Standardisierung von Grundrissen und veränderbaren Raumaufteilungen, ermöglicht flexible und veränderbare Wohnformen, je nach Alter und Lebensform.(Walther 1998) Somit kann Bevölkerungsalterung als Chance zur Aufwertung von Wohnen und Nahbereich als Ort der Lebensführung begriffen werden. Die klassischen Qualitäten der alten europäischen Stadt, kompakte Siedlungsstruktur und kurze Wege, könnten durch Bevölkerungsalterung gestärkt werden. Städte sind für Walther geeignet um dort alt zu werden, wenn kleinräumige Vielfalt von Infrastruktur und Wohnsituationen, günstige Rahmenbedingungen für verschiedene Lebensformen des Alterns bieten.(1998, S. 38)

3.4 Zuwanderung

Auf die räumlichen Unterschiede der Zuwanderung wurde in Kapitel 2 bereits hingewiesen. Die zugewanderte Bevölkerung konzentriert sich auf die westdeutschen Ballungsräume, mit einem doppelt so hohen Migrantenanteil und auf die Kernstädte in denen dreimal so viele Ausländer wohnen wie in den ländlichen Regionen.(Krummacher 1998, S.322) Weil sich innerhalb der großen Städte die ausländische Bevölkerung wiederum kleinräumig, oft in Bezirken schlechterer Wohnqualität und günstiger Mieten konzentriert, liegt dort der Ausländeranteil nicht selten bei 25% bis 50%. Unter Kindern und Jugendlichen z.T. noch höher. In Bezug auf die Bildung ethnischer Kolonien innerhalb der Städte gibt es sowohl Pro-(Heckmann 1992) als auch Contra-Argumente (Esser/Friedrichs 1990).²² Zuwanderung ist aus historischer Sicht konstitutiver Bestandteil von Stadtentwicklung. Für die Städte ist Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger heute überlebenswichtig, denn ohne sie gäbe es Bevölkerungsschwund und große Instabilität der Stadtbevölkerung.(Häußermann/Oswald 1997)

Tabelle 3.3: Zuwanderungsbevölkerung in den Städten

Die Zuwanderungsbevölkerung in den Städten lässt sich wie folgt differenzieren:		
Mehrheiten von <i>Einwanderern</i> mit langer Aufenthaltsdauer und Bleibeabsichten		wachsende Minderheiten von <i>Flüchtlingen, Saisonarbeitern, Handelstouristen und Illegalen</i> , mit begrenzter Verweildauer in prekären Lebenslagen
Minderheit mit sozialer Aufwärtsmobilität <i>„Migrationsgewinner“</i>	Mehrheit mit sozialen und ökonomischen Unterschichtmerkmalen und schlechten Lebensbedingungen, <i>„Migrationsverlierer“</i>	
große Teile mit Intergrationsfortschritten in Bezug auf Sprache, Bildung und kulturelle Handlungsmuster	Teile in ungeklärter Zwischenposition	relevanter werdende Minderheit mit starken Rückzugstendenzen in die eigene ethnische Gruppe

Quelle: eigene Darstellung nach Krummacher 1998, S. 323.

Andererseits sind bei aller Unterschiedlichkeit von Migrantengruppen und trotz verbesserten Bildungsabschlüssen der zweiten und dritten Einwanderergenerationen, trotz Bildung eines ausländischen Mittelstandes, relativ weit entwickelten Selbsthilfepotentialen und trotz der Konsum- und Wirtschaftskraft ausländischer Bevölkerung und Kleinunternehmer, Ausländer in Deutschland stärker von sozialer Ungleichheit in Form von Erwerbslosigkeit und Armut betroffen, als der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung. Mit der Konzentration von Migranten in den Städten erhöhen sich dort, je nach Wirtschaftskraft und Tertiarisierungsgrad, auch Erwerbslosigkeit und Armut mit entsprechenden ökonomischen und sozialen Folgen.

Städte und Stadtteile mit hohem Ausländeranteil sind faktisch multiethnische Einwanderungsgesellschaften. Für diese gilt die Überlagerung sozialer Ungleichheit mit heterogener Ethnizität als typisch. Aus der gleichen Betroffenheit von sozialer Ungleichheit, aber unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit, können sich Konflikte entwickeln, die insbesondere in der Polarisierung zwischen als eingesessenen Einheimischen sich begreifenden „Deutschen“ und als Fremde identifizierten „Ausländern“ von latenter Fremdenfeindlichkeit in offenen Rassenhass umschlagen können. Art, Gegenstand und Ausprägung solcher Konflikte sind abhängig von der Aufnahmefähigkeit der Arbeits- und Wohnungsmärkte, dem Diskurs über Migration in Politik und Medien auf der einen Seite sowie von Alter, Status, Konkurrenzwahrnehmung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und den interkulturellen Kontakten der jeweiligen Personen auf der anderen Seite. (Krummacher 1998)

Städte scheinen nur begrenzte Möglichkeiten zur Verhinderung von hohen Ausländerkonzentrationen in Stadtteilen zu haben, weil der private Wohnungsmarkt von den Kommunen nicht direkt zu beeinflussen ist und Aufwertungsstrategien für bestimmte Quartiere sowohl ausländische wie deutsche Arme verdrängen und soziale Brennpunkte örtlich verlagern und konzentrieren können. Individuelle Integration geschieht auch in tertiarisierten Gesellschaften vorwiegend über den Arbeitsmarkt, auf den Städte bestenfalls im Sinne der Schaffung günstiger Voraussetzungen einwirken können.(vgl. Kap.2) Für erfolgversprechender hält Krummacker eine Kombination von nachteilsausgleichenden baulichen, ökonomischen und sozialen Infrastrukturverbesserungen mit wirksamer Partizipation und Konfliktmoderation.(1998)

3.5 Soziale Ungleichheit in Städten

In den Städten sind nicht nur höhere Ausländerquoten festzustellen, sondern auch andere sozial benachteiligte Gruppen wie ungelernete Arbeiter, Arbeitslose, Arme, Alleinerziehende und Haushalte mit Kindern und geringem Einkommen wohnen zu größeren Teilen in den Städten als in ländlichen Regionen.(Zimmermann 1996)(vgl. Tab.3.4)²³

Tabelle 3.4: Sozialhilfe-/Wohngeld-/Arbeitslosenquoten in Ländern und Städten, 1993

Land/Stadt	Sozialhilfequote	Wohngeldquote	Arbeitslosenquote
Baden-Württemberg	4,99	4,3	6,3
Bayern	4,44	3,9	6,4
Berlin	8,45	7,8(West)	12,3(Westberlin)
Bremen	10,9	12,1	12,4
Hamburg	10,79	11,7	8,6
Hessen	6,99	4,6	7,0
Niedersachsen	7,3	6,8	9,7
Nordrhein-Westfalen	7,42	8,3	9,6
Rheinland-Pfalz	5,49	5,1	7,5
Saarland	7,69	6,8	11,2
Früheres Bundesgebiet	6,51		8,2
Weitere Städte 1990:			
Hannover	10,7		11,3
Dortmund	8,5		12,1
Duisburg	6,8		11,8
Saarbrücken	8,6		10,8
Frankfurt/M.	8,5		5,8
Stuttgart	6,0		3,8
München	4,3		3,8
Deutschland 1990	5,9		7,2

Quelle: Sozialhilfe- und Arbeitslosenquoten nach Gunter E. Zimmermann: Armut in der Großstadt, 1996. Wohngeldquoten nach Simone Farys/Sabina Misoch: Städte und Gemeinden in der Kultur- und Sozialstatistik, 1996.

Obwohl die meisten alten Menschen nicht mehr von Armut betroffen sind, gibt es doch ältere Menschen die wegen gebrochener Erwerbsbiografien, Langzeitarbeitslosigkeit oder Sozialhilfebezug ohne hinreichende Alterssicherung leben und ebenfalls Teil der Stadtgesellschaften sind. Städte und insbesondere Kernstädte haben somit eine höhere Belastung an sozial benachteiligten Gruppen zu verkraften und sind gleichzeitig Wohn- und Lebensort vergleichsweise begünstigter Gruppen, familiär ungebundener, einkommensstarker und mobiler junger und alter Menschen. Während die sozial benachteiligten Gruppen mangels Alternativen in den (Kern-)Städten wohnen, ist es die besondere Attraktivität des Stadtlebens, die nicht benachteiligte Gruppen in den Städten hält oder dorthin zieht. Auf Aspekte möglicher sozialer Polarisierung der Stadtgesellschaften sowie die Verbindungen zwischen sozialer und räumlicher Polarisierung wurde im zweiten Kapitel schon hingewiesen. Kleinräumige Konzentrationen von Bevölkerungsgruppen mit ähnlichen Merkmalen (Segregation) in Städten sind Realität und keineswegs neu.(vgl. Gans 1974)

3.6 Segregation

Zu Vor- und Nachteilen räumlicher Segregation gilt, was in Abschnitt 3.3 im Zusammenhang mit Zuwanderungsgruppen bereits erörtert wurde. Für Dangschat stellt sich die bedeutsamere Frage eher nach der Freiwilligkeit des Wohnens sozioökonomisch homogener Bevölkerungsgruppen in räumlichen Konzentrationen.(1998)

Der Freizügigkeit mündiger Bürger auf einem marktwirtschaftlich organisierten Wohnungsmarkt stehen Maßstäbe notwendiger gesellschaftlicher Integration und Grenzen der Integrationskraft von Bevölkerung und Organisationen in Wohnquartieren gegenüber. Weil Segregationsprozesse sowohl von kommunalen Eingriffs- und Planungshandlungen (Belegungspolitik im Sozialwohnraum und Mischung von öffentlich und privat finanziertem Wohnraum) als auch von privaten Wohnstandortentscheidungen (Abwanderung zahlungskräftiger Bevölkerungsteile in gehobeneren oder eigenen Wohnraum und Zuwanderung ökonomisch schwacher Schichten) abhängen, sind restriktive Strategien zur Vermeidung oder Aufhebung räumlicher Segregation wenig erfolgversprechend. Krummacher empfiehlt daher den Abbau erzwungener Segregation durch materielle Hilfen und die Mobilisierung der Selbsthilfepotentiale deutscher wie ausländischer Quartiersbevölkerung.(Krummacher 1998) Naroska gibt allerdings zu bedenken, dass Maßnahmen zur Selbsthilfe gerade dort nicht ziehen, wo ein Großteil der Bewohner von sozialen und psychischen Deprivationsprozessen massiv betroffen und deshalb in seiner Artikulations- und Selbstorganisationsfähigkeit geschwächt ist.(1988)

Indes hält Dangschat für Stadtbezirke mit besonderer Integrationsaufgabe intensive Infrastrukturausstattungen, besonders gute Verkehrsanbindungen und Maßnahmen sozialverträglicher Stadterneuerung als geeignete Gegenstrategie zu residentieller Segregation (Segregation durch freiwillige Abwanderung und unfreiwilliges Bleiben bestimmter Bevölkerungsteile).(1998) Dass Städte nicht nur von residentieller Segregation und mitunter Abwertung bestimmter Stadtviertel betroffen sind, zeigt die Diskussion über Aufwertungsprozesse innerstädtischer Wohnviertel und deren Folgen („Gentrification“) seit den 80er Jahren in Deutschland.(Dangschat 1988; Friedrichs 1998)

3.7 Gentrification

Unter Gentrification wird die Erneuerung des Wohnungsbestandes in innerstädtischen Wohnlagen und die Verdrängung unterer sozialer Schichten durch mittlere und obere soziale Schichten verstanden.(Dangschat 1988, S.272) Im Zuge der Tertiarisierungsentwicklung sind besonders in den Städten mit überregionalem Zentrumscharakter in den letzten beiden Jahrzehnten verstärkt Arbeitsplätze in Dienstleistungsberufen entstanden.(vgl. Kap.2) Durch die Konzentration von Entwicklungs-, Management- und Steuerungsabteilungen sowie von unternehmens- und verwaltungsbezogenen Dienstleistungen in den Innenstädten, verbringen mehr Menschen mit hohem Bildungsniveau, qualifizierter Ausbildung und mittlerem bis hohem Einkommen einen Großteil ihrer Zeit in den Innenstädten.

Gleichzeitig erhöhen die oben genannten Veränderungen von Lebensformen (durch rückläufige Geburtenraten, steigende Scheidungsraten, weniger und spätere Eheschließungen, etc.) die Zahl der Haushalte und den Anteil kleiner (kinderloser) Haushalte, besonders in den Kernstädten. Lebenszyklus-Effekte, wie verlängerte Ausbildungszeiten und frühzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben, erhöhen den Anteil von „Jungen“ und „jungen Alten“ mit noch nicht oder nicht mehr vorhandenen familiären und beruflichen Bindungen oder Verpflichtungen. Zunehmende Lebensorientierung nach Selbstverwirklichung lassen bei gestiegenem Wohlstand Wünsche nach schönen und großen Wohnungen aufkommen, wie die Steigerung der Wohnraumgrößen pro Kopf zeigen. Erlebnis- und Konsumorientierung erhöhen die Attraktivität innenstadtnahen Wohnens wegen der Konzentration von Gelegenheiten hoher Erreichbarkeit (Freizeit, Kultur, Einkauf, Arbeit und Ausbildung).(Dangschat 1988) Für kinderlose Haushalte spielt die Kinder(un-)freundlichkeit von Innenstädten keine große Rolle.²⁴ Wer sich für einen familienorientierten Lebensstil entscheidet, zieht eher in die städtischen Randbereiche oder ins Umland.

Die gestiegene Nachfrage nach Innenstadt nahe Wohnraum kann dann zur Aufwertung des Wohnungsbestandes führen, wenn der Nachfrage entweder ein preisgünstiges Angebot an Gebäuden in schlechter Bausubstanz oder ein Angebot an Wohnungen in gut erhaltener Bausubstanz gegenüber steht.

Gebäude und Wohnungen mit heruntergekommener Bausubstanz, deren Marktwert unter den Wert ihrer Lage gesunken ist („rent-gap“) sind entweder von einkommensschwachen Bevölkerungskreisen bewohnt oder stehen leer. Für risikofreudige Menschen mit wenig privaten und beruflichen Verbindlichkeiten, hohem Bildungsniveau aber geringem Einkommen („Pioniere“) sind solche Gebäude in zentraler Lage entweder als günstige Kaufobjekte zur Verwirklichung eines selbstbestimmten Wohn- und Lebensstiles oder zur Renovierung in Eigenarbeit, bei günstiger oder zeitweise kostenfreier Miete interessant. Im mit öffentlichen Mitteln sanierten Wohnungsbestand sind es die relativ niedrigen Einkommensgrenzen und Mietpreisbindungen, die es dem o.g. Personenkreis („Pionieren“) ermöglicht dort zu wohnen. Nach Ablauf der Mietpreisbindung im geförderten Wohnraum, bzw. nach erfolgter Modernisierung durch die neuen Bewohner, können diese Wohnquartiere bei zwischenzeitlich veränderter und aufgewerteter Infrastruktur interessant für Gruppen höheren sozialen Status bzw. höheren Einkommens („Gentrifier“) und damit auch für Investoren von außen (Immobilienmakler, Banken, etc.) werden.

In Vierteln mit guter aber nicht modernisierter Bausubstanz ist es meist die Differenz zwischen Mieteinnahmen und Verkaufserlös („value gap“), die bei entsprechender Nachfrage zu Veränderungen führt.²⁵ Dort werden die Wohnungen entweder durch Eigentümer, die z.T. im Gebiet wohnen („Incumbent Upgrading“) oder ebenfalls durch professionelle Investoren modernisiert und als Eigentumswohnungen an Käufer mit hoher Steuerbelastung und Interesse an dauerhaftem Wohnen in guter Wohngegend verkauft. Wird die Modernisierung sukzessive durch Privateigentümer und Bewohner vorgenommen („Incumbent Upgrading“) verläuft die Aufwertung langsamer, weniger intensiv und orientiert sich eher an Bedürfnissen und finanziellen Möglichkeiten der Bewohner.(Dangschat 1988)

Von Gentrification wird meist dann gesprochen, wenn Modernisierungs-Investitionen von Personen und Organisationen von außerhalb des Viertels (Banken, Maklern, Planungsbehörden, etc.) vorgenommen werden und Veränderungen von Wohnungen und Bewohnerschaft schneller und intensiver ablaufen. Allerdings können sich Incumbent Upgrading und Gentrification gegenseitig ergänzen oder verstärken.(Friedrichs 1998)

Die Bewohnerzusammensetzung verändert sich durch Zuzug („Invasion“) und Zunahme („Sukzession“) zahlungskräftigerer Schichten in die modernisierten Wohnungen, sowie allmählicher Abwanderung und Verminderung bisheriger Bevölkerungsschichten in dem Gebiet. Die „Invasoren“ lassen sich grob in zwei Gruppen unterscheiden. Jüngere Menschen in unterschiedlichen Haushaltsgrößen ohne Kinder, mit hohem Bildungsniveau und geringem Einkommen, deren Interesse in erster Linie die Citynähe (wegen schulischer, beruflicher, kultureller Einrichtungen) ist und die sich risikofreudig, weder am schlechten Zustand der Gebäude noch an der multikulturellen Bewohnerschaft stören („Pioniere“: z.B. Studenten, Schüler, Künstler, Fotografen, etc.). Die eigentlichen „Gentrifier“ sind mehrheitlich mittleren Alters, leben in 1-bis 2-Personenhaushalten vorwiegend ohne Kinder, haben mittleres bis hohes Bildungsniveau und höhere Einkommen.(Friedrichs 1998) Ihr Interesse am dauerhaften citynahen Wohnen ist von Risikoscheu geprägt, weshalb sie erst zuziehen, wenn die Gegend bereits ein gutes Image hat. Aufgrund ihrer Risikofreude und ihres geringeren Einkommens ziehen die Pioniere meist zuerst entweder in Viertel mit schlechterer Bausubstanz, wo sie hauptsächlich ärmere und ausländische Bewohner verdrängen oder in Sanierungsgebiete, in denen wegen Mietpreisbindung und Einkommensgrenzen günstige modernisierte Wohnungen bestehen. Gentrifier folgen entweder den Pionieren, wenn deren Anwesenheit im Viertel zur Verbesserung von Infrastruktur und Image beigetragen hat oder ziehen in Gebiete mit gut erhaltener Bausubstanz aus der Gründerzeit und modernisierten Eigentumswohnungen, in denen sich die Pioniere wegen höherer Mieten und Kaufpreise nicht festsetzen können.

Bei den Veränderungen der Quartiersbevölkerung handelt es sich um einen doppelten „Invasions-Sukzessions-Zyklus“, bei dem in der Regel zuerst untere und unterste soziale Schichten von den zahlungskräftigeren „Pionieren“ verdrängt werden, die dann ihrerseits im weiteren Aufwertungsverlauf durch höhere Mieten, veränderte Infrastruktur, höhere Lebenshaltungskosten und Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen höherer Preissegmente durch „Gentrifier“ vertrieben werden.

Empirisch feststellbar ist Gentrification am zunehmenden Anteil an Eigentumswohnungen in einem Quartier, steigenden Zahlen modernisierter Wohnungen, quantitativer wie qualitativer Veränderungen der Infrastruktur und Veränderungen von Haushaltsgrößen, Haushaltseinkommen, Nationalität und Bildungsgrad der Bevölkerung. Wohngebiete, die nahe dem Stadtzentrum liegen, mit attraktiven Gebäuden aus der Zeit um 1900, in schlechtem baulichem Zustand, mit statusniedrigen Bewohnern, niedrigen Mieten und Bodenpreisen und teilweise vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen, sind besonders anfällig für Gentrification.(Friedrichs 1998, S.59)

Nach Dangschat haben Faktoren wie Tertiarisierungsentwicklung einer Stadt, Wohnungsknappheit und Lebensqualität (Infrastruktur an kulturellen Einrichtungen, qualitativ hochstehenden Läden und Gastronomie) besondere Bedeutung für das Auftreten von Gentrification.(Dangschat 1988, S.287f.) Auf der Nachfrageseite scheinen veränderte Lebensstile der entscheidende Faktor für die Innenstadt orientierte Wohnstandortwahl zu sein. Als positive Folge der Aufwertung von Wohngebieten kann die Modernisierung und damit der Erhalt von verfallendem Wohnraum angesehen werden. Außerdem vermindert Gentrification die Abwanderung statushoher und einkommensstarker Haushalte aus der Stadt ins Umland. Negative Folgen von Gentrification können demgegenüber die Verdrängung älterer und einkommensniedriger Haushalte aus dem Wohngebiet sein. Durch Modernisierung und Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen gehen dem Teilwohnungsmarkt preisgünstige Wohnungen verloren. Friedrichs merkt kritisch an, man könne Gentrification nur schwer nachweisen, weil sowohl die Bestimmung und Abgrenzung von Pionieren und Gentrifizieren, Auswahl und Definition der Gebiete als auch die Art des Bevölkerungsaustausches erhebliche Probleme bereitet.(Friedrichs 1998, S. 62ff.) Die weitere Entwicklung der Gentrification wird wegen der Standortpräferenzen der alternden Nachkriegsgenerationen, auch von der infrastrukturellen Situation im Umland und deren Attraktivität für nahräumlich orientierte ältere Menschen abhängen.

Kommunale Politik steht im Konflikt zwischen dem Erhalt preiswerten Wohnraumes und der Abwanderung mittlerer und oberer Einkommensschichten in das Umland. Sozialwohnungen könnten in Innenstadt nahen Sanierungsgebieten den Aufwertungsdruck in den Quartiersnachbarschaften verringern.(Dangschat 1988) Fraglich ist aber, ob sich integrierte Stadt(teil)entwicklung gegen wettbewerbsorientierte Stadt(marketing)politik behaupten kann, wenn Innenstadt naher attraktiver, gehobener Wohnraum als Werbeobjekt und Standortfaktor eingesetzt wird.

3.8 Zusammenfassung Kapitel 3

Allgemeine Wohlstandsentwicklung und Bildungsexpansion in den Nachkriegsjahrzehnten waren im Verbund mit der Tertiarisierungsentwicklung wesentliche Voraussetzungen für die Ausdifferenzierung von Lebensformen und -stilen. Frauen zogen bildungsmäßig mit den Männern gleich. Dadurch stiegen ihre Erwerbschancen und mit dem größeren Angebot an Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich ihre Erwerbsquoten. Mit der Erweiterung von Möglichkeiten veränderte sich das Rollenverständnis, vorwiegend der Frauen. Für Erwerbstätige blieben die durch Produktivitätssteigerung, Flexibilisierung und internationale Arbeitsteilung veränderten Wettbewerbsbedingungen und Anforderungen nicht ohne

Auswirkungen. Unsicherheiten im Erwerbsverlauf und in der Lebensperspektive stehen erweiterte Chancen und Optionen beruflicher und privater Art gegenüber.

Was weiter oben als „methodische Lebensführung“ beschrieben wurde, meint die individuelle Anpassung der Lebensgestaltung an äußere Bedingungen und eigene Bedürfnisse. Die daraus folgende gegenwartsbezogene Lebensorientierung an Selbstverwirklichung bedingt Prioritätensetzungen zu Gunsten kurzfristiger und zu Ungunsten langfristiger biografischer Festlegungen. Niedrigere Geburtenraten, geringere Heiratsneigung, höheres Heiratsalter und höhere Scheidungsziffern dürfen als empirische Belege dieser Entwicklung angesehen werden. Lebensstilisierung findet ihren Ort vorwiegend im weniger reglementierten Freizeit- und Konsumbereich. Grundsätzlich neue Lebensformen, bzw. Haushaltstypen sind dabei in den letzten zwei Jahrzehnten nicht entstanden, es hat sich eher die Verteilung von Haushaltstypen verändert, wie beispielsweise die gestiegene Zahl bei gleichzeitiger Verkleinerung der Haushalte deutlich macht.

Selbstverwirklichung, Wahlmöglichkeiten, Optionen beruflicher und privater Lebensgestaltung fußen, wie erwähnt, auf der Teilhabe an allgemeinem Wohlstand und Bildung. Wie in Kapitel zwei deutlich wurde, birgt die Tertiarisierungsentwicklung Chancen und Risiken. Auf der individuellen Ebene sind ungelernte Arbeiter, aus absterbenden Branchen des primären und sekundären Sektors und dem „Jedermanns-Arbeitsmarkt“, eher von den Risiken betroffen. Bildungsabschlüsse und berufliche Qualifikationen sind in tertiarisierten Gesellschaften die wichtigsten Voraussetzungen für die Teilhabe am Erwerbsleben und materiellen Wohlstand. Geringere Teilhabechancen treffen aufgrund ihrer familiären oder ethnischen Herkunft besonders bildungsferne Bevölkerungsteile. Lebensformen mit Kindern erschweren wegen der geringeren zeitlichen Flexibilität bei unzureichenden Betreuungsmöglichkeiten die Teilnahme am Erwerbsleben und damit am allgemeinen Wohlstand. Aufstiegschancen werden erschwert durch die nach wie vor starke Trennung der Karrierewege zwischen „Kopf- und Handarbeitern“, durch Karriereunterbrechungen in Folge von Kindererziehungszeiten und durch Unsicherheiten im Erwerbsverlauf auch bei Geringverdienern. Einwanderer mit geringen Sprachkenntnissen und Menschen in Kinderhaushalten mit sozialer Herkunft aus einkommensschwachen bis armen Haushalten und niedrigem Bildungsniveau, haben die schlechtesten Bildungs- und Erwerbschancen, die geringsten Einkommen und die schlechtesten Arbeits- und Wohnbedingungen. Für diese Bevölkerungsteile steht eher die Befriedigung der Grundbedürfnisse, statt Selbstverwirklichung, im Vordergrund. Anspruch und Möglichkeiten der Selbstverwirklichung differieren hier erheblich, entsprechend hoch dürfte die Frustration

darüber sein.

Während die veränderten Orientierungen der Nachkriegsgenerationen an Rationalitäts- und Flexibilitätsanforderungen der Arbeitswelt sowie individueller Selbstverwirklichung u.a. zu niedrigeren Geburtenraten führten, erhöhten technologische (Medizin, Automation) wirtschaftliche (Tertiarisierung) und politische Entwicklungen (Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit) die Lebenserwartung der Menschen. In volkswirtschaftlicher Hinsicht stehen den wachsenden Finanzierungsproblemen des Sozialversicherungssystems in Folge des erhöhten Altenquotienten, wachsende Nachfragegruppen aktiver und mobiler alter Menschen auf dem Konsum-, Reise- und Kulturmarkt gegenüber. Steigende Anteile hochbetagter Menschen die vorwiegend im privaten Wohnraum verbleiben, erhöhen die Bedeutung mobiler sozialer Dienstleistungen, nähräumlicher Versorgungsinfrastruktur sowie Wohnungs- und Wohnumfeldverbesserungen.

Wirtschaftliche und politische Bedingungen sind ausschlaggebend für Art und Umfang von Migration. Während die Verhältnisse in den Herkunftsländern den Migrations*wunsch* der Menschen hervorrufen dürften, können politische Entscheidungen und Wirtschaftskraft im Zielland/der Zielregion, als ausschlaggebend für die Migrations*entscheidung* angesehen werden. Dementsprechend haben sich die Einwanderungszahlen in den letzten Jahrzehnten nach jeweiligen politischen Veränderungen in Deutschland bzw. Europa entwickelt. Die größten Zuwanderungsquoten verzeichnen wirtschaftlich starke Regionen und größere Städte. Obwohl die meisten Zuwanderer (ohne abgelehnte Asylbewerber) auf Dauer im Land bleiben, den Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter erhöhen und damit sowohl die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme als auch das Angebot auf dem Arbeitskräftemarkt sichern, sind sie in ihrer Mehrheit nach wie vor rechtlich, politisch, sozial und ökonomisch benachteiligt.

Entwicklungen verschiedener Lebensstile, soziale Ungleichheit, Veränderungen von Lebensformen und Bevölkerungsstruktur durch Alterung und Zuwanderung haben zwar überregionale, gesamtgesellschaftliche Ursachen, aber durchaus regional unterschiedliche Erscheinungsbilder. Dass plurale Lebensformen in den Stadtzentren und familienorientiertes Leben im ländlichen Umland häufiger Vorkommen, hat mit der Wohnstandortwahl zu tun, die sich vorwiegend an den jeweiligen Lebensbedingungen orientiert. Arbeits-, Ausbildungs- oder Freizeitmöglichkeiten sind ausschlaggebend für Wanderungen zwischen Regionen. Entsprechend unterschiedlich sind die Anteile z.B. von Zuwanderern, jungen (z.B. Studenten) oder alten (z.B. Rentner, Pensionäre) Menschen in der Bevölkerung in Regionen, Städten und ländlichen Kreisen, je nach deren Attraktivität für die unterschiedlichen Gruppen. Bei Nahwanderungen geben dagegen die Wohnverhältnisse den Ausschlag, d.h. die

Realisierungsmöglichkeit von Wünschen nach z.B. großen Wohnflächen, Eigentum und Umweltqualität. Preis- und Angebotsgefälle zwischen Kernstädten und Umland sowie Zahlungsfähigkeit und Lebensleitvorstellungen sind weitere Faktoren, die über Verteilung von Bevölkerungsgruppen in räumlichen Aggregaten entscheiden. Daraus erklären sich Abwanderungen familienorientierter Schichten mittleren Einkommens mit Wohneigentumswunsch aus verdichteten Städten mit hohen Bodenpreisen ebenso wie Konzentrationen einkommensschwacher Familien in innenstadtnahen alten Gebäuden schlechter Qualität oder in Großwohnsiedlungen am Stadtrand. Auch hohe Anteile oder Konzentrationen einkommensstarker Familien in Innenstadt nahen Einfamilienhaus- oder Villenvierteln oder gutverdienender nicht familienorientierter Bewohner hochwertiger Miet- oder Eigentumswohnungen in Innenstädten, erklären sich aus den genannten Faktoren.

Konzentrationen von Menschen mit ähnlichen Merkmalen in Stadtquartieren werden nicht immer als Segregation bezeichnet und nicht in jedem Fall problematisiert. Kaum jemand würde ein Innenstadt nahes Einfamilienhausviertel, unter deren Bewohner ein großer Teil der städtischen Wirtschafts-, Verwaltungs- und Politelite angehört, als hoch segregiertes Viertel bezeichnen. Segregation wird in der Regel dann schwierig für Städte, wenn die hohe Konzentration nicht freiwillig zu Stande kommt und darüber hinaus die unfreiwillig zusammen lebenden Menschen gleichermaßen um knappe Güter konkurrieren und sich als Konkurrenten wahrnehmen. Wo sich zum Beispiel sozial benachteiligte Gruppen ethnisch unterschiedlicher Herkunft mangels günstiger Wohnungsmarktalternativen in einem Quartier konzentrieren, ist es wegen der Überlagerung sozialer und kultureller Ungleichheit nicht weit zu Auseinandersetzungen rassistischer Prägung. Kleinräumige Vielfalt auf dem städtischen Wohnungsmarkt kann also räumliche Armutskonzentrationen verhindern. Weil Armut und Arbeitslosigkeit in der Regel von begrenzter Dauer sind, kann Vielfalt an Lebensformen, Ethnien, sozialem und beruflichem Status dem drohenden sozialen Abstieg und der Verstärkung benachteiligter Lebenslagen entgegen wirken. Wo diese Vielfalt durch unfreiwillige Konzentrationen fehlt, kann es zu Problemen wie der Eskalation von Gewalt (wie sie z.B. im benachbarten Straßburg auftreten) kommen, ansonsten bleibt es bei Konflikten, die verhandelbar oder moderierbar sind.(vgl.Anl.A.3.1)²⁶

Kleinräumig gemischte Wohnungsteilmärkte in Städten können nicht nur für nachhaltige bauliche und soziale Aufwertungsprozesse von Stadtvierteln sorgen, sondern auch unfreiwillige Segregation vermindern. Auf das gesamte Stadtgebiet verteilte Infrastrukturinvestitionen, gute öffentliche Verkehrsverbindungen und breit gestreute Belegung öffentlich geförderter Wohnungen sind von unterstützender Wirkung. Gute Qualität

nahräumlicher privater und öffentlicher Infrastruktur kommt besonders distanzempfindlichen und immobileren Gruppen wie Haushalten mit Kindern, Kindern, Alleinerziehenden und älteren Menschen zu Gute. Zeitlich flexible, kostengünstige und dezentrale Kinderbetreuungsangebote können helfen Benachteiligungen von Haushalten mit Kindern, insbesondere von Frauen und Alleinerziehenden entgegen zu wirken. Quartiersentwicklung wird somit zur Querschnittsaufgabe kommunaler Daseinsvorsorge. Sie muss breit gefächert sein und räumliche, bauliche, ökonomische, demografische und soziale Bereiche integrieren.

Literaturverzeichnis:

- Albrecht, Günter / Grönemeyer, Axel / Stallberg, Friedrich W.** (1999) (Hrsg.): Handbuch soziale Probleme, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Appold, Stephen J. / Kasarda, John D.**(1988): Agglomerationen unter den Bedingungen fortgeschrittener Technologien, in: Jürgen Friedrichs (Hrsg.), Soziologische Stadtforschung, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29. Westdeutscher Verlag, Opladen, Seite 132-149.
- Arbeitsamt Offenburg** (2000)(Hrsg.): Beiträge zur Arbeitsmarktentwicklung. Pendler- und Gemeindebericht 1999/2000, Offenburg.
- Arbeitsamt Offenburg** (1999)(Hrsg.):Geschäftsbericht 1999, Offenburg.
- Barber, Benjamin** (1994): Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen, Hamburg.
- Bahrtdt, Hans Paul** (1961): Die moderne Großstadt, Rowohlt's deutsche Enzyklopädie, Hamburg.
- Beck, Ulrich** (1986): Die Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Suhrkamp, Frankfurt/M.
- Becker, Gary Stanley** (1982): Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens, Verlag Mohr, Tübingen.
- Beckerath von, Paul G./ Saueremann, Peter / Wiswede, Günter** (1981) (Hrsg.): Handwörterbuch der Betriebspsychologie und Betriebssoziologie, Enke, Stuttgart.
- Bell, Daniel** (1975): Die nachindustrielle Gesellschaft, Campus Verlag, Frankfurt/M.
- Bellah, Robert N.** (1985): Habits of the Heart. Individualism and Commitment in American Life, University of California Press, Los Angeles.
- Berger, Peter A.** (1996): Individualisierung. Statusunsicherheit und Erfahrungsvielfalt, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Bertram, Hans** (1998): Städtische und ländliche Lebensformen, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske + Budrich, Opladen, Seite 115-122.
- Blinkert, Baldo** (1996): Aktionsräume von Kindern in der Stadt. Eine Untersuchung im Auftrag der Stadt Freiburg, Centaurus, Pfaffenweiler.
- Blinkert, Baldo / Klie, Thomas** (1999): Pflege im sozialen Wandel. Eine Untersuchung über die Situation von häuslich versorgten Pflegebedürftigen nach Einführung der Pflegeversicherung, Hannover.
- Bortz, Jürgen / Döring, Nicola**(1995): Forschungsmethoden und Evaluation. Zweite, vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Springer, Berlin.
- Bourdieu, Pierre** (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt Sonderband 2, Göttingen, S.183-198.
- Bourdieu, Pierre** (1985): Sozialer Raum und Klassen. Leçon sur la Leçon, zwei Vorlesungen, Frankfurt/M.
- Bourdieu, Pierre** (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zur Politik & Kultur I, Hamburg.
- Braun, Sebastian** (2001a): Bürgerschaftliches Engagement. Konjunktur und Ambivalenz einer gesellschaftspolitischen Debatte, in: Leviathan 1/2001, Seite 83-109.
- Braun, Sebastian** (2001b): Putnam und Bourdieu und das soziale Kapital in Deutschland, in: Leviathan 3/2001, Seite 337-354.
- Brömme, Norbert** (2000): Bereichsrezension. Zivilgesellschaft, in: Soziologische Revue, 23/2000, S.504-508.
- Coleman, James S.** (1990): Foundations of Social Theory, Harvard University Press, Cambridge/Mass.-London.
- Dangschat, Jens S.** (1988): Gentrification. Der Wandel innenstadtnaher Wohnviertel, in: Jürgen Friedrichs (Hrsg.), Soziologische Stadtforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29. Westdeutscher Verlag, Opladen, Seite 272-292.
- Dangschat, Jens S.** (1996): Lokale Probleme globaler Herausforderungen in deutschen Städten, in: Bernhard Schäfers / Götttrik Wewer (Hrsg.), Die Stadt in Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, Seite 31-60.
- Dangschat, Jens** (1998): Segregation, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske + Budrich, Opladen, Seite 207-219.
- Datenreport** (1999), Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn.
- Dubiel, Helmut** (2001): Unzivilisierte Gesellschaften, in: Soziale Welt 2/2001, Nomos, Baden-Baden. S. 133-150.
- Duden** (1997): Das Fremdwörterbuch, 6.Auflage, Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG, Mannheim.
- Dunbar, Robert** (1998): Klatsch und Tratsch. Wie der Mensch zur Sprache fand, Bertelsmann, Düsseldorf.
- Eckel, Eva Maria** (1996): Wandel des Verhaltens im veränderten großstädtischen öffentlichen Raum, in: Bernhard Schäfers / Götttrik Wewer (Hrsg.), Die Stadt in Deutschland. Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt, Leske + Budrich, Opladen, S. 163-182.
- Eisner, Manuel** (1997): Das Ende der zivilisierten Stadt? Die Auswirkungen von Modernisierung und urbaner Krise auf Gewaltdelinquenz, Campus, Frankfurt/M.-New York.
- Elias, Norbert** (1976): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Bd. 1: Wandlungen des Verhaltens in den weltlichen Oberschichten des Abendlandes. Bd. 2: Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation, Suhrkamp, Frankfurt/Main. Erstausgabe: Gräfenhainichen 1937.

- Elias**, Norbert (1993): Etablierte und Außenseiter, Suhrkamp, Frankfurt/Main. Erstausgabe: The Established and the Outsiders. A Sociological Enquiry into Community Problems, London 1965.
- Elias**, Norbert (1999): Die Gesellschaft der Individuen 4. Aufl., Suhrkamp, Frankfurt/Main
- Erikson**, Robert / **Goldthorpe**, John H. (1992): The Constant Flux. A Study of Class Mobility in Industrial Societies, Clarendon Press, Oxford.
- Esping-Andersen**, Gøsta (1993) (Hrsg.): Changing Classes. Stratification and Mobility in Post-industrial Societies (SAGE Studies in International Sociology 45), SAGE, London.
- Esser**, Hartmut (1991): Alltagshandeln und Verstehen. Zum Verhältnis erklärender und verstehender Soziologie am Beispiel von Alfred Schütz und „Rational Choice“, Verlag Mohr, Tübingen.
- Esser**, Hartmut / **Friedrichs**, Jürgen (1990) (Hrsg.): Generation und Identität, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Esser**, Josef / **Hirsch**, Joachim (1987): Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie. Von der Fordismus-Krise zur „postfordistischen“ Regional- und Stadtstruktur, in: Walter Prigge (Hrsg.), Die Materialität des Städtischen, Birkhäuser, Berlin-Boston, S.31ff..
- Ettrich**, Frank (2002): Editorial, Berliner Journal für Soziologie, Band 12, 1/2002, S.3ff..
- Etzioni**, Amitai (1998): Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus, Fischer, Frankfurt/M..
- Evers**, Adalbert (1998): Soziales Engagement. Zwischen Selbstverwirklichung und Bürgerpflicht, in: Transit 15, S. 186-200.
- Farys**, Simone / **Misoch**, Sabina (1996): Städte und Gemeinden in der Kultur- und Sozialstatistik, in: Bernhard Schäfers / Götztrik Wewer (Hrsg.), Die Stadt in Deutschland. Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt, Leske + Budrich, Opladen, S. 284-290.
- Feldtkeller**, Andreas (1994): Die zweckentfremdete Stadt. Wider die Zerstörung des öffentlichen Raumes, Campus, Frankfurt/M.- New York.
- Fourastié**, Jean (1954): Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, Econ, Düsseldorf-Wien.
- Friedrichs**, Jürgen (1977): Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.
- Friedrichs**, Jürgen (1988) (Hrsg.): Soziologische Stadtforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Friedrichs**, Jürgen (1995): Stadtsoziologie, Leske + Budrich, Opladen.
- Friedrichs**, Jürgen (1998): Gentrification, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske + Budrich, Opladen, Seite 57-66.
- Friedrichs**, Jürgen (1999): Globalisierung, in: Soziologische Revue 22. R. Oldenbourg, München, S. 143-158.
- Friedrichs**, Jürgen / **Jagodzinski**, Wolfgang (1999) (Hrsg.): Soziale Integration. Theorien sozialer Integration, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 39, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Gans**, Herbert J. (1962): The Urban Villagers. Group and Class in the Life of Italian-Americans, The Free Press, New York.
- Gans**, Herbert J. (1974): Die ausgewogene Gemeinde. Homogenität und Heterogenität in Wohngebieten, in: Ulfert Herlyn (Hrsg.), Stadt- und Sozialstruktur, Nymphenburger Verlag, München, Seite 187-208.
- Garhammer**, Manfred (1994): Balanceakt Zeit. Auswirkungen flexibler Arbeitszeiten auf Alltag, Freizeit und Familie, Sigma, Berlin.
- Garhammer**, Manfred (2000): Das Leben: eine Stilfrage. Lebensstilforschung hundert Jahre nach Simmels „Stil des Lebens“, in: Soziologische Revue 23, S. 296 - 312.
- Gatzweiler**, Hans-Peter/**Strubelt**, Wendelin (1988): Demographische Veränderungen und Wandel der Städte, in: Jürgen Friedrichs (Hrsg.), Soziologische Stadtforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29, Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 193ff..
- Geislingen-Studie** (1995): Engagement in der Bürgergesellschaft. Die Geislingen-Studie. Ein Bericht des Sozialwissenschaftlichen Instituts für Gegenwartsfragen Mannheim (SIGMA), Jörg Ueltzhöffer/ Carsten Ascheberg, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart.
- Geißler**, Rainer (1992): Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zu sozialstrukturellen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Geißler**, Rainer (1996): Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zu sozialstrukturellen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland, 2. neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Glatzer**, Wolfgang (2001): Lebensstandard und Lebensqualität, in: Bernhard Schäfers/Wolfgang Zapf (Hrsg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Leske + Budrich, Opladen, S. 436ff..
- Hadeler**, Thorsten u.a.(2000): Wirtschaftslexikon, Gabler, Wiesbaden, S. 1785.
- Hall**, Anja (1997): Abbau sozialer Barrieren? Zur Entwicklung der Muster sozialer Mobilität in Westdeutschland, in: Walter Müller (Hrsg.), Soziale Ungleichheit. Neue Befunde zu Strukturen, Bewußtsein und Politik (Sozialstrukturanalyse 9), Leske + Budrich, Opladen, S. 111-135.

- Hamm**, Bernd (1998): Nachbarschaft, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske + Budrich, Opladen, Seite 172-180.
- Hauff**, Volker (1988)(Hrsg.): Stadt und Lebensstil. Thema: Stadtkultur, Beltz, Weinheim-Basel.
- Häußermann**, Hartmut (1988): Stadt und Lebensstil, in: Volker Hauff (Hrsg.), Stadt und Lebensstil. Thema: Stadtkultur, Beltz, Weinheim-Basel, S. 75ff.
- Häußermann**, Hartmut (1997): Stadt und Fremdheit, in: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Zusammenleben im Stadtteil, ILS-118, Dortmund, S. 38ff.
- Häußermann**, Hartmut (1998) (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske + Budrich, Opladen.
- Häußermann**, Hartmut (2001): Neues aus der Stadtforschung: ein altes Modell mit Zukunft? Die europäische Stadt, in: Leviathan 2/2001, Westdeutscher Verlag, S.237-255.
- Häußermann**, Hartmut / **Oswald**, Ingrid (1997):Zuwanderung und Stadtentwicklung, in: Leviathan. Sonderheft 17, Westdeutscher Verlag. Opladen.
- Häußermann**, Hartmut / **Siebel**, Walter (1987): Polarisierende Stadtentwicklung. Ökonomische Restrukturierung und industrielle Lebensweisen, in: Walter Prigge (Hrsg.), Die Materialität des Städtischen, Birkhäuser, Berlin-Boston, S.79ff.
- Häußermann**, Hartmut / **Siebel**, Walter (1988): Die schrumpfende Stadt und die Stadtsoziologie, in: Jürgen Friedrichs (Hrsg.), Soziologische Stadtforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29, Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 78ff..
- Häußermann**, Hartmut / **Siebel**, Walter (1993): Festivalisierung der Stadtpolitik, in: Leviathan, Sonderheft 13/1993, Opladen.
- Hecker**, Wolfgang (1997): Außenseiter unerwünscht, in: Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg(Hrsg.), Blätter der Wohlfahrtspflege. Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit, Heft 11+12, Stuttgart, S. 246-250.
- Heckmann**, Friedrich (1992): Ethnische Minderheiten. Volk und Nation, Enke, Stuttgart.
- Heitmeyer**, Wilhelm (1994): Das Desintegrations-Theorem. Ein Erklärungsansatz zu fremdenfeindlich motivierter, rechtsextremistischer Gewalt und zur Lähmung gesellschaftlicher Institutionen, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus, Frankfurt/M., S. 29-69.
- Henckel**, Dietrich (1998): Zeitstrukturen, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske + Budrich, Opladen, Seite 310-319.
- Herlyn**, Ulfert (1974) (Hrsg.): Stadt- und Sozialstruktur, Nymphenburger Verlag, München.
- Herlyn**, Ulfert (1998): Milieus, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske + Budrich, Opladen, Seite 151-161.
- Holm**, Kurt (1975): Die Befragung, Francke, München.
- Hradil**, Stefan (1999): Soziale Ungleichheit in Deutschland, Leske + Budrich, Opladen.
- Inglehart**, Ronald (1977): The Silent Revolution, University Press, Princeton, N.J.; neue Ausgabe (1995): Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt, Campus, Frankfurt/M..
- ILS 64**, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (1992) (Hrsg.): Von der traditionellen Sozialpolitik zur neuen Wohlfahrtskultur. Freiwilliges soziales Engagement und lokale Infrastruktur, Dortmund
- Ipsen**, Detlef (1987): Raumbilder. Zum Verhältnis des ökonomischen und kulturellen Raumes, in: Walter Prigge (Hrsg.), Die Materialität des Städtischen, Birkhäuser, Berlin-Boston, S.139ff.
- Jacobs**, Jane (1963): Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Ullstein, Berlin-Frankfurt/M.-Wien.
- Kaelble**, Hartmut (2001): Die Besonderheiten der europäischen Stadt im 20. Jahrhundert, in: Leviathan 2/2001, Westdeutscher Verlag, S. 256-274
- Kaesler**, Dirk (1999)(Hrsg.):Klassiker der Soziologie. Band II. Von Talcott Parsons bis Pierre Bourdieu, Beck, München.
- Keim**, Karl-Dieter (1979): Milieu in der Stadt. Ein Konzept zur Analyse älterer Wohnquartiere, Kohlhammer, Stuttgart.
- Keim**, Karl-Dieter (1997): Milieu und Moderne. Zum Gebrauch und Gehalt eines nachtraditionalen sozial-räumlichen Milieubegriffs, in: Berliner Journal für Soziologie, Heft 3, Seite 387-399.
- Krämer-Badoni**, Thomas (1987): Postfordismus und Postmoderne. Ansätze zur Kritik eines kritischen Topos, in: Walter Prigge (Hrsg.), Die Materialität des Städtischen, Birkhäuser, Berlin-Boston, S. 167ff..
- Krummacker**, Michael (1998): Zuwanderung, Migration in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske + Budrich, Opladen, Seite 320ff..
- Kromrey**, Helmut (1998): Empirische Sozialforschung. Modelle und Methoden der Datenerhebung und Datenauswertung, Leske+Budrich, Opladen.
- Landesstudie 1997**: Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. Ein Bericht des Sozialwissenschaftlichen Instituts für Gegenwartsfragen Mannheim (SIGMA), im Auftrag des Sozialministeriums Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart.
- Lange**, Elmar (1999): Evaluationsforschung, in: Günter Albrecht/ Axel Grönemeyer/ Friedrich W. Stallberg (Hrsg.): Handbuch soziale Probleme, Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 907ff..

- Läpple**, Dieter (1998): Ökonomie, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske+Budrich, Opladen, S. 193-206.
- Le Corbusier** (1957): An die Studenten. Die „Charte D'Athènes“, Reinbek.
- Leont'ev**, Alexei (1975): Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit, Verlag Volk und Wissen, Berlin. Original 1975: Verlag Politisdat, Moskau.
- Mayer**, Karl Ulrich (1991): Berufliche Mobilität von Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jutta Allmendinger / Johannes Huinink / Karl Ulrich Mayer (Hrsg.), Vom Regen in die Traufe. Frauen zwischen Beruf und Familie (Lebensverläufe und gesellschaftlicher Wandel), Campus, Frankfurt/M.-New York, S. 57-90.
- Maslow**, Abraham H. (1954): Motivation and Personality, Harper, New York.
- Mehlbeck**, Christian / **Pappi**, Franz Urban (1988): Netzwerkanalyse, in: Jürgen Friedrichs (Hrsg.), Soziologische Stadtforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29, Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 223ff..
- Müller-Schneider**, Thomas (1992): Wandel der Milieustruktur. Eine Untersuchung der Bundesrepublik Deutschland anhand von Umfragedaten 1953-1987, Dissertation, Bamberg.
- Naroska**, Hans-Jürgen(1988): Urban Underclass und „neue“ soziale Randgruppen im städtischen Raum, in: Jürgen Friedrichs (Hrsg.), Soziologische Stadtforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29, Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 251-271.
- Naschold**, Frieder (1996): Partizipative Demokratie. Erfahrungen mit der Modernisierung kommunaler Verwaltungen, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin, S. 294-307.
- Nefiodow**, Leo A.(1996): Der sechste Kondratieff. Wege zu Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information, Rhein-Sieg Verlag, Sankt Augustin.
- Offe**, Claus (1984): Arbeitsgesellschaft. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Campus, Frankfurt/M.-New York.
- Oppolzer**, Alfred (1994): Die Arbeitswelt als Ursache gesundheitlicher Ungleichheit, in: Andreas Mielck(Hrsg.): Krankheit und soziale Ungleichheit, Leske + Budrich, Opladen, S. 125-154.
- Pappi**, Franz Urban (2001): Soziale Netzwerke, in: Bernhard Schäfers / Wolfgang Zapf (Hrsg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Leske + Budrich, Opladen, S. 605ff.
- Park**, Robert / **Burgess**, E. W. / **McKenzie**, R.D. (1925): The City, University Press, Chicago.
- Parsons**, Talcott (1964): Beiträge zur soziologischen Theorie, Neuwied.
- Peuckert**, Rüdiger (1992): Integration, in Bernhard Schäfers (Hrsg.), Grundbegriffe der Soziologie, Leske + Budrich, Opladen, Seite 137-139.
- Prigge**, Walter (1987) (Hrsg.): Die Materialität des Städtischen, Birkhäuser, Berlin-Boston.
- Putnam**, R.D. (1993): Making Democracy Work. Civic Traditions, Princeton.
- Reichard**, Christoph (1994): Umdenken im Rathaus. Neue Steuerungsmodelle in der deutschen Kommunalverwaltung, Edition Sigma, Berlin.
- Sachs Pfeiffer**, Toni (1988): Lebensstil, Mobilität und die Gestaltung von Stadträumen, in: Volker Hauff (Hrsg.), Stadt und Lebensstil. Thema: Stadtkultur, Beltz, Weinheim-Basel, S. 105-133.
- Salomon**, M. (1992): Die Veränderung von Bedingungen von politischen Einstellungen 1955-1988. Eine Sekundäranalyse von 5 Repräsentativumfragen, Diplomarbeit, Bamberg.
- Sarcinelli**, Ulrich (1993): „Verfassungspatriotismus“ und „Bürgergesellschaft“ oder: Was das demokratische Gemeinwesen zusammenhält, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 34, S. 25-37.
- Sarcinelli**, Ulrich (1997): Politische Kommunikation und multikulturelle Gesellschaft, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Was hält die Gesellschaft zusammen? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Band 2, Suhrkamp, Frankfurt/M., S.403ff..
- Schäfers**, Bernhard (1995): Partizipation, in ders.(Hrsg): Grundbegriffe der Soziologie, Leske + Budrich, Opladen, S. 239-241.
- Schäfers**, Bernhard (1998): Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland, 7. neu bearbeitete Auflage, Enke, Stuttgart.
- Schäfers**, Bernhard / **Wewer**, Göttrik (1996)(Hrsg.): Die Stadt in Deutschland. Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt, Leske + Budrich, Opladen.
- Schäfers**, Bernhard / **Zapf**, Wolfgang (2001)(Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 2. erweiterte und aktualisierte Auflage, Leske + Budrich, Opladen.
- Schelsky**, Helmut (1965): Auf der Suche nach der Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf-Köln, S.331-388.
- Schneider**, Nicole / **Spellerberg**, Annette (1999): Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität, Leske + Budrich, Opladen.
- Schulze**, Gerhard (1997): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Campus, Frankfurt/M. - New York, 7. Auflage, Erstaussage 1992.
- Schumpeter**, Joseph A.(1961): Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.

- Schwengel**, Hermann (1988): Lebensstandard, Lebensqualität und Lebensstil, in: Volker Hauff (Hrsg.), Stadt und Lebensstil. Thema: Stadtkultur, Beltz, Weinheim-Basel, S. 57-73.
- Schwengel**, Hermann (1998): Globalisierung mit europäischem Gesicht. Der Kampf um die politische Form der Zukunft, Aufbau Verlag, Berlin.
- Schwonke**, Martin (1974): Kommunikation in städtischen Gemeinden, in: Wolfgang Pehnt (Hrsg.), Die Stadt in der BRD, Reclam, Stuttgart, S. 45ff..
- Seifert**, Wolfgang (1995): Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik. Lebensbedingungen und soziale Lage, in: Wolfgang Seifert (Hrsg.): Wie Migranten leben. Lebensbedingungen und soziale Lage der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik (WZB – Arbeitspapier FS III 95 – 401), WZB, Berlin.
- Sennett**, Richard (1998a): Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität, Fischer, Frankfurt/M.. Erstaussgabe: The Fall of Public Man, Alfred A. Knopf Inc., New York 1974.
- Sennett**, Richard (1998b): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin. Erstaussgabe: Flesh and stone: the body and the city in western civilization, Norton, New York 1994.
- Siebel**, Walter (1998): Urbanität, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske+Budrich, Opladen, S. 262-269.
- SIGMA** (1999): Generationenkonflikt und Generationenbündnis in der Bürgergesellschaft. Die erste bundesweite Studie zum Verhältnis der Generationen in der Bürgergesellschaft, Ein Bericht des Sozialwissenschaftlichen Instituts für Gegenwartsfragen Mannheim (SIGMA), im Auftrag des Sozialministeriums Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart.
- Simmel**, Georg (1984): Die Großstädte und das Geistesleben, in: ders., Das Individuum und die Freiheit, Wagenbach, Berlin, S. 192-204.
- Sinus-Institut** (1998): Die Sinus Milieus und ihre Anwendung, Heidelberg.
- Sohn**, Karl-Heinz (1993): Lean Management, Econ, Düsseldorf.
- Spellerberg**, Annette (1996): Soziale Differenzierung durch Lebensstile. Eine empirische Untersuchung zur Lebensqualität in West- und Ostdeutschland, Sigma, Berlin.
- Spiegel**, Erika(1998): Dichte, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske + Budrich, Opladen, S. 39-46.
- Statistisches Jahrbuch 1988, 1993, 1996, 1999, 2000**; Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2001**: Struktur- und Regionaldatenbank, <http://statistik.baden-wuerttemberg.de>
- Strohmeier**, Klaus Peter (1996): Die Polarisierung der Lebensformen in den Städten und Gemeinden. Soziale Hintergründe und sozialpolitische Probleme, in: Bernhard Schäfers / Göttrik Wewer (Hrsg.) Die Stadt in Deutschland. Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt, Leske + Budrich, Opladen, Seite 63-84.
- Strubelt**, Wendelin (1998): Stadtentwicklung, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske + Budrich, Opladen, Seite 220-233.
- Ueltzhöfer**, Jörg (1995): Engagement in der Bürgergesellschaft. Geislingen-Studie, Sozialwissenschaftliches Institut für Gegenwartsfragen (SIGMA), Mannheim.
- Tönnies**, Ferdinand (1931): Gemeinschaft und Gesellschaft, in: Alfred Vierkant (Hrsg.), Wörterbuch der Soziologie, Berlin, S. 180ff..
- Walther**, Uwe-Jens (1998): Bevölkerungsalterung, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske + Budrich, Opladen, Seite 27-38.
- Weber**, Max (1922): Die nichtlegitime Herrschaft. Typologie der Städte, in: ders., Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen.
- Wegmann**, Jutta (1995): Soziales Netzwerk, in: Bernhard Schäfers (Hrsg.), Grundbegriffe der Soziologie, Leske + Budrich, Opladen, S. 225-228.
- Wirth**, Louis (1974): Urbanität als Lebensform, in: Ulfert Herlyn (Hrsg.), Stadt- und Sozialstruktur, Nymphenburger, München. Erstaussgabe: Wirth, Louis (1938): Urbanism as a way of life, in: American Journal of Sociologie, XLIV.
- Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg** (2000): Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg, Entwurf (Stand 03.07.2000) für die Anhörung nach § 5 Abs. 2 und 3 LplG (Beschluss der Landesregierung vom 18.07.2000). Stuttgart 2000.
- Wollmann**, Helmut (1998): Lokale Demokratie, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske + Budrich, Opladen, Seite 135-142.
- Zimmer**, Annette (1996): Vereine – Basiselemente der Demokratie. Eine Analyse aus der Dritte-Sektor-Perspektive, Leske + Budrich, Opladen.
- Zimmermann**, Gunter E. (1996): Armut in der Großstadt, in: Bernhard Schäfers / Göttrik Wewer (Hrsg.) Die Stadt in Deutschland. Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt, Leske + Budrich, Opladen, S.105-122.
- Zimmermann**, Gunter E. (2001): Räumliche Mobilität, in: Bernhard Schäfers / Wolfgang Zapf (Hrsg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Leske + Budrich, Opladen, S. 529.

Anmerkungen:

¹ Der vorliegende Artikel ist ein Auszug aus einer Studie des Verfassers zum Thema „Lebensqualität im Stadtquartier“, die unter www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/674 veröffentlicht ist.

² Baunutzungsverordnung: 4. Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke, in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I. S.132), zuletzt geändert durch Art.3 Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz v. 22.04.1993 (BGBl. I. S.466) S.330ff

³ Hadelers u.a. unterscheiden drei Zyklen nach deren unterschiedlicher Dauer. „Kitchin-Zyklus“ oder „Mitchell-Zyklus“ mit einer Dauer von 3 - 4 Jahren, geht zurück auf J. Kitchin USA/GB 1923, gilt als umstritten. Der „Juglar-Zyklus“, nach C. Juglar (1860) mit einer Dauer von 7 - 11 Jahren gilt als Konjunkturzyklus im eigentlichen Sinne. Der „Kondratieff-Zyklus“, nach Nikolai D. Kondratieff von 1926, wird wegen seiner Dauer von 50 - 60 Jahren auch Theorie der langen Wellen bezeichnet. Vgl.: Hadelers, Thorsten u.a.: Wirtschaftslexikon. Gabler. Wiesbaden 2000. Seite 1785

⁴ Der primäre Sektor zählte der Ende des 19. Jahrhunderts mit über 8 Mio. Menschen noch die meisten Beschäftigten, 1998 waren es nur noch 1 Mio. Beschäftigte. Der sekundäre Sektors wuchs von ca. 34% Ende des 19. Jahrhunderts auf knapp 50% (1970) und fiel seit Mitte der 70er Jahre wieder auf ca. 34% (1998) ab. Dem steht eine starke Zunahme des tertiären Sektors im 20. Jahrhundert gegenüber, in dem 1998 mit ca. 36 Mio., 63% der Erwerbstätigen beschäftigt waren, gegenüber knapp 23% in 1882. Datenreport 1999. Seite 90

⁵ Die Zahl der Asylsuchenden ist in Deutschland von 1983 bis 1992 von knapp 20.000 auf 438.191 gestiegen, bis 1997 aber wieder auf 104.353 gesunken. Datenreport 1999. S. 49-53.

⁶ Die Mobilitätsziffer bezogen auf 1000 Einwohner ist von 49,5 in 1980 auf 42,1 in 1985 gefallen und von 42,8 in 1991 auf 49,0 in 1997 angestiegen. Datenreport 1999. Seite 50.

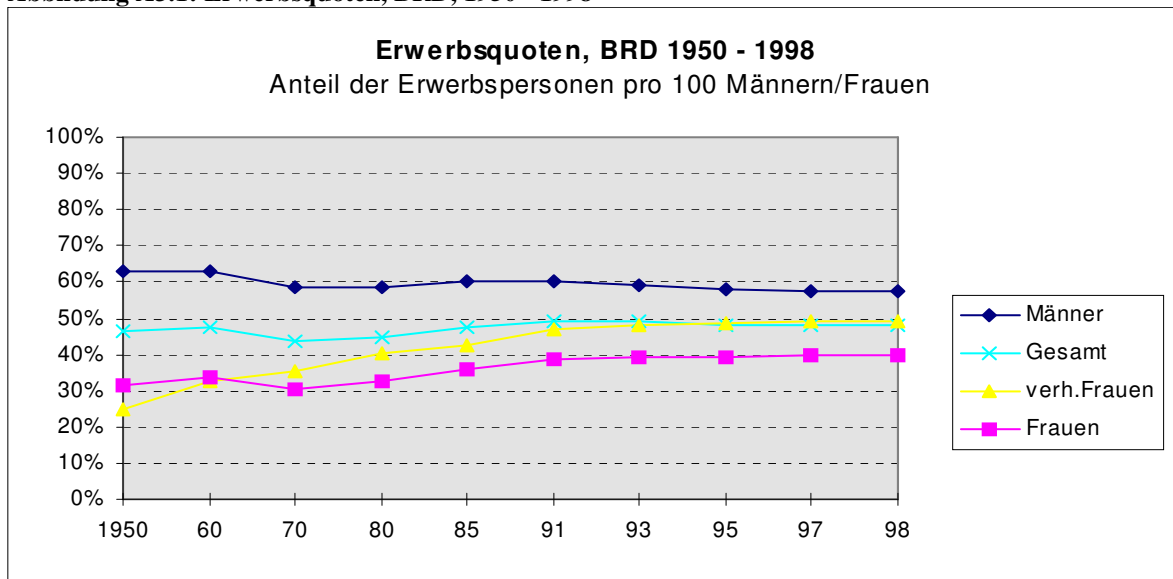
⁷ Allgemeiner Wohlstand ist exemplarisch ablesbar an der Einkommensentwicklung, der Verfügbarkeit breiter Bevölkerungsteile über Gebrauchs- und Konsumgüter, Größe und Ausstattung der Wohnung oder auch an der Entwicklung von Arbeitslosenquoten und der Zahl an SozialhilfeempfängerInnen:

- Rainer Geißler spricht von einer „Wohlstandsexplosion“ in der BRD nach dem zweiten Weltkrieg und belegt dies mit dem Anstieg von „Volkseinkommen pro Kopf“ und „Vermögen pro Kopf“ in den 30 Jahren zwischen 1950 und 1980 um jeweils das Fünffache. In den 150 Jahren von 1800 bis 1950 war das reale „Volkseinkommen pro Kopf“ um lediglich das Dreifache angestiegen. (Geißler 1992, S. 38ff.)
- Die Ergebnisse des Wohlfahrtssurveys von 1998 zeigen, daß sich die meisten Menschen an Lebensstandard das auch leisten können, was sie für unbedingt nötig halten. (Datenreport 1999, S. 453ff.)
- Während 1950 in Deutschland eine Person durchschnittlich ca. 14qm Wohnfläche zur privaten Verfügung hatte, waren es 1995 bereits 38qm. (Schäfers 1998, S.274) In Bezug auf die Ausstattung, ist der Anteil an Wohnungen mit Bad, WC und Zentralheizung nach den Ergebnissen der Wohlfahrtssurveys zwischen 1978 und 1998 von 65% auf 95% angestiegen. (Datenreport 1999, S. 501)
- Die Arbeitslosenquote der BRD lag in den 60er Jahren bis Anfang der 70 Jahre meist unter einem Prozent, bis 1980 unter 5% und danach immer über 5%, von 1996-1998 über 10%. (Datenreport 1999, S. 95ff.)
- Die Zahl der EmpfängerInnen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe im engeren Sinne, nach BSHG) stieg von Anfang der 60er Jahre bis Anfang der 80er Jahre um ca. 0,5 Mio. an, bis Mitte der 90er Jahre war hingegen ein Anstieg um 2 Mio. Menschen zu verzeichnen. (Datenreport 1999, S. 213)

Als Indikatoren für eine Umwertung der Arbeit können ansatzweise **Erwerbsquote**, **Arbeitszeiten** und **Urlaubstage** angesehen werden.

Die folgende Abbildung A3.1 zeigt den Verlauf der **Erwerbsquoten** (Anteil der Personen, deren wichtigste Unterhaltsquelle die eigene Erwerbstätigkeit ist) im früheren Bundesgebiet von 1950 bis 1998. Die Kurven für Frauen und Männer zeigen deutlich die gestiegene Bedeutung der Erwerbstätigkeit für Frauen, besonders der jüngeren Alterskohorten, bei leichter aber stetiger Abnahme der Erwerbstätigkeit bei den Männern. Auf die bestehenden Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland wird hier nicht eingegangen.

Abbildung A3.1: Erwerbsquoten, BRD, 1950 - 1998



Quelle: Statistisches Bundesamt (2000) (Hrsg.): Datenreport 1999, Bonn, S. 88.

Die durchschnittlich geleistete **Arbeitszeit** ist im früheren Bundesgebiet von 40 Wochenstunden in 1975 auf 37 Stunden in 1998 zurückgegangen. Die durchschnittliche tarifliche **Urlaubsdauer** ist von 1960 bis 1984 von 12,5 auf 29 Werktagen angestiegen. Seither jedoch nur noch um einen ½ Werktag auf ca. 29,5 Tage angewachsen. Etwa 80% aller von Tarifverträgen erfaßten ArbeitnehmerInnen erhalten seit 1998 mindestens sechs Wochen Urlaub im Jahr. (Datenreport 1999, S. 150)

Die **Teilzeitarbeit** hat zugenommen. Allein von 1991 bis 1997 ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen abhängig Beschäftigten in Deutschland von 14% auf 18% angestiegen. Davon waren 1991 92% Frauen, 8% Männer und 1997 88% Frauen bei 12% Männern. 28,2% aller und 60% der verheirateten sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen arbeiteten 1996 in Westdeutschland in Teilzeit, gegenüber nur 2% der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer. (Hradil 1999, S. 190ff.)

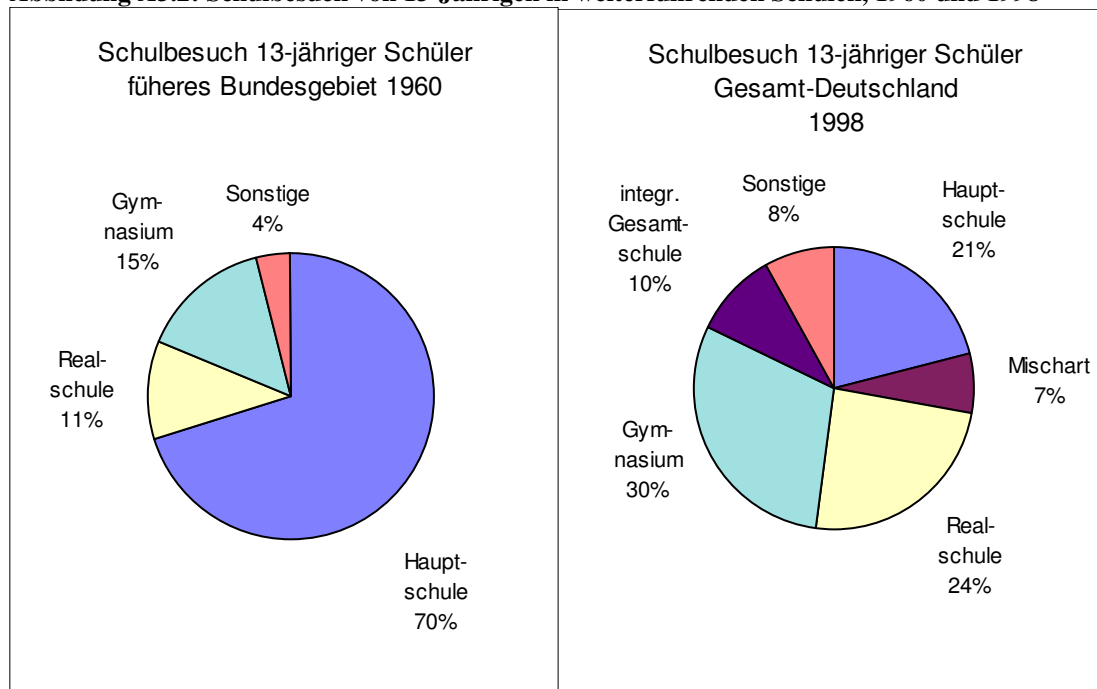
Die Ergebnisse der Wohlfahrtssurveys zur **Bedeutung von Arbeit und Freizeit** zeigen, „...daß die Erwerbsarbeit für die überwiegende Mehrheit innerhalb der aktiven Bevölkerung ihren hohen Stellenwert behält, während gleichzeitig die Freizeit immer häufiger als gleichrangiger Lebensbereich angesehen wird.“ (Datenreport 1999, S. 493)

⁸ Der Anteil der Ausgaben am privaten Verbrauch für die lebensnotwendigen Dinge wie Nahrung, Wohnung, Energie und Kleidung hat sich im früheren Bundesgebiet zwischen 1965 und 1997 insgesamt verringert, je nach Haushaltstyp in unterschiedlichem Maße. Den stärksten Rückgang verzeichnen dabei die Ausgaben für Nahrungsmittel, deren Anteil sich etwa halbiert hat. Angestiegen ist dagegen der Anteil der Ausgaben für Wohnungsmieten, der sich etwa verdoppelt hat. In absoluten Zahlen, sind alle Ausgaben gestiegen, am stärksten die für Wohnungsmieten, am geringsten die für Nahrungsmittel. Im gleichen Zeitraum sind die Anteile der Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung erheblich gestiegen, insbesondere in einkommensschwächeren Haushalten. (Datenreport 1999, S. 117ff.)

Die Ausgaben für Freizeitgüter (Güter des privaten Verbrauchs, die einen Bezug zum Freizeit- oder regenerativen Bereich von Haushalten aufweisen) und Urlaub sind von 1965 bis 1997 je nach Haushaltsgröße, doppelt so stark angestiegen wie die Gesamtausgaben für den privaten Verbrauch der jeweiligen Haushalte. Dabei hat sich der Anteil der Ausgaben für Freizeitgüter und Urlaub an den Gesamtausgaben ebenfalls in etwa verdoppelt. (Datenreport 1999, S. 152)

⁹ Die folgende Darstellung der Verteilung von 13 jährigen SchülerInnen in den Jahren 1960 und 1998 auf die einzelnen weiterführenden Schularten, macht durch die deutlich sichtbare Verlagerung des Schwerpunktes von den Hauptschulen zu den Realschulen und Gymnasien den Trend zur höheren Bildung anschaulich.

Abbildung A3.2: Schulbesuch von 13-Jährigen in weiterführenden Schulen, 1960 und 1998

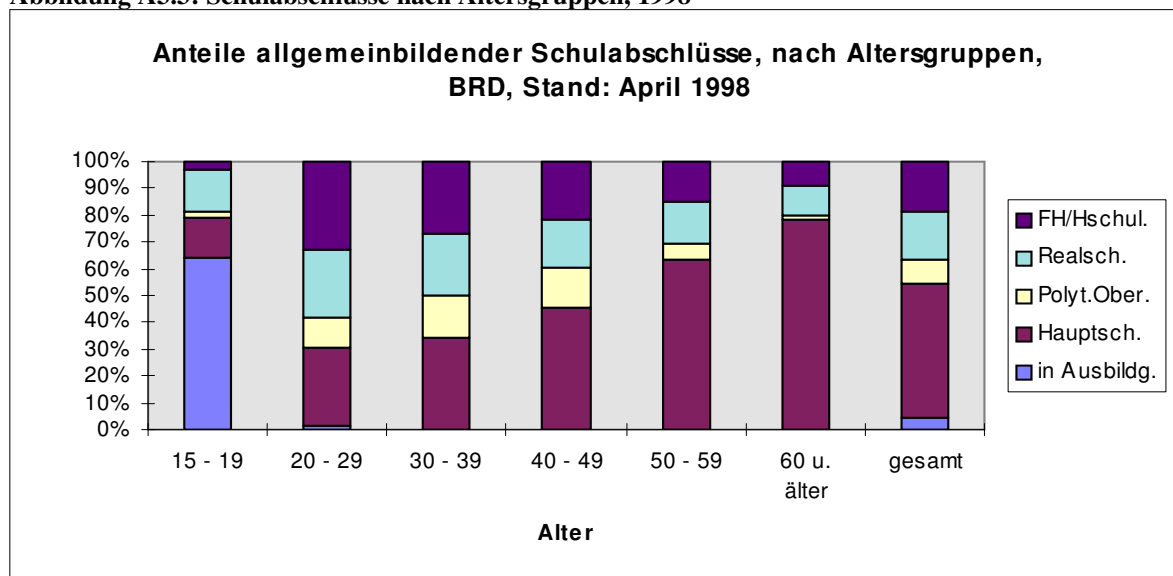


Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1999, Bonn, S. 59.

Anmerkungen: 1998 wurden die freien Waldorfschulen zu den *integrierten Gesamtschulen* gezählt. Als *Mischarten* gelten Schularten mit mehreren Bildungsgängen. 1998 wurden unter *Sonstigen* auch schulartunabhängige Orientierungsstufen sowie Sonderschulen mitgezählt.

Eine im April 1998 erhobene Mikrozensus-Erhebung unter allen Personen über 15 Jahren, die Angaben zur allgemeinen Schulbildung gemacht haben ergab folgendes Bild: 35,4% haben einen sogenannten „höheren Bildungsabschluß“ (Mittlere-/ Fachhochschul-/ Hochschulreife). Es bestehen erhebliche Unterschiede in den Altersgruppen, wie Abbildung A3.3 zeigt. Während die Altersjahrgänge ab 60 nur zu knapp 20% einen „höheren Bildungsabschluß“ haben, liegt der Anteil bei den 20 bis 30 Jährigen bei über 50%.

Abbildung A3.3: Schulabschlüsse nach Altersgruppen, 1998



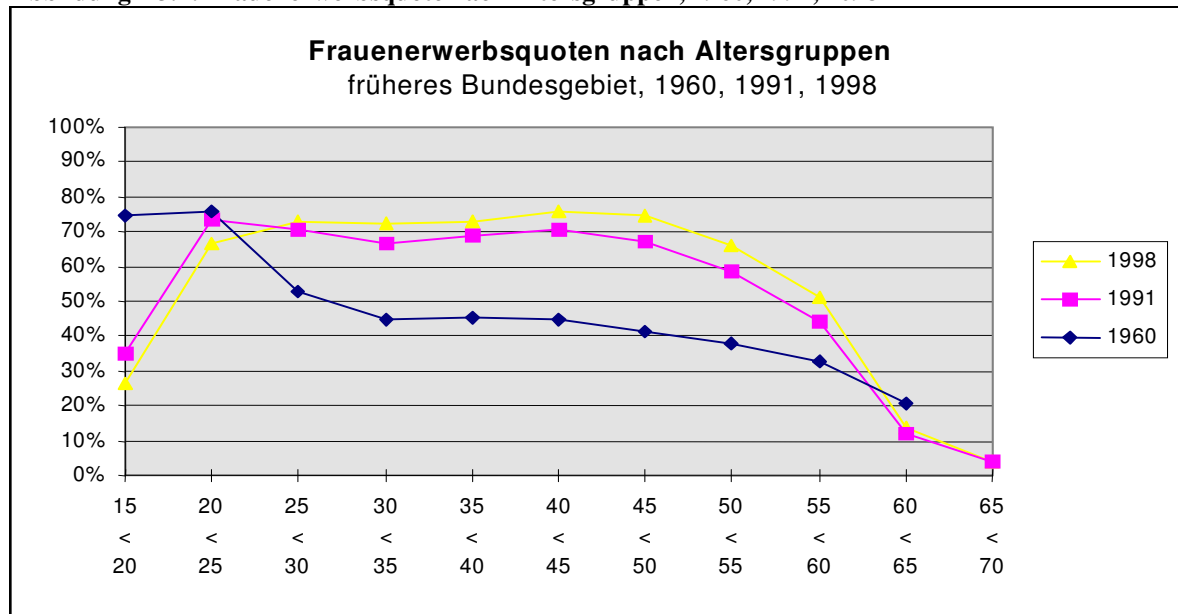
Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1999, Bonn, S. 77.

¹⁰Unter den heute 20 - 25 Jährigen haben etwa 35% der Frauen und ca. 31% der Männer einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluß. Unter den heute 50 - 55 Jährigen sind es nur ca. 12% der Frauen und ca. 21% der Männer mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluß. (Datenreport 1999, S. 76f.)

Zur Veränderung der Erwerbsquoten von Frauen und Männern in den letzten 50 Jahren, siehe Abbildung A3.1.

Die Abbildung A3.4 zeigt die Veränderungen der Frauenerwerbsquote für verschiedene Altersgruppen.

Abbildung A3.4: Frauenerwerbsquote nach Altersgruppen, 1960, 1991, 1998



Quelle: Statistisches Bundesamt (2000) (Hrsg.): Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn, Seite 88.

¹¹ Die Ergebnisse der Wohlfahrtssurveys zwischen 1984 und 1998 zeigen deutliche Unterschiede in der Einschätzung ihrer eigenen Rolle als Hausfrau, Mutter oder Erwerbstätige zwischen den 18 bis 45 jährigen und den über 45 jährigen nicht erwerbstätigen Frauen in Westdeutschland. Während die älteren Frauen zu über 75% lieber Hausfrau waren/sind und zu 2/3 meinen, Mütter sollten nicht berufstätig sein, geben nur knapp 50% der jüngeren nicht erwerbstätigen Frauen an, lieber Hausfrau zu sein. Nach wie vor scheinen nicht erwerbstätige Frauen den Hauptanteil des Haushaltes zu machen, denn über 60% der jüngeren und älteren Frauen geben an, ihre Arbeit als Hausfrau beanspruche sie voll. Fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeit ist für über 50% der 18 bis 45 jährigen nicht erwerbstätigen Frauen ein Grund für ihre Nichterwerbstätigkeit. (Datenreport 1999, S. 516)

In der Gesamtbevölkerung hat sich die Einstellung zur Berufstätigkeit von Frauen und Müttern in den letzten zwei Jahrzehnten zwar stark verändert, doch meinten 1996 immer noch die Hälfte (1982: 70%) der Befragten, eine Frau solle lieber zu Hause bleiben und sich um Haushalt und Kinder kümmern, wenn der Mann voll im Berufsleben steht. (Allbus 1980 – 1998, www.za.uni-koeln.de)

¹² Einen interessanten Aufsatz zu den Veränderungen von Zeitstrukturen hat Dietrich Henkel veröffentlicht. Darin entwickelt er die Perspektive eines Zeitstrukturwandels. Durch Beschleunigung von Wissensproduktion, Verkehrssystemen, Kommunikation und Flexibilisierung von Betriebs-/Arbeitszeiten, Beschäftigungsverhältnissen und Kooperationsformen entstünden zunehmend **Zeitkonflikte** zwischen „Taktgebern“ (Unternehmen, Branchen, Schulen, Behörden, etc.), zwischen „Taktgebern“ und „Taktnehmern“ (Betriebe-Beschäftigte, Schulen-Schüler/Eltern, Einzelhandel-Kunden, etc.), zwischen „Taktnehmern“ (Kunden-Personal, z.B. um Öffnungs-/ Service-/ Arbeitszeiten) und **Intrarollen(zeit-)konflikte** von Menschen, die gleichzeitig „Taktgeber“- und „Taktnehmerrollen“ inne haben. (Henkel 1998)

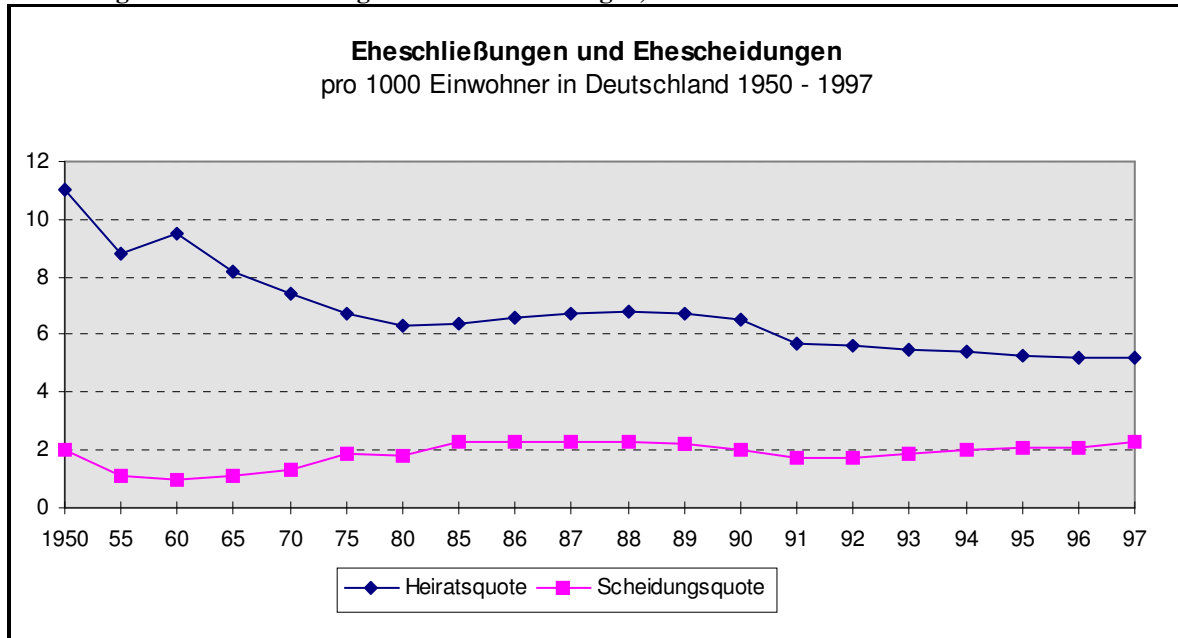
¹³ Als Indizien für Unsicherheiten im Erwerbsverlauf können sinkende Erwerbsquoten von Männern und steigende Erwerbsquoten von Frauen in den letzten 50 Jahren (vgl. Abb. A3.1) sowie gestiegene Arbeitslosenquoten und -zahlen von 1991 bis 1997 bei Frauen und Männern angesehen werden. (vgl. Kapitel 2) Ergebnisse von Befragungen, nach denen die Befürchtung arbeitslos zu werden bei Arbeitern und weniger qualifizierten Arbeitnehmern größer ist als bei Angestellten und besser qualifizierten Arbeitnehmern, belegt die Befunde zu Chancen und Risiken ökonomischer Veränderungen für unterschiedliche Arbeitnehmergruppen aus Kapitel 2. (Datenreport 1999, S. 483f.)

Befragungen zu den Wohlfahrtssurveys von 1988 und 1998 zeigen, daß die Privatsphäre („Familie“, „Liebe und Zuneigung“) für die Zufriedenheit und das Wohlbefinden der Menschen in Westdeutschland immer noch Priorität genießt. Die Bereiche „Arbeit“, „Erfolg im Beruf“ und „Einkommen“ haben in der Beurteilung der Befragten als sehr wichtige Bereiche in den zehn Jahren von 1988 bis 1998 jedoch die stärksten Zuwachsraten zu verzeichnen. (Datenreport 1999, S. 443ff.)

Unsicherheiten im Erwerbsverlauf und die gleichzeitige hohe Bewertung von Arbeit und Privatbereich legen das *Offenhalten von Optionen* in den Lebensentscheidungen der Menschen sowohl beruflicher als auch privater Art nahe. Dem entsprechen die folgenden empirischen Befunde aus der Bevölkerungsstatistik:

1. Das Heiratsalter ist seit Mitte der 70er Jahre angestiegen, seit 1985 um ca. 4 Jahre. 1997 betrug das durchschnittliche Heiratsalter (zuvor) lediger Männer 30 Jahre und 4 Monate und bei den (zuvor) ledigen Frauen 27 Jahre und zehn Monate. (Datenreport 1999, S. 42 f.)
2. Die Zahl der Eheschließungen pro Einwohner ist seit 1950 bis Ende der 90er Jahre gesunken, mit einem Zwischenanstieg um 1960 und einem leichten Anstieg in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, der mit den geburtenstarken Jahrgängen im Heiratsalter erklärt werden kann. (vgl. Abb. A3.5)

Abbildung A3.5: Eheschließungen und Ehescheidungen, 1950 - 1997

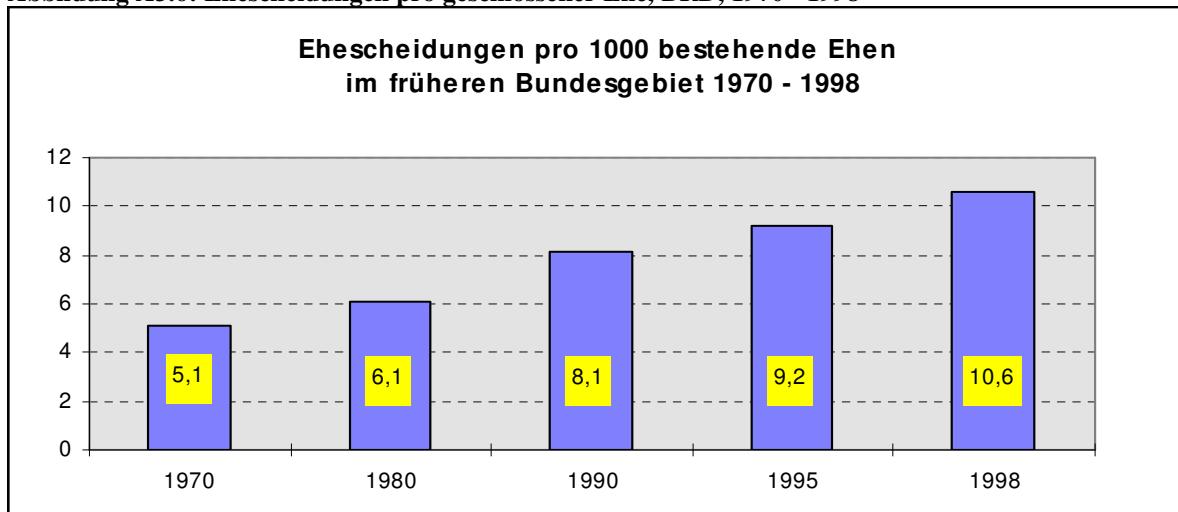


Quelle: Datenreport 1999, S. 43

Anmerkungen: Heiratsquote = Eheschließungen pro 1000 Einwohner; Scheidungsquote = Ehescheidungen pro 1000 Einwohner.

3. Steigende Zahlen von Ehescheidungen: Wie Abb. A3.5 zeigt, haben sich die Ehescheidungen pro 1000 Einwohner seit 1975 nicht sehr stark verändert. Dies ist jedoch ein Effekt der gesunkenen Heiratsquoten, denn die Zahl der Ehescheidungen pro geschlossener Ehe haben sich von 1970 bis 1998 mehr als verdoppelt. (Statistisches Jahrbuch 2000, S. 76; Schäfers 1998, S. 143 ff.) (vgl. Abb. A3.6) Allerdings traten zwischen 1970 und 1980 zwei Gesetze in Kraft (Volljährigkeitsgesetz von 1975 und Scheidungsgesetz von 1977) die Auswirkungen auf die Zahl der Ehescheidungen hatten. Das Volljährigkeitsgesetz ermöglichte die „Frühehen“; das Scheidungsgesetz erleichterte die Ehescheidung.

Abbildung A3.6: Ehescheidungen pro geschlossener Ehe, BRD, 1970 - 1998

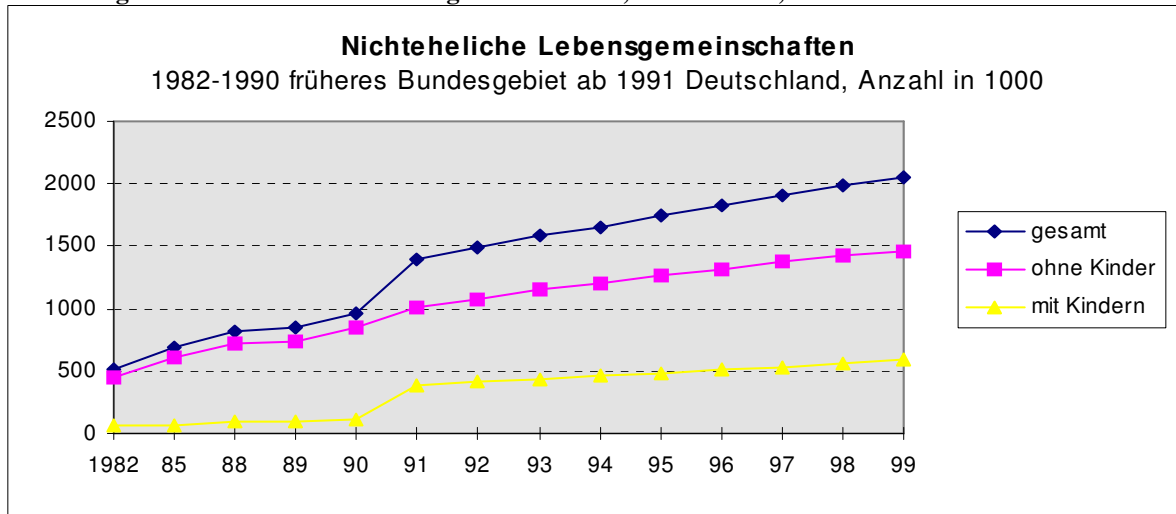


Quelle: Zahlen von 1970 aus Schäfers 1998, S. 143 ff.; Zahlen von 1980, 1990, 1995 und 1998 aus Statistisches Jahrbuch 2000, S. 76.

4. Seit 1982 hat sich die Zahl sogenannter „nichtehelicher Lebensgemeinschaften“ nahezu vervierfacht. Den stärksten Anstieg verzeichnen dabei die „nichtehelichen Lebensgemeinschaften“ ohne Kinder.

Der starke Anstieg der „nichtehelichen Lebensgemeinschaften“ mit Kindern von 1990 auf 1991 ist allerdings durch den größeren Anteil (ca. 48%) der „nichtehelichen Lebensgemeinschaften“ mit Kindern in Ostdeutschland zu erklären. (vgl. Abb. A3.7) (Statistisches Jahrbuch 2000, S. 64)

Abbildung A3.7: Nichteheliche Lebensgemeinschaften, Deutschland, 1982 - 1999



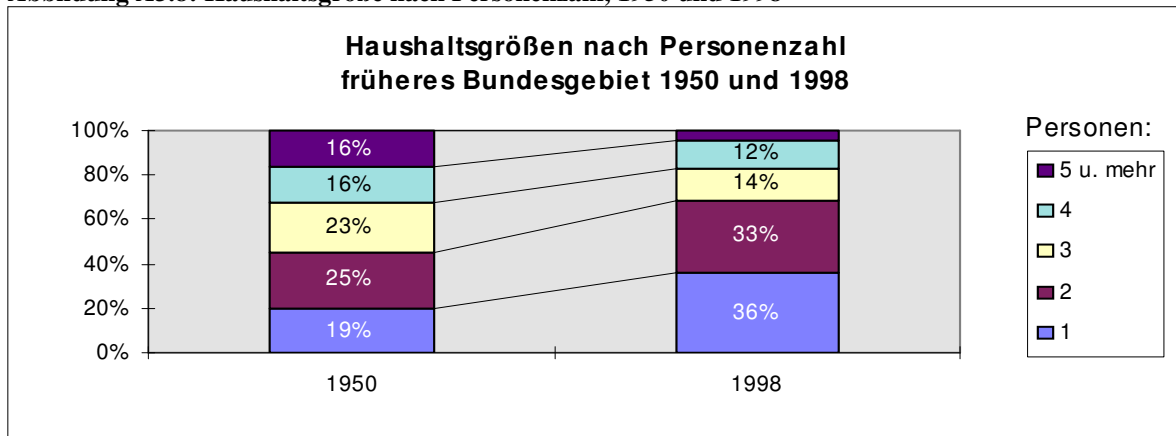
Quelle: Statistisches Jahrbuch 2000, S. 64

Anmerkungen: Die Zahlen von 1985 sind von Juni, 1992 von Mai, übrige Jahre jeweils von April.

5. Die Geburtenquote (Lebendgeborene pro 1000 Einwohner) ist im früheren Bundesgebiet von den 60er Jahren bis in die 80er Jahre gesunken und hat sich bis Ende der 90er Jahre auf 10 bis 11 Geburten pro 1000 Einwohner eingependelt. (Datenreport 1999, S. 36)(vgl. Abb. A3.14 u. A3.17)

6. Der Anteil der Einpersonenhaushalte hat sich in den letzten 50 Jahren gravierend erhöht. Während 1950 noch unter 20% der Haushalte von einer Person bewohnt waren, lag dieser Anteil 1998 bereits bei 36%. Der Anteil der 1 - 2 Personenhaushalte betrug 1998 über 2/3. (Datenreport 1999, S. 37 f.) Die durchschnittliche Personenzahl pro Haushalt sank in den letzten 30 Jahren von 2,7 auf 2,2. (Statistisches Jahrbuch 2000, S. 63) (vgl. Abb.3.8)

Abbildung A3.8: Haushaltgröße nach Personenzahl, 1950 und 1998

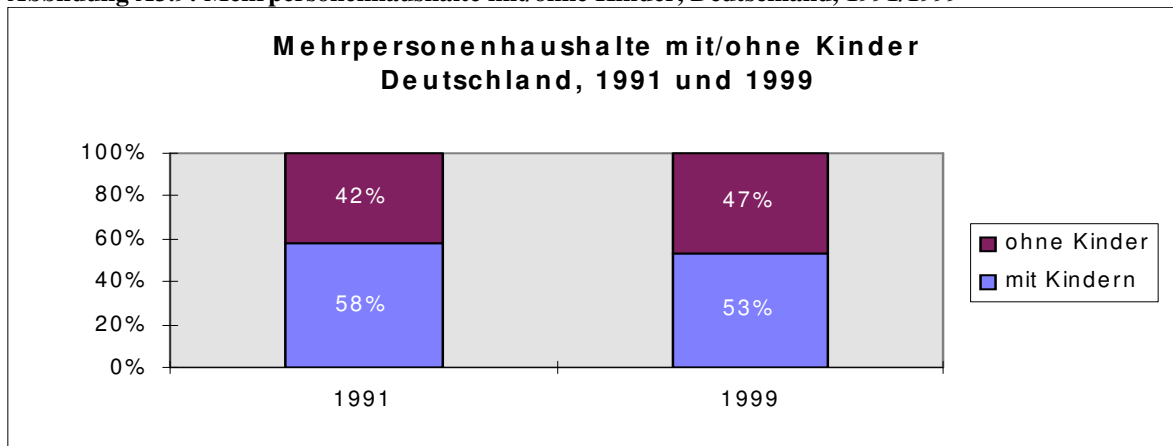


Quelle: Datenreport 1999, S. 37 f.

Anmerkungen: Wegen Auf- und Abrundung ergeben die Anteile für 1950 nicht genau 100%.

7. Der Anteil der Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder erhöhte sich allein in den 90er Jahren von 42% auf 47%. (Statistisches Jahrbuch 2000, S. 63; Statistisches Jahrbuch 1993, S. 70) (vgl. Abb. A3.9)

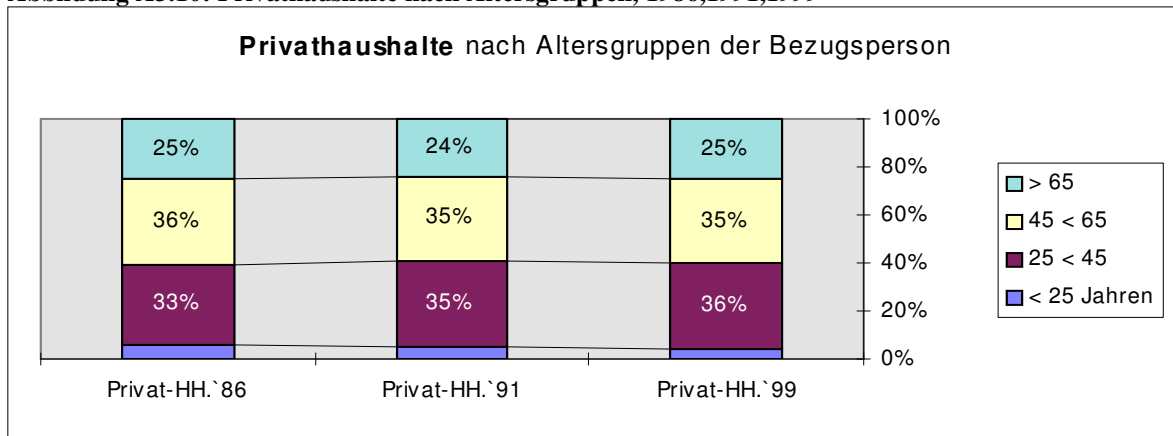
Abbildung A3.9: Mehrpersonenhaushalte mit/ohne Kinder, Deutschland, 1991/1999



Quelle: Statistisches Jahrbuch 2000, S. 63; Statistisches Jahrbuch 1993, S. 70

8. Die geringeren Unterschiede in der Entwicklung der Altersgruppenanteile an allen Privathaushalten zeigt die Abb. A3.10. (Statistische Jahrbücher 2000; 1993, 1988)

Abbildung A3.10: Privathaushalte nach Altersgruppen, 1986,1991,1999

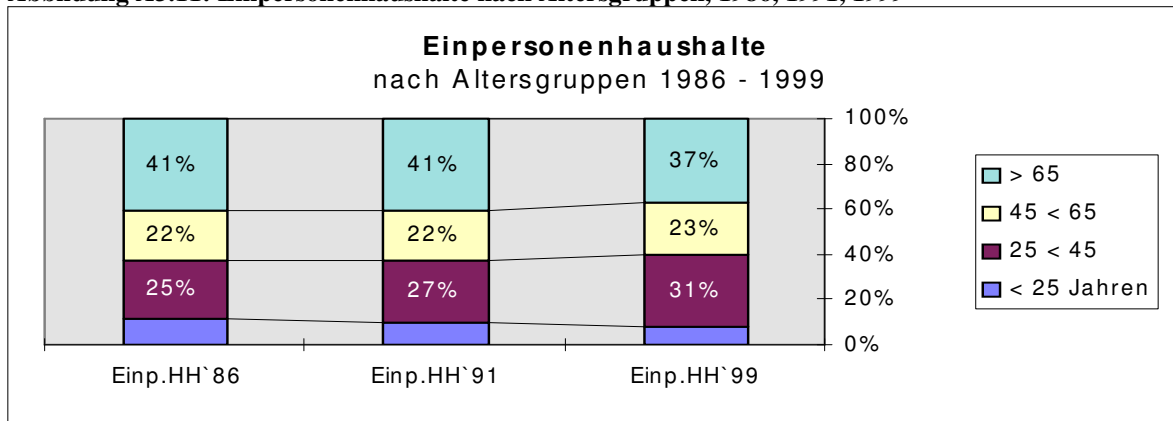


Quelle: Statistische Jahrbücher 2000, S. 63 ff.; 1993, S. 70 ff.; 1988, S. 66 ff. Eigene Berechnungen.

Anmerkungen: Bezugspersonen sind Personen, die den Erhebungsbogen der Volkszählung bzw. des Mikrozensus ausgefüllt haben und deren Erhebungsmerkmale somit in die Statistik eingehen.

9. Unter den Einpersonenhaushalten ist der Anteil der 25 bis unter 45 Jährigen von 1986 bis 1999 um 6%-Punkte auf 31% angestiegen, während der noch dominierende Anteil der über 65-Jährigen um 4% - Punkte auf 37% zurückging. (vgl. Abb. A3.11) (Statistische Jahrbücher 2000; 1993, 1988)

Abbildung A3.11: Einpersonenhaushalte nach Altersgruppen, 1986, 1991, 1999

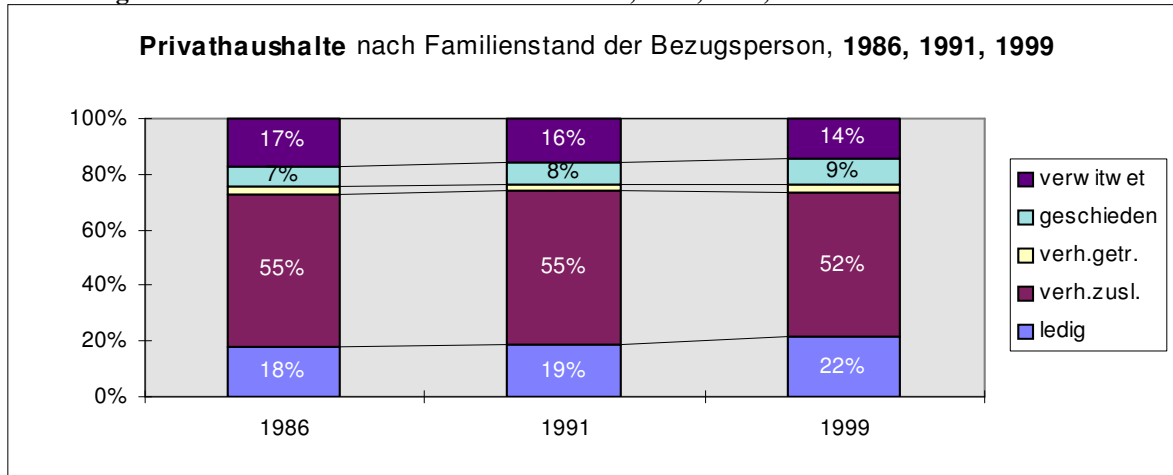


Quelle: Statistische Jahrbücher 2000, S. 63 ff.; 1993, S. 70 ff.; 1988, S. 66 ff. Eigene Berechnungen.

Anmerkungen: Bezugspersonen sind Personen, die den Erhebungsbogen der Volkszählung bzw. des Mikrozensus ausgefüllt haben und deren Erhebungsmerkmale somit in die Statistik eingehen.

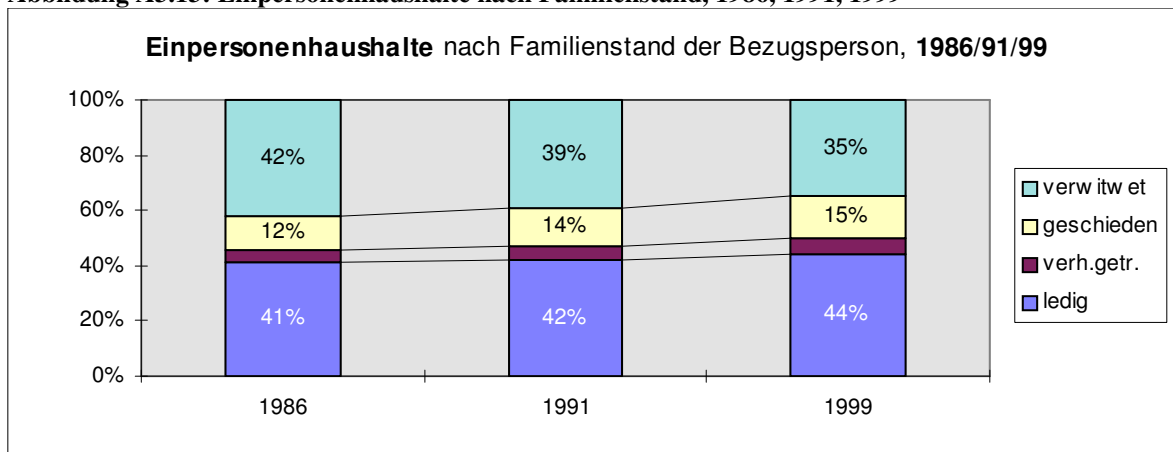
10. Die Untersuchung der Privathaushalte nach dem Familienstand der Bezugsperson zeigt auch hier die gestiegenen Anteile von ledigen, getrennt lebenden und geschiedenen Personen bei sinkenden Anteilen von zusammenlebenden verheirateten oder verwitweten Menschen. (vgl. Abb. A3.12) Bei den Einpersonenhaushalten ist diese Tendenz noch deutlicher sichtbar. (vgl. Abb. A3.13) (Statistische Jahrbücher 2000, S. 63 ff.; 1993, S. 70 ff.; 1988, S. 66 ff.)

Abbildung A3.12: Privathaushalte nach Familienstand, 1986, 1991, 1999



Quelle: Statistische Jahrbücher 2000, S. 63 ff.; 1993, S. 70 ff.; 1988, S. 66 ff. Eigene Berechnungen.

Abbildung A3.13: Einpersonenhaushalte nach Familienstand, 1986, 1991, 1999



Quelle: Statistische Jahrbücher 2000, S. 63 ff.; 1993, S. 70 ff.; 1988, S. 66 ff. Eigene Berechnungen.

Die unter Punkt 1 bis 10 aufgeführten Daten scheinen die Tendenz der Menschen zu weniger langfristigen Bindungen und biografischen Festlegungen zu belegen.

¹⁴ Als „Opportunitätskosten“ bezeichnet Häußermann die eventuell entgangenen Möglichkeiten der Lebensgestaltung, wie z.B. Erwerbstätigkeit, berufliche Karriere, Freizeitaktivitäten oder räumliche Mobilität, durch feste Partnerschaft, Kindererziehung, langfristiges Engagement in Vereinen/Verbänden, etc.. Mit der Erweiterung der Möglichkeiten und Optionen einerseits und der abnehmenden Sicherheit beruflicher und privater Lebensperspektiven andererseits, wachsen die „Opportunitätskosten“, weil langfristige biografische Festlegungen mehr Risiken mit sich bringen. (Häußermann 1988)

¹⁵ Vgl. die ausführliche und differenzierte theoretische Darstellung und empirische Untersuchung von Gerhard Schulze: Die Erlebnisgesellschaft. Kulturosoziologie der Gegenwart. (Schulze 1992)

¹⁶ Auch Franz Urban Pappi verweist auf die „bildungsmäßige Homogamie“ (Ehe zwischen Partnern gleichen Bildungsstandes), die in Deutschland nach wie vor gegeben sei. Er macht jedoch auf die Veränderung der Gelegenheitsstrukturen aufmerksam. So hätten sich beispielsweise durch die Erhöhung der Studierendenzahlen von Frauen, die Chancen von Männern auf dem „Heiratsmarkt“ Universität eine Frau mit gleichem Bildungsgrad zu finden und damit die Ehechancen zwischen Partnern gleichen Bildungsstandes erhöht. (Pappi 2001, S. 605ff.)

¹⁷ Im April 1999 lag der Anteil von Einpersonenhaushalten in Großstädten (100 Tsd. und mehr Einw.) bei 45%,

in Mittelstädten (20 < 100 Tsd. Einw.) bei 35%, Kleinstädten (5 < 20 Tsd. Einw.) 30% und in Dörfern (unter 5 Tsd. Einw.) 26%. (Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2000, S. 63)

¹⁸ Die Angaben beruhen auf den Daten des Mikrozensus 1995, demnach handelt es sich um die Altersgruppen der 33- bis 42-jährigen sowie der 43- bis 57-jährigen Befragten. Untersucht wurden die Großstädte Berlin, Hamburg im Westen und die Städte Leipzig und Halle in Ostdeutschland sowie ländliche Regionen in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Unter den Jahrgängen 1938 bis 1952 liegen die Anteile von Verheirateten in den Städten bei etwa 70%, gegenüber 85% in den ländlichen Regionen. Entsprechend höher sind in den Städten die Anteile von Ledigen und Geschiedenen. Bei den jüngeren Jahrgängen der 1952 bis 1962 Geborenen sind die Unterschiede der Verheirateten zwischen Land und Stadt mit bis zu 20%-Punkten noch deutlicher, wobei in den Städten ein Drittel ledig ist, mit deutlich höherem Anteil bei Männern. Frauen dieser Altersgruppe sind in den Städten nur zu einem Viertel ledig, aber zu 60% verheiratet, gegenüber ca. 80% auf dem Land. Besonders die für die Familienbildung wichtige Altersgruppe der Anfang 30- bis Anfang 40-Jährigen weist in Bezug auf den Familienstand also deutliche Unterschiede zwischen Stadt und Land auf. (Bertram 1998, S. 115ff.)

¹⁹ Bei Betrachtung der Altersgruppe der 37- bis 43-Jährigen, werden die regionalen Unterschiede noch deutlicher. In den Großstädten leben mit ca. 30% dreimal so viele Frauen dieser Altersgruppe ohne Kinder wie auf dem Land. Bei den Männern ohne Kinder die in Großstädten wohnen liegt dieser Anteil mit knapp 50% bis zu viermal höher als auf dem Land. In Großstädten leben etwa die Hälfte der 37- bis 42-jährigen Frauen und Männer mit ihren Ehepartnern und Kindern zusammen. Zweit häufigste Lebensform in den Städten sind nichteheliche Lebensgemeinschaften bei Männern (25-28%) wie Frauen. In den ländlichen Regionen spielen diese Lebensformen mit familienfremden Personen kaum eine Rolle.

²⁰ Befragt wurden 4200 Personen, von denen zum Vergleich mit den Mikrozensusdaten Ehepaare zwischen 32 und 48 Jahren ausgewählt wurden. Mit 36% bei Ehepaaren mit Kindern und 37,5% bei kinderlosen Ehepaaren waren Eltern und Großeltern die meist genannte Gruppe. Auch die genannten Beziehungspersonen kinderloser Unverheirateter summieren sich mit über 80% auf familiäre Kontexte, wie Verwandte, Geschwister, Eltern, Großeltern und Lebenspartner. (Bertram 1998, S. 120)

²¹ Die Anteile jüngerer (unter 20 Jahren) und älterer Menschen (über 65 Jahren) haben sich von 1950 bis 1995 sowohl in Kernstädten als auch im Umland einander angenähert:

²² Heckmann nennt als Gründe, die für ethnische Koloniebildungen sprechen:

- Hilfe für nachfolgende Neueinwanderer
- Heimat in der Fremde, zur Stabilisierung der Persönlichkeit
- Kollektive Selbsthilfe bei Alltagsproblemen
- Reproduktion und Wandel „kulturspezifischer Sozialisation“ und soziale Kontrolle der Eigengruppe
- Erleichterte kollektive Interessenartikulation und –vertretung.

(Heckmann 1992)

Demgegenüber führen Esser/Friedrichs als Contra-Argumente ethnischer Koloniebildungen an:

- Instabilität städtischer Gesellschaften durch die Überlagerung von sozialer Ungleichheit und ethnisch-kultureller Spaltung
- Aktivierung von Stigmatisierungsprozessen seitens der unterprivilegierten Einheimischen, weil sichtbare Andersartigkeit der Fremden als Provokation empfunden wird (Überfremdungsangst)
- Störung der Offenheit zwischen ethnischer Kolonie und Aufnahmegesellschaft durch Rückzug der Migranten
- Behinderung von Qualifikationen und Kontakten bei Migrantenkindern und –jugendlichen, durch fehlende interethnische Kontakte in Schule und Freizeit bei hoher räumlicher Konzentration
- Selbstgenügsamkeit von ethnischen Kolonien kann zur Mobilitätsfalle und Benachteiligung im Erwerb von Fähigkeiten für interethnischen Wettbewerb werden
- Zementierung der Unterschichtung von Migranten durch andauernde ethnische Eigenständigkeit.

(Esser/Friedrichs 1990)

²³ Gunter E. Zimmermann zeigt, dass die Quoten von Sozialhilfeempfängern pro Einwohner in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg deutlich über dem Bundesdurchschnitt und über den Quoten der Flächenstaaten liegen. Auch die Arbeitslosenquoten (Jahresdurchschnittswerte, bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen) liegen in den Stadtstaaten noch höher als in den Ländern mit strukturschwachen Regionen. Farys und Misoch konnten Stadt-Land-Unterschiede auch beim Wohngeld nachweisen. Obwohl Sozialhilfe- Wohngeld- und Arbeitslosenquoten von Struktur bedingten Nord-Süd- und Ost-West-Gefällen überlagert werden, weisen die Städte doch erhöhte Quoten im Vergleich zum jeweiligen Bundesland auf. So lagen die Sozialhilfequoten (Anteile von Sozialhilfeempfängern an der Bevölkerung) bezogen auf die kumulierten Jahresgesamtzahlen sowie die Arbeitslosenquoten und die Wohngeldquoten (Anteile von Wohngeldempfängerhaushalten unter allen Privathaushalten) 1993 wie in Tab.3.4 gezeigt.

²⁴ Vgl. die Studie von Baldo Blinkert über Aktionsräume und Spielmöglichkeiten in der Stadt. (Blinkert 1996)

²⁵ Zu den angebotsorientierten Erklärungen der Gentrification wie „rent gap“ und „value gap“, siehe die Ausführungen von Friedrichs 1998, S. 62ff..

²⁶ In der nicht weit von Offenburg gelegenen elsässischen Grenzstadt Strasbourg kommt es immer wieder zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen Privateigentum und öffentliche Einrichtungen, mit denen die Aktivisten auf Vernachlässigung ihrer Stadtviertel und soziale Chancenungleichheit der Bewohner hinweisen wollen. (vgl. Presseartikel, Anlage A3.1)